

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 1.60 M. im voraus zahlbar, Halbjahr 4.20 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 22 Pf. Postbezugsgebühren. Auslandabonnement 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Montags einmal, die Wochenbeilage für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Kulturliche Beilage“, „Heil und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Heil und Unterhaltung“ und „Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Vertriebskonto: Berlin 37336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Di. u. Die. -Gef. Postfach 10000 Berlin 2.

Freitag
27. Juni 1930
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einzige tägliche Kampfbroschüre des Proletariats. „Kleine Anzeigen“ das einzige Wort 25 Pfennig (täglich zwei getragene Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 60 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3 wochentäglich von 11 bis 17 Uhr.

Volkspartei gegen Curtius.

Der Reichsaussenminister soll zum Rücktritt aufgefordert werden.

Die Flucht der Deutschen Volkspartei aus der Verantwortung scheint schon heute ziemlich sicher. Sie wird wahrscheinlich darin zum Ausdruck kommen, daß die Reichstagsfraktion der Volkspartei ihren Vertreter im Kabinett, den Reichsaussenminister Dr. Curtius, in den nächsten Tagen zum Rücktritt auffordert.

Der Reichsaussenminister hat den Deckungsplänen der Regierung zugestimmt und sich damit in Widerspruch zu der Mehrheit seiner Fraktion gesetzt. Das soll ihm den Kopf kosten. Der Schwerindustrielle Flügel der Volkspartei ist entschlossen, ihm das gleiche Schicksal zuteil werden zu lassen, wie Herrn Moldenhauer. Auch Curtius soll in die Wüste geschickt werden, weil er nicht gehandelt hat wie befohlen wurde. Schon ist der erste Sturm gegen ihn entfacht. Eine am Donnerstag, während der Reichstagsfraktion, abgehaltene Fraktionsführung der Volkspartei ließ seinen Zweifel darüber, daß die Mehrheit dieser Fraktion in schärfster Opposition zu Curtius steht und seine Freunde von gestern zu seinen bittersten Feinden zu werden drohen. Die endgültige Entscheidung über die künftige Haltung der Volkspartei gegenüber der Regierung bränung wurde schließlich vertagt, bis die Geheftwürfe des Kabinetts im Wortlaut vorliegen. Das wird heute der Fall sein.

Curtius hat sich mit dem Kabinett durch seine Zustimmung zu den Deckungsvorlagen solidarisch erklärt und soll entschlossen sein, daraus ebenso die Konsequenzen zu ziehen, wie seine Fraktion entschlossen ist, die Konsequenzen aus seiner Haltung zu ziehen. Das würde darauf hinauslaufen, daß Curtius, statt aus der Regierung auszutreten, seiner Fraktion den Rücken kehrt und wahrscheinlich sein Mandat niederlegt, während seine Fraktion zur Regierung in Opposition tritt. Mit dieser Möglichkeit hat die Regierung von vornherein gerechnet. Sie beabsichtigt deshalb, aus der Flucht der Volkspartei keinerlei Schlußfolgerungen zu ziehen.

Neues Diktaturgerede.

Die „Germania“ hat gestern die Reise des Reichstanzlers Brüning zum Reichspräsidenten mit folgenden Sätzen kommentiert:

„Die Regierung ist entschlossen, ihr Programm in die Wirklichkeit umzusetzen. Zu diesem Zweck unterbreitet sie dem Reichstag wohl erwogene materielle Vorschläge. Die Regierung wird ihrerseits nichts unversucht lassen, um diese Vorschläge auf parlamentarischem Wege durchzuführen. Sie lehnt es weit von sich ab, eine Diktaturregierung zu sein. Es ist jedenfalls ihr Wille, alle parlamentarischen Mittel zur Verabschiedung der notwendigen finanziellen Maßnahmen zu erschöpfen. Es wird an den Parteien liegen, ob sie der Regierung diesen ordnungsmäßigen Weg ermöglichen, den diese mit äußerster Energie erstreben wird. Aus der Reise des Reichstanzlers zum Reichspräsidenten von Hindenburg aber darf der Schluß gezogen werden, daß hinter dem Kabinett auch der Wille des Reichspräsidenten stehen wird, und daß der Regierung insoweit alle Möglichkeiten in die Hand gegeben sein werden, ihr soziales Programm zu verwirklichen. Es hängt von der Volkvertretung ab, ob sie sich für die parlamentarische Lösung entscheidet oder ob sie die Anwendung anderer verfassungsmäßiger Mittel, die im Artikel 48 der Reichsverfassung liegen, selbst herbeiführt.“

Dieser auf Stelzen gestellte Ton des Zentrumsblattes lehrt, wieweit man im Zentrum bereits die Verfassung und die verfassungsmäßige Stellung des Parlaments vergessen hat. Man raffelt mit dem Reichswehrjäger gegen den Reichstag, und wenn das so weiter geht, wird man schließlich auch noch in der Art Pilsudskis gegen das Parlament auftreten!

Die Großspurigkeit und Verblendung dieses Auftretens steht in groteskem Gegensatz zu der Schwäche des Kabinetts. Wer stützt es denn eigentlich noch? Nach dem Handel um die Deckungsvorschläge, nach der „Stornierung“ des Moldenhauer-Programms ist nun das Dietrich-Programm das, was Deutschland unbedingt braucht. Das sind nun die „wohlwogenen materiellen Vorschläge“. Wohlwogen, jawohl, bis zur nächsten Stornierung oder bis zur nächsten Abänderung auf Wunsch einer Gruppe wie der Wirtschaftspartei.

Zum Regieren gehört nicht allein Projektmachen, sondern auch Wehrheiten finden! Wer von vornherein entschlossen ist, das Befehlsgewalt des Reichstags zu verachten, der hat die Verfassung gebrochen in seinem Herzen, und wer zum Artikel 48 greift, weil er in der Folge einer Entwicklung, die er selbst verschuldet hat, ohne Mehrheit da-

steht — der handelt nicht im Sinne der Verfassung, sondern gegen die Verfassung. Sollte man im Zentrum wirklich glauben, daß man in Deutschland eine Diktatur der katholischen Kirche im Bunde mit der Reichswehr aufrichten könnte? Das Experiment würde seinen Anstiftern auf die Dauer übel bekommen!

Dietrich ernannt.

Auch Wirtschaftsministerium wird kommissarisch verwaltet

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat nach dem Vortag des Reichstanzlers in Neudeck den Reichsminister Dietrich unter Entbindung vom Amt des Reichswirtschaftsministers zum Reichsminister der Finanzen ernannt und den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragt.

Das Gerücht, daß Herr Treviranus das Wirtschaftsministerium übernehmen sollte, hat sich nicht bestätigt. Das gerade dies Ministerium, dem bei ernsthaften Bemühungen um eine Preislenkung überaus wichtige Funktionen zufallen, nicht politisch besetzt wird, sondern nur kommissarisch verwaltet, ist eine der Grotesken, an denen das Kabinett Brüning reich ist. Es ist ein Kabinett im Umbau, auf Abbau und der künftigen Erwartungen.

Vielleicht soll das Reichswirtschaftsministerium wieder der Volkspartei zufallen, wenn erst die Finanzvorlagen ohne sie und gegen sie erledigt sein werden — gewissermaßen als Belohnung für Krisenmacherei und Opposition.

Die Demokraten behalten sich freie Hand vor.

Die demokratische Reichstagsfraktion teilt mit: Am Donnerstag fand im Reichstag eine Besprechung der demokratischen Reichstagsfraktion mit dem geschäftsführenden Vorstand des Reichsbeamtenausschusses der DDP, unter Hinzuziehung namhafter Beamtenführer statt. Zur Frage der Deckung des Finanzdefizits des Reichs erklärten der Parteivorstand Abg. Koch-Weser und der Vorsitzende der Reichstagsfraktion Abg. Meyer-Berlin, daß die Fraktion an der veröffentlichten Erklärung, daß sie ihre Zustimmung zur einseitigen Besetzung der Beamtenchaft nicht gebe, unbedingt festhalte.

Der Reichswirtschaftsminister Dietrich habe die schwere Bürde des Amtes des Reichsfinanzministers trotz schwerster Bedenken der Reichstagsfraktion auf eigene Verantwortung auf sich genommen. Es herrscht zwischen dem Minister und der Fraktion Übereinstimmung in der Auffassung, daß eine Bindung der Fraktion zu seinen zu erwartenden Vorschlägen nicht besteht und daß die Fraktion damit völlig freie Hand zur Wahrung ihrer Grundhaltung hat.

Die Räumung des Rheinlandes

Schlusparaden — Abschiedsbesuche.

Landau, 26. Juni.

Heute nachmittag sammelten sich die Truppen der französischen Regimenter. Um 17 Uhr nahm General Rangin eine Parade ab. Die Trifolore auf dem Standquartier des Generals wurde unter Ehrenbezeugung eingezogen. Darauf fuhrten die Truppen, vier bis fünf Kompanien, vom Güterbahnhof über Weilsburg nach Frankreich ab. Der General verließ Landau mit seinem Stabe im Kraftwagen. Am Nachmittag hatte er dem Regierungspräsidenten der Pfalz und dem Landauer Oberbürgermeister Abschiedsbesuche abgestattet.

Die Reichsflagge über Trier.

Trier, 26. Juni.

Nachmittags wurde nach Erledigung der Abschiedsbesuche die Trifolore von der „Neuen Regierung“ niedergeholt. Die Truppen salutierten und marschierten dann zum Hauptbahnhof, der 20 Minuten gesperrt war. Mit dem Abzug dieser Truppen ist Trier geräumt. Von der Bevölkerung jubelnd begrüßt, wurde kurz nach dem Abtransport auf der Demora-Schule die Reichsflagge gehißt.

Das fremde Militärgericht verschwunden.

Mainz, 26. Juni.

Die Gebäude, in denen das französische Militärgericht und das französische Militärgefängnis untergebracht waren, werden morgen den deutschen Behörden übergeben werden. Die Angestellten des Gerichts begeben sich nach Frankreich zurück. Die noch schwappenden Verfahren gegen französische Soldaten werden in Frankreich zu Ende geführt, verschiedene Verfahren gegen deutsche Angeklagte wurden eingestellt.

Bürgerkrieg in Permanenz

Chaotische Zustände in China.

Von Peter Garwy.

Die chinesische nationalrevolutionäre Bewegung erhielt ihren Schwung durch den leidenschaftlichen Kampf gegen den fremden Imperialismus und seine Vorrechte in China. Seit dem grausamen Schanghai Blutbad vom 30. Mai 1925 stand der Befreiungskampf im Zeichen der Beseitigung der „Ungleichen Verträge“. Der siegreiche Straßenzug der Südrevolutionären gegen die Nordreaktionäre 1926/27 war ebenfalls im Grunde gegen die Fremdmächte gerichtet, die hinter den halbfeudalen Militaristen des Nordens standen.

Nun ist es bemerkenswert, daß dem neuen Bürgerkrieg in China die spezifische antiimperialistische Zuspitzung fehlt. Zum Teil ist dies darauf zurückzuführen, daß der neue Bürgerkrieg im großen und ganzen innerhalb der früheren nationalrevolutionären Einheitsfront geführt wird, wo der Kampf gegen die „Ungleichen Verträge“ als eine Selbstverständlichkeit gilt. Zum Teil aber ist die Beseitigung der antiimperialistischen Kampfform im neuen Bürgerkrieg auf die allmähliche — übrigens zu langsame — Umstellung der imperialistischen Politik der Fremdmächte in China zurückzuführen. Nach dem Revolutionssturm 1925/27 räumt die Kanonendiplomatie immer mehr der Dollardiplomatie den Platz ein.

Zwar gelang es der Nankingregierung nicht, am 1. Januar die Exterritorialitätsrechte einseitig aufzuheben. Trotzdem ist ein gewisser Fortschritt in den Beziehungen zwischen China und den Fremdmächten nicht zu leugnen. Am 6. Mai ist das chinesischn-japanische Zollabkommen in Kraft getreten. Nunmehr haben sämtliche Fremdmächte die seit Jahren von China erstrebte Zollautonomie anerkannt. Auf Grund des Abkommens vom 1. April wird nach der Rückgabe von Tsingtau-Kiautschou auch die Rückgabe Weihaiwei durch England zur Tatsache. Die Rückgabe des französischen Kuangchowwan wird offensichtlich in nicht allzu ferner Zeit folgen. Damit wird das imperialistische Pachtssystem schrittweise liquidiert. Viel schlimmer steht es mit der Aufhebung der Exterritorialitätsrechte, zum Teil dank dem neuen Bürgerkrieg und dem drohenden Zerfall Chinas.

Besonders nachteilig wirkt sich die Schwächung der „nationalen“ Nankingregierung auf die russisch-chinesischen Beziehungen aus. Das Chabarowsker Protokoll, das die Feindseligkeiten in der Mandchurei abgebrochen hat, war ein Provisorium. Zwar hat sich endlich der chinesische Delegierte Mo Te-hui am 1. Mai nach Moskau zur längst verabredeten russisch-chinesischen Konferenz begeben. Aber seine Befugnisse sind durch Nanking absichtlich auf Verhandlungen über die Ostsibirienbahn beschränkt, während russischerseits eine Vereinigung aller Streitfragen und vor allem der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen angestrebt wird. Es wird von chinesischer Seite befürchtet, daß durch die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen eine diplomatische Basis (Gesandtschaft, Konsulate, Handelsvertretungen) für die Propaganda der Komintern geschaffen werde. Das hartnäckige Beharren der Sowjetdiplomatie auf die „Vorbedingungen“ zur Eröffnung der Konferenz und auf das von Nanking angebotene Chabarowsker Protokoll scheint selbst weit linksstehende Kreise in China zu verlegen. Immerhin bleibt die Lage an der Grenze der Mandchurei, die übrigens von einem von Nanking fast autonomen Diktator regiert wird, höchst labil und unsicher...

Die Außenpolitik ist die Fortsetzung der inneren Politik — auch in dem Sinne, daß keine nationale Regierung mit dem Bürgerkrieg und tatsächlichen Zerfall des Landes hinter dem Rücken eine feste und folgerichtige Außenpolitik führen kann. Die außenpolitische Stellung Chinas ist wiederum ungemein geschwächt, was die Widerfacher Nankings offenkundig ermüdet.

Der Krieg der Generale — dieser Fluch Chinas — ist wieder da. Die nationale Vereinigung Chinas, als Folge der Revolutionsbewegung 1925/27, hat sich als brüchig erwiesen. Die zentralistischen Tendenzen der „nationalen“ Nankingregierung vermochten nicht die zentralistischen Tendenzen des an sich losen Riesenreiches zu überwinden. Vielleicht liegt die Lösung in der Bildung der Vereinigten Staaten von China, die den Provinzialinteressen und Ortsinteressen Rechnung tragen und Spielraum gewähren würden. Übrigens scheinen die Provinzialmächte, die als Widerfacher Nankings auftreten, wenig Sorge um den Staatsaufbau zu haben. Es sind meistens Militaristen aus Ueberzeugung und Bürgerkriegsgenerale von Beruf.

Der Kampf Nankings gegen die Nordkoalition der 57 Generale, die unter der Herrschaft Fengs und Jenschians sich zusammengefunden haben, hat bereits, besonders in Zentralchina, zu blutigen Kämpfen geführt. Die militärische Lage ist einstweilen undurchsichtbar, da beiderseits nur übertriebene, meistens falsche Siegesberichte verbreitet werden. Immerhin ist die Lage Nankings um so mehr unsicher, als

Tchangkaifschel auch von der „Eisernen Division“ Tchang-fakweis und von der Kwangsi-Gruppe der Generale im Süden bedrängt wird.

Die Nordkoalition darf keineswegs als eine Linkskoalition betrachtet werden, nur weil die „Reorganisationsisten“, der ausgestoßene linksradikale Flügel der Kuomintang-Partei, und der sowjetfreundliche Fong an diesem Block teilnehmen. Es ist kaum zu erwarten, daß nach dem — übrigens problematischen — Sieg dieser buntschiedigen Koalition der kleinbürgerlichen Radikalen mit den halbfeudalen Militaristen über Nanjing die parteimilitärische Diktatur Tchangkaifschels durch ein wirklich demokratisches Arbeiter- und Bauernfreundliches Regime abgelöst wird. Vielmehr wird nur der bereits erzielte, wenn auch bescheidene Grad der Vereinigung Chinas gefährdet.

Ein neuer und viel wichtigerer Faktor im heutigen Bürgerkrieg ist seine Ausdehnung auf das flache Land. Merkwürdigerweise befindet sich das Stadtproletariat, das in den Revolutionsjahren 1925/27 eine hervorragende, zum Teil führende Rolle spielte, in einem passiven Zustand. Die junge Arbeiterklasse Chinas scheint sich von der geschichtlichen Niederlage, die durch die putschistische Taktik der Komintern veranlaßt wurde, noch nicht erholt zu haben.

Desto auffallender ist die auflodernde Bauernbewegung. Millionen von Bauern sterben vor Hunger. Die Zeit aber ist vorüber, als die chinesischen Bauern demutsvoll in den Hungertod gingen. Sie revoltieren. Der Revolutionssturm 1925/27, der sie zum ersten Male erweckt hat, hat ihnen die erstrebte radikale Agrarreform, die ihnen von der Kuomintang-Partei versprochen war, nicht gebracht. Die durch die Hungersnot verzweifelte Bauern fanden jetzt an, eigenmächtig die Agrarfrage zu lösen. Die spontane Agrarrevolution klopft an die Tür.

Bauernaufstände in verschiedenen Provinzen Chinas — „Rote Armeen“, deren Stärke auf 50 000 geschätzt wird, obwohl kaum ein Zehntel davon mit Gewehren usw. bewaffnet ist —, Banden bewaffneter Freischärler, zum Teil aus Deserteuren zusammengesetzt. So sieht der Bürgerkrieg auf dem flachen Lande aus. Weigerung der Landpachtzahlung, Abschaffung der Landsteuer, Ueberfälle auf die Städte zwecks Verbrennung der Grundbriefe, Bildung von Dorfsowjets und Aufteilung von Grund und Boden unter den landarmen Bauern — dies sind die Formen der spontanen Agrarrevolution in mehreren Provinzen.

Natürlich haben auch die Kommunisten ihre Hand im Spiel. Es wäre aber kurzfristig, die Bauernbewegung ausschließlich auf die kommunistische Agitation zurückzuführen zu wollen. Die Nanjingregierung, die ihre Versprechungen an die Bauernschaft nicht gehalten hat, trägt daran ein gerütteltes Maß von Schuld.

Immerhin bemühen sich die Kommunisten, die Bauernbewegung auszunutzen und sie auf die Geleise der Sowjetisierung Chinas zu lenken. Anfang Juni fand in Shanghai der sogenannte „erste Sowjetkongreß“ Chinas statt. In diesem von den Kommunisten vorbereiteten Rätekongreß nahmen gemäß dem Bericht der „Pravda“ 47 „Delegierte der Sowjetterritorien Chinas“ teil. Der Kongreß stand vollständig im Zeichen der Komintern, das heißt: Moskauer. Er hat sich gegen die Einberufung der „Nationalversammlung“ für China ausgesprochen, die von dem „Renegat“ Tchen-Du-fu, dem ehemaligen Führer der K.P.C., gefordert wird. Der Kongreß hat die Abschaffung des Privateigentumsrechts auf Grund und Boden, die Beseitigung der Landsteuer, radikale Arbeiterengesetze, Verstaatlichung der industriellen Großbetriebe als Auftakt zum sozialistischen Aufbau Chinas proklamiert. Die Auslandsanleihen sollen annulliert, die Auslandskonzeptionen, Banken und Betriebe, ohne Entschädigung konfisziert werden. Die Nanjingregierung soll gestürzt, die Sowjetmacht soll für ganz China errichtet werden, um im Bündnis mit der Sowjetunion gegen den Weltimperialismus zu kämpfen.

Die kommunistische Führung droht jetzt der Bauernbewegung in China ebenso zum Verhängnis zu werden, wie seinerzeit der Arbeiterbewegung. Der oppositionelle Kommunist A. J. C. bezeichnet mit Recht die Taktik der Komintern in China als reinsten Putschismus. Eine Bauernbewegung, die auf die Beseitigung der Ueberreste des Feudalismus und des Mittelalters gerichtet ist, zum Ausgangspunkt einer proletarisch-sozialistischen Revolution machen zu wollen, ist ein Unfuss, ja ein geschichtliches Verbrechen. Die Spuren des Kantonaufstandes im Dezember schreien.

Die Versuche zur Bolschewisierung der chinesischen Revolution führen in China wie überall nicht zur Diktatur des Proletariats und zum Sieg des Sozialismus, sondern nur zum Sieg der bürgerlichen Gegenrevolution und der faschistischen Diktatur.

Thüringens Klageschrift.

Verstärkte Drohungen.

Weimar, 26. Juni. (Eigenbericht.)

In der Klage des thüringischen Staatsministeriums wegen der Sperre der Zuschüsse für die Landespolizei, die am Donnerstag der Defensivität übergeben wurde, wird der Staatsgerichtshof ersucht, die vom Reichsminister des Innern unter dem 6. Juni 1930 angeordnete Sperre der Polizeizuschüsse an das Land Thüringen für unzulässig zu erklären und ferner das Reich zu verpflichten, bis zur endgültigen Entscheidung des Staatsgerichtshofes die Zuschüsse an das Land Thüringen weiter zu zahlen.

In der Begründung wird zunächst die Vorgeschichte erwähnt, die zu der Sperre geführt hat und bestritten, daß der Reichsminister berechtigt gewesen sei, die Zahlungen an Thüringen einzustellen. Nach Artikel 128 der Reichsverfassung seien alle Staatsbürger zu öffentlichen Diensten zugelassen. Ferner wird ausgeführt, daß infolge der geographischen Lage das Land Thüringen auf starken polizeilichen Schutz angewiesen sei. Aus eigenen Mitteln die Polizei zu erhalten, sei für das Land unmöglich. Die einzige Möglichkeit, den Polizeidienst ferner aufrechtzuerhalten, müßte, wenn die Zuschüsse wegfallen, von nichtbeamteten Staatsbürgern gemäß Artikel 133 der Reichsverfassung wahrgenommen werden.

Es hagelt Anzeigen.

Ithoe, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Der Staatsanwaltschaft liegen zur Zeit rund 40 Anzeigen gegen die Redaktion des „Landvolk“ vor. Es ist anzunehmen, daß sämtliche Anzeigen erst nach dem großen Bombenattentatsprozeß zur Verhandlung kommen.

Das Programm der Unternehmer.

Eine Erklärung der Arbeitgeberverbände.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände veröffentlichen zu den Besprechungen zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmer eine Erklärung, in der es heißt:

Die deutschen Unternehmer der Schlüsselindustrien und der verarbeitenden Industrien in voller Uebereinstimmung haben den ehrlichen Willen, gemeinsam mit den Gewerkschaften für das deutsche Volk einen Weg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu finden. Es entspricht weder dem Ernst der Lage noch dem Geist, in welchem bisher die Verhandlungen geführt wurden, wenn namentlich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (siehe „Vorwärts“ Morgenausgabe vom 26. Juni 1930) den Versuch unternimmt, in einzelnen von der Wirtschaftstrife losgelassenen Bezirken im Lande einen Grund zum Abbruch der Verhandlungen zu setzen und wenn er gleichzeitig Mitteilungen über Einzelheiten der Besprechungen macht, die ein schiefes Bild vom Gange der Verhandlungen geben. Trotzdem würden sich die Unternehmer angelegentlich des so tiefen Ernstes der Lage, über den sie sich völlig klar sind, einer Anregung der Gewerkschaften, die unmittelbaren Verhandlungen wieder aufzunehmen, nicht verweigern.

Die Entwicklung der Wirtschaftslage, vor allem aber die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene Not, macht es den in der Wirtschaft Tätigen zur Pflicht, praktische Wege zu einer Erleichterung der Lage zu suchen und zu beschreiten. Voraussetzung für eine Gesundung ist eine Umkehr aus den Gebieten der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Eine einheitliche und zureichende Festhaltung der öffentlichen Finanzpolitik und eine vollständige Ordnung der öffentlichen Finanzen kann nur erreicht werden, wenn eine Anpassung der öffentlichen Ausgaben an diejenigen Einnahmen herbeigeführt wird, die eine notleidende Wirtschaft und eine notleidende Bevölkerung aufzubringen imstande

sind. Der für die Belebung der Wirtschaft unbedingt erforderliche Preisabbau verlangt die Senkung der Selbstkosten der Produktion und der Kosten der Güterverteilung. Die Senkung der Selbstkosten kann nur erzielt werden, wenn jeder einzelne ihrer Faktoren auf ein Maß zurückgeführt wird, das der inneren deutschen Finanzkraft und den Forderungen einer richtigen Wirtschaftsführung entspricht. Das Ziel würde nicht erreicht, wenn hiermit auf die Dauer ein Unterkonsum verbunden wäre. Vielmehr muß erstrebt werden, durch Senkung der Selbstkosten und der Preise den Konsum auf normale Höhe zu bringen und in der Folge zu steigern.

Die Notwendigkeit der Selbstkostensenkung erfordert eine entsprechende Anpassung der Personalausgaben für alle in der Privatwirtschaft tätigen Personen, die leitenden Persönlichkeiten eingeschlossen, an unsere wirtschaftliche Notlage. Auch in der Sozialversicherung, deren Aufrechterhaltung grundsätzlich notwendig ist, muß in der praktischen Handhabung der Versicherung jede mißbräuchliche Ausnutzung verhindert und es müssen die Verwaltungskosten auf ein Mindestmaß zurückgeschraubt werden. Auch hier sind durchgreifende Abänderungen der bestehenden Gesetzgebung unerlässlich. Nur durch eine entschlossene Umkehr kann eine weitere Verschlimmerung der Lage unseres Landes verhindert und das schwere Problem der Arbeitslosigkeit einer Lösung zugeführt werden.

Diese Erklärung der Unternehmer bestätigt die Darlegung, die der A.D.B. über den Abbruch der Verhandlungen gegeben hat. Von einem „schiefen Bild“ kann da gar keine Rede mehr sein. Die Unternehmer sagen klar heraus, wozu es ihnen geht: allgemeine Lohnsenkung, Versicherung dagegen, daß der Preisabbau zu ihren Lasten geht, allgemeiner Angriff gegen die Sozialpolitik. Alles in allem: eine Generaloffensive gegen die Arbeiterschaft.

Tumulte im Schweidnitzer Prozeß.

„Ich drehe Dir das Genick um.“

Schweidnitz, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Im Schweidnitzer Prozeß kam es am Donnerstag zu heftigen Tumultszellen der angeklagten Nationalsozialisten, die vorübergehend die Vertagung der Verhandlung notwendig machten.

Als ein Zeuge, der am Abend der Versammlungssprengung als Zuschauer im Volksgarten beschäftigt war, vernommen werden sollte, machte die Angeklagten wiederholt Zwischenrufe. Ein Angeklagter schrie dem Vertreter der Nebenkläger aus irgendeiner Frage an den Zeugen zu: „Werden Sie doch erst Zuschauer. Das ist ja eine Gemeinheit von diesem Menschen, der hat ja keine Ahnung.“ Rechtsanwalt Förder beantragte daraufhin, den Angeklagten in eine Ordnungsstrafe zu nehmen. Als der Vorsitzende darüber hinweggehen wollte, unterstützte Staatsanwalt Keimer den Antrag, um die Disziplinlosigkeit der Angeklagten einzuschränken. Erst jetzt beschloß das Gericht eine Ordnungsstrafe für den Angeklagten von 30 Mark.

Als dieser Gerichtsbeschuß verlesen wurde, sprang der Angeklagte Keimer auf und sagte: „Dann bitte ich aber, daß der Ausdruck „Gemeinheit“ des Rechtsanwalts Förder auch protokolliert wird.“ Dieser Ausdruck ist am ersten Verhandlungstag gefallen, als Rechtsanwalt Förder den Antrag stellte, die Angeklagten wegen Tragens der verbotenen Uniform in Ordnungsstrafe zu nehmen. Darauf habe er erwidert, das sei die Aufregung einiger jüdischer Kadetten. Damals ersuchte Rechtsanwalt Förder den Vorsitzenden, ihn gegen die Wiederholung einer derartigen Gemeinheit zu schützen. Am Donnerstag forderte Förder, für den Fall, daß der vor zwei Wochen erfolgte Vorfall nachträglich protokolliert werden sollte, auch die Gründe zu diesem Vorfall festgehalten werden. Im übrigen sei der Ausdruck „jüdische Kadetten“, den der Angeklagte Keimer damals gebraucht habe, in der Zwischenzeit auch von mehreren nationalsozialistischen Zeugen benutzt worden.

Kaum hatte Förder das gesagt, als Rechtsanwalt Frank, der nationalsozialistische Verteidiger, und mit ihm sämtliche Angeklagten in großer Wut ausbrachen. Es folgte ein Toben der Nationalsozialisten ein, das lebhaft an den Beginn der Volksgartenschlacht erinnerte. Aus den schreienden Juristen der Angeklagten und ihres heftig gestikulierenden Verteidigers war etwa zu vernehmen: „Treachheit“, „Unverschämtheit“, „Unsere Ehre beleidigt“.

Einer der Angeklagten schrie, zu Dr. Förder gerichtet: „Ich springe über die Bank und drehe Dir das Genick um.“ Der Vorsitzende schwang heftig, aber erfolglos die Glocke. Schließlich schrie der nationalsozialistische Verteidiger Frank: „Wir ver-

lassen unter Protest den Saal.“ Dann stürmten die Angeklagten unter Führung von Frank und unter dauernden Pöbel-Rufen aus dem Gerichtssaal. Erst jetzt hob der Vorsitzende die Sitzung auf. 10 Minuten später wurde die Verhandlung fortgesetzt. Der Vorsitzende ging auf den Vorfall gar nicht ein, sondern fuhr in der Zeugenvernehmung fort.

Am Schluß der Vernehmung erklärte der nationalsozialistische Verteidiger Frank: „Auf den Vertreter der Nebenkläger und des Zentralvereins hat der Ausgang der schöfflichen Wahlen derartig eingewirkt, daß er sich zu einer schweren Beleidigung der anwesenden Nationalsozialisten und nationalsozialistischen Zeugen

durch den Ausdruck „Nationalsozialisten“

hat hincelßen lassen. Ich beantrage diesen Ausdruck zu rügen.“ Der Vorsitzende warf hierauf ein, daß er sich von Anfang an bemüht habe, verletzende Bezeichnungen, wie Nazi usw. auszuschalten. Rechtsanwalt Förder erklärte, daß er an der Bezeichnung Nationalsozialist nichts Beleidigendes finden könne, da sie bis weit in bürgerliche Kreise üblich sei. Wenn er aber gemerkt hätte, daß dieser Ausdruck die Angeklagten in eine derart gesteigerte künstliche Erregung versetzen würde, so hätte er ihn unterlassen. Bei diesen Worten sprang der nationalsozialistische Verteidiger wie besessen auf und brüllte: „Es ist unerhört, von künstlicher Erregung zu sprechen. Der Mann (Förder) kennt ja das Gefühl deutscher Männer nicht. Unsere 300 gefallenen Kameraden stehen wieder auf.“ Der übrige Vorsitzende des Verteidigers ging in dem Loben der Angeklagten unter. Der Angeklagte Köhler schlug wie wahnsinnig mit einem Aktentuch auf die Anklagebank und brüllte: „Und wenn ich sechs Monate eingesperrt werde.“

Dieses Toben währte etwa 3 bis 5 Minuten und wäre fast zu einer wilden Schlägerei ausgeartet.

Der Vorsitzende blieb diesem Tollwutausbruch gegenüber völlig hilflos.

Als sich die Ruidys beruhigt hatten, setzte Rechtsanwalt Förder seine unterbrochene Erklärung fort und bat den Vorsitzenden zunächst, den Ausdruck Wargisten, mit dem der Verteidiger und die Angeklagten das Reichsbanner dauernd in offensichtlich beleidigender Absicht belegten, als ungehörig zurückzuweisen. Sodann wies er mit Nachdruck darauf hin, daß das Auftreten der Nationalsozialisten geeignet sei, für die in der kommenden Woche beginnenden Wädagers die allerhöchsten Besorgnisse zu erwecken. Der Vorsitzende und das Gericht müßten hieraus rechtzeitig die Konsequenzen ziehen.

Das tausendjährige Parlament.

Islands Althing.

Reykjavik, 26. Juni.

Die Festlichkeiten anlässlich der Tausendjahrfeier des Althing wurde heute vormittag eingeleitet durch einen feierlichen Gottesdienst, der durch den isländischen Bischof Helgason abgehalten wurde. Der König und die Königin von Dänemark, der schwedische Kronprinz, die isländischen Minister, die Mitglieder des Althing und Vertreter zahlreicher Staaten und Parlamente, darunter Reichstagsabg. Karl Hildenbrand-Berlin (Soz.), waren zugegen. Nach dem Gottesdienst begaben sich die Teilnehmer in feierlichem Zuge nach der Thingvellir-Ebene. Hier versammelten sie sich am Fuße des sogenannten Gesegebirges, wo der Althing vor 1000 Jahren seine erste Sitzung abhielt. Nach dem Abingen der isländischen Nationalhymne hieß Ministerpräsident Thorhallson im Namen des isländischen Volkes die Gäste willkommen. König Christian von Dänemark erklärte in seiner Eigenschaft als isländischer König die Sitzung des Althing für eröffnet. Der Präsident des Althing, Kogelrison, gab darauf einen kurzen geschichtlichen Ueberblick vom Jahre 930, dem Gründungsjahr des isländischen Staates, bis in die Gegenwart. Nach einem Frühstück hielt der Althing auf dem Gesegebirg eine Sitzung ab, in der die erschienenen Vertreter der fremden Parlamente dem Althing ihre Huldigung darbrachten.

Labour und Liberale über Arbeitslosigkeit

Erste gemeinsame Besprechung.

London, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Am Donnerstag trafen sich zum erstenmal Vertreter der Labour-Regierung und der Liberalen Partei zu einer Beratung der Arbeitslosenbeschäftigung. Von der Regierung waren u. a. MacDonald und Snowden anwesend. Die Liberalen hatten als Hauptdelegierten Lord George entsandt. (Die Konservativen haben den Vorschlag gemeinsamer Beratungen über dieses Problem abgelehnt. Red.)

Neuer Ministerialdirektor. Die unlängst freigewordene Ministerialdirektorstelle im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist mit dem bisherigen Ministerialdirektoren im Reichsfinanzministerium Dr. Wachsmann besetzt worden.

In Unterrichtsausschuß des Nationalrates in Wien wurde im Beise der Gewerkschaften in Tirol das Wort „religiös-sittlich“ durch „sittlich-religiös“ ersetzt mit dem Stimmen der Sozialdemokraten, der Großdeutschen und des Landbundes. Daraufhin legte der christlich-sozial Berichterstatter die Berichterstattung nieder.

Auch General Benquerer soll sich über den Plan der Bildung einer Einforegierung unter Alba sehr beärgert haben. Doch wird die Zustimmung der Sozialisten bezweifelt — In Sevilla dauert der Generalfreik zum großen Teil weiter, Gerüchweise verlautet, daß der Belagerungsaustand verhängt werden soll.

Beratung über Indien.

Ueberparteiliche Führerkonferenz.

London, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Die indische Frage wurde am Donnerstag in einer gemeinsamen Konferenz sämtlicher Parteien erörtert. Anwesend waren Ministerpräsident Macdonald, der Staatssekretär aus Indien, Wedgwood Benn, von den Konservativen; Baldwin und Austen Chamberlain, von den Liberalen; Lloyd George und der frühere Vizekönig von Indien Lord Reading.

Indische Zentralregierung will weitergehen als der Simon-Bericht.

Bombay, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Der Berichterstatter des „Daily Herald“ erzählt, daß sowohl die Zentralregierung wie die Provinzialverwaltungen einig seien, daß sie gemeinsam Änderungen an den Vorschlägen der Simon-Kommission der englischen Regierung vornehmen wollen, die weit über das hinausgehen, was der Bericht selbst als Reformen vorschlägt.

Boykottbewegung in Indien.

Gegen alle ausländischen Waren.

London, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Der Boykott gegen die englischen Waren nimmt immer größeren Umfang an. Die Bombayer Gewerkschaften haben ihren Mitgliedern jede Geschäftsbeziehung mit den englischen Bantons unterjagt. In Delhi ist der Boykott gegen die englischen Kleiderstoffe so restlos durchgeführt, daß der Verkauf vollständig aufgehört hat. Die indischen Organisationen in Delhi rufen zu einer Boykottwoche, in der von Haus zu Haus, von Wohnung zu Wohnung gegen den Verkauf aller ausländischen Waren agitiert werden soll.

Patel, der vor der Salzkampagne zu drei Monaten Gefängnis verurteilte Privatsekretär Gandhi's und Bruder des früheren Präsidenten der indischen Nationalversammlung, ist am Donnerstag freigelassen worden.

Sozialisten gegen Milliardenwindel.

Scharfe Anklagerede Vincent Auriol's.

Paris, 26. Juni. (Eigenbericht.)

In der Kammer begann am Donnerstag die seit Wochen mit großer Spannung erwartete Debatte über die Finanzen des französischen Schatzkammers, die von der sozialistischen Fraktion durch einen Antrag zur Durchführung einer parlamentarischen Enquête erzwungen worden war.

Vincent Auriol,

der von der sozialistischen Fraktion mit der Verteidigung des Antrages betraut war, wies in einer ausgezeichneten und sehr scharf gefaßten Rede auf die trassen Widerstände hin, in die sich das Regime Lardieu in der Erörterung der Staatsfinanzen verstrickt habe. Tatsache sei, daß der frühere Finanzminister Chéron dem Schatzamt eine Reserve von 18 Milliarden Franken hinterlassen habe und von diesen 18 Milliarden heute nur noch 11 Milliarden vorhanden seien. Aber auch über diese 11 Milliarden wäre bereits disponiert worden, so daß de facto nur noch 2 1/2 Milliarden Franken für das Wirtschaftspraktikum der Regierung übrigblieben, obwohl es Ausgaben in der Höhe von fünf Milliarden für das erste Jahr vorsehe. Was werde der Lardieu-Presse über das großzügige „Milliardenprojekt zur Inturbefung der Wirtschaft“ sei daher

der reinste Bluff.

weil eben die Milliarden nicht vorhanden seien. Sollte aber die Regierung die Absicht haben, ihre Finanzen durch kurzfristige Anleihen bei den Großbanken künstlich aufzubauhen, so beschreibe sie damit den verderblichen Weg, der einmal schon zur Inflation und wirtschaftlicher Katastrophe geführt habe. Was die Landesverteidigung betreffe, so sehe sie die sozialistische Fraktion durchaus nicht durch die wichtigsterische Geheimnisträumerei und übertriebene Diskretion gebunden, deren sich die Rechtsparteien befleißigen. Der Plan für die Grenzbesetzungen sehe etwa 3,5 Milliarden Franken Ausgaben vor, von denen aber bisher lediglich eine Milliarde aufgebracht sei. 2,5 Milliarden seien somit noch ungedeckte. Außerdem würden weitere drei Milliarden für die Auffüllung der in den Marokko- und Afrika-Kriegen, sowie in den türkischen Aufständen verbrauchten Waffen- und Munitionsbestände benötigt.

Falls also die französische Regierung — so schloß Auriol — die letzten noch verfügbaren 2,5 Milliarden Franken des Tresors tatsächlich zu ihren Wirtschaftsplänen ausgeben, so würde sie in den nächsten Jahren nicht weniger als

sechs Milliarden für die oben erwähnten Rüstungszwecke

beschaffen müssen, was offenbar nur auf dem Anleihenwege möglich sei. Gegen diese verworrene und verderbliche Finanzpolitik über wende sich die sozialistische Partei mit aller Entschiedenheit. — Die

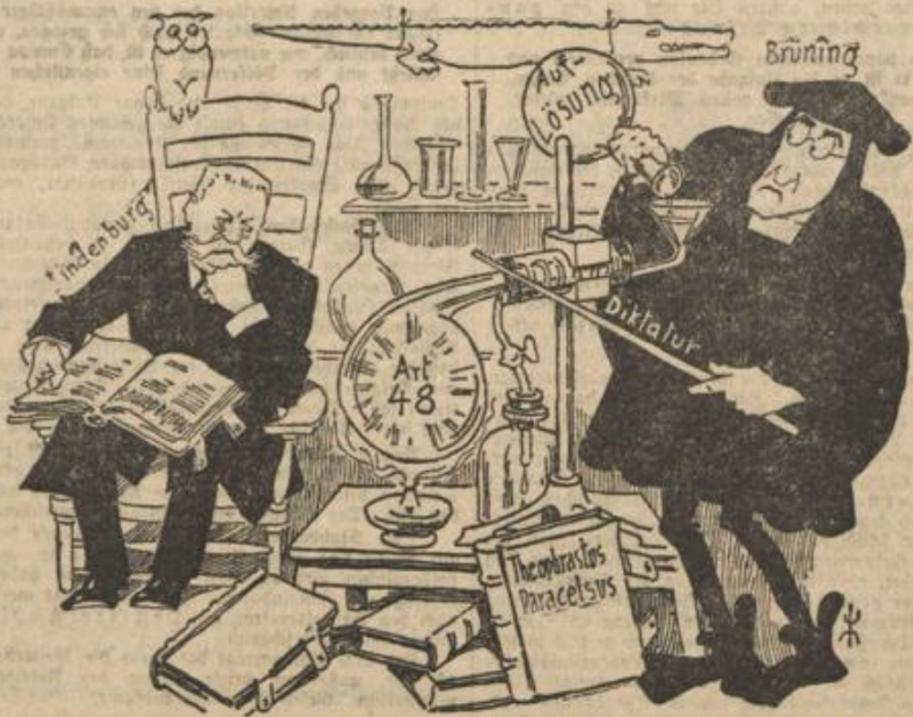
Antwort Lardieus

auf die Rede Vincent Auriol's konnte keine Klarheit schaffen. Lardieu verwahrte sich dagegen, daß man in der Presse die Regierung beschuldige, die Milliarden des Tresors verpraht oder zu Geheimrüstungen verwendet zu haben. Das französische Schatzamt habe im November vorigen Jahres in der Tat über 12 1/2 Milliarden verfügt; von diesen seien 8 Milliarden für Amortisierungszwecke, Rückzahlung der Kreuzer-Anleihe, Vorschüsse an das Budget usw. verausgabt worden, so daß an Reserven noch 11 Milliarden 300 Millionen verblieben. Von diesen seien die für das Wirtschaftspraktikum der Regierung erforderlichen 5 Milliarden verfügbar, die für Rüstungen notwendigen Mittel würden anderweitig beschafft werden.

In einer Replik erklärte Vincent Auriol, daß aus der Rede des Ministerpräsidenten hervorgehe, daß außer den ungeheuren Zuwendungen, die bisher schon gemacht wurden, noch weitere Milliarden für Rüstungszwecke aufgewendet werden sollen. Die Rede Lardieus habe überdies auch über die Frage der für den Wirtschaftspraktikum verfügbaren Summen keine volle Klarheit schaffen können.

Nach den Erklärungen der Fraktionsführer, in deren Verlauf unter anderem Palmade für die Radikalen erklärte, gegen den Antrag der Regierung (Abschließung der sozialistischen Resolution von der Tagesordnung) zu stimmen, wurde die Abstimmung vorgenommen. Die Abstimmung ergab die Annahme des Regierungsantrages mit 330 gegen 262 Stimmen.

Der Alchimist von Neudeck.



Brüning: „Erzehlens, ich bin auf dem Wege, jenen berühmten Stein der Weisen zu finden, dessen geheime Kraft auch das größte Defizit in goldene Berge verwandelt!“

Außenhandel und Paneuropa.

Rede Tony Senders im Reichstag.

In der Reichstagsdebatte über den Haushalt des auswärtigen Amtes sprach gestern nachmittags zunächst

Abg. Dr. Hoehly (Christlichnat. Verb.-Gem.): Ein großer Teil der Einwendungen im Schlussbericht Barter Gilberts gegen unsere Finanzpolitik sind berechtigt; sein Wiedereintritt in das Bankhaus Morgan unterstreicht die Bedeutung der Sanierung unserer Finanzen. Die Gleichberechtigung fordert zur entmilitarisierten Zone westlich vom Rhein auch eine solche östlich.

Die Abrüstung ist nach einem Wort Stresemanns die Schlüsselfrage des Völkervertrages. Daher müssen wir aktiver werden, auch in der Minderheiten- und in der Mandatsfrage.

Ein Paneuropa, dem wir angehören, darf nicht gegen einen arger-europäischen Staat gerichtet sein. Es ist nicht möglich und für Deutschland auch nicht erwünscht, europäische und außereuropäische Fragen vollständig zu trennen und Europa gegen die halb-europäischen Staaten England und Rußland abzuschießen. Als über-zeugter Anhänger deutsch-russischer Beziehungen weise ich die leichtfertigen Ausführungen der Kommunisten zurück. Freiheit auch dem Materialismus, aber keine Verfolgung des Christentums. (Zustimmung rechts und in der Mitte.) Wir wären wohlwollend, uns in eine Antikommunistenfront einreihen zu lassen, aber wir weisen auch jede Einmischung in unsere Verhältnisse zurück.

Das Echo der Grenzkonflikte in Polen, die vielen Einzelkonflikte in Oberitalien usw. zeigen die Notwendigkeit eines über-richtigen Nationalismus im Gefühl der eigenen Unfähigkeit.

Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen ist in Polen noch immer nicht ratifiziert; welche Sicherheit haben wir, daß es mit dem Handelsvertrag nicht ebenfalls gemacht wird. Wenn der polnische Außenminister die Normalisierung der Beziehungen zu Deutschland fordert, so müßte zunächst Polen die Sicherheit geben, daß mühselig erreichte Verträge auch gehalten werden. (Zustimmung.) Ein Modus vivendi mit Polen muß bei all unserem Anspruch auf friedliche Revision der ungerechten Grenze erreicht werden. Der berechtigte Protest gegen den amerikanischen Militarismus darf die Freundschaft mit USA nicht beeinträchtigen, an der Deutschland ein ganz besonderes Interesse hat. Herr v. Rheinbaben hat die außenpolitische Notwendigkeit einer konsolidierten Innenpolitik betont — gerade in einem Augenblick, wo seine Partei neue innerpolitische Schwächen erleidet. (Sehr gut und Beifall rechts.)

Abg. Dr. Gamminger (Bayer. Vp.) wünscht starke Einparungen im Personalbestand des auswärtigen Amtes. Seine Revision des Verlaufsartikels 19, der uns ein Resolutionsrecht gibt, sein Dis-locarno, mit dem Brandt in seinem Memorandum anspricht, kein Verzicht auf bessere Behandlung der Minderheiten oder auf die Abrüstung darf der Bewahrung von Paneuropa vorausgehen. Die Gefahr eines französisch-italienischen Kriegs beunruhigt uns besonders wegen des französischen Plans, Südwestdeutschland mit als Operationsbasis zu benutzen. Wenn auch in allen Generalstaben viel Unfuss ausgebeutet wird, so müssen wir doch auf der Abrüstung bestehen, um einen allgemeinen europäischen Krieg zu verhindern oder eine Begrenzung unserer Wehrtrost erreichen. Die Kapollit-Politik hat unsere hauptsächlich wirtschaftlichen Erwartungen hart enttäuscht. Wir müssen

energisch gegen die Religionsverfolgungen in Rußland Stellung

nehmen. Trotz aller Zugeständnisse zum Nachteil der Landwirtschaft haben die Handelsverträge unsere Industriekreise nicht durch Export befähigt, wenn man den großen Verlustexport berücksichtigt. Die Handelsverträge müssen deswegen sorgfältig geprüft werden. Wir müssen los von der Weißbegünstigungspolitik, deren frühere Berechtigung verschwunden ist. Wir werden trotz der Opfer für den Handelsvertrag mit Deutschland stimmen, um dem Zusammenbruch entgegenzutreten.

Abg. Geiz zu Revenflow (S.D.M.P.): Wir gehören nicht zur Rechten des Hauses und möchten das Ereignis der Rheinland-räumung nicht bagatelisieren. Wir freuen uns dieses Ereignisses, aber die Rheinländer werden, nachdem sie die Franzosen so gründlich kennengelernt haben, kein Verständnis für eine Veröhnung mit Frankreich haben. Der Haß gegen Frankreich ist für uns ein wert-voller historischer Faktor. Der französische Außenminister hat den Rhein als die internationale Grenze zwischen Frankreich und Deutschland bezeichnet. Dagegen hat Deutschland nicht protestiert. Auch das gehört zu dem Volksvertrau, der die Wahrheit notwendig ist. Nicht in eine neue Phase, sondern in eine Probe tritt unsere Außenpolitik ein, die Ministerrede hat das bewiesen. (Zuruf der Rechten: Edelquatsch!)

Rheinbaben, der neue Fraktion des Außenministers, hat sich plötzlich in einen heftig oppositionellen Degolus verwandelt, zwar erst nach der gestrigen Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei, hofschallig aber wertbeständig.

Das Eingehen auf den französischen Herrschaftsplan Paneuropa ist entweder eine Jagd nach dem Urteil oder ein neuer Volks- und

Landesverrat. Nur die Nationalsozialisten können die richtige Politik machen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Schreiber (S.) hält dem Vorredner die „Leistung“ der thüringischen Schulgebete vor. (Geschrei der Nat.-Soz., zugleich wegen des Wiedererscheinens des Außenministers, der sich den Vorredner hatte entgehen lassen. — Stöhr ruft ihm zu: Wir werden Ihnen schon Respekt beibringen — Vizepräsident v. Kardorff meint offenbar, der Lärm gelte dem Redner und er sucht um Ruhe, da man auch Revenflow nicht gestört habe.) Dr. Schreiber polemisiert gegen die Staatsdarlegungen von Freytagh-Loringhovens, der seine Sache in Zwischenrufen vertritt. An diesem Ort kann noch außerdem gepart werden.

Wenn wir einen Orden wie die französische Ehrenlegion hätten, so könnten wir durch seine Verteilung gute Wirkung im Ausland erzielen und manche Nebenreden bei Handelsverträgen herabsetzen.

(Heiterkeit.) Wir gedenken dankbar auch jener Ausländer, die gegen die Rheinlandbelegung aufgetreten sind, und der kirchlichen Hilfe. (Beifall.) Der seither vertretene Bischof v. Arco hat viel zur Wäherung des Trudes und zur Verständigung beigetragen. Die deutsch-russische Freundschaft wollen wir nicht zu einem Nichts ausgehöhlt sehen. Während russische Ausstellungen dem Ausland auch die kirchliche Kunst vorgeführt haben, sind russische Kirchen zerstört worden. Das Glend der deutschen Rußlandbauern hat uns die Not gezeigt, und aus der Ifo-Ausstellung in Berlin haben wir die russische Kirchenhege erkannt. Den

Optimismus für die Moskauer Verhandlungen können wir nicht teilen.

Schon Bismarck hat den russischen Mangel an Gegenseitigkeit beklagt; wir finden ihn auch heute. Dem Völkervertrag stehen wir ohne Enthusiasmus im Sinne eines Einseitigen Relativitäts-prinzips gegenüber (Heiterkeit und Sehr gut!). Das Flasko in der Währungs- und Minderheitenfrage war erschütternd. Ist raffelt die Maschine allzulebte, ohne viel Wehl zu geben. (Zustimmung.) Das bis an die Zähne bewaffnete Europa ist in vielen eigenen Fragen nicht einmal zum Schiedsrichter geeignet. Wir müssen Bahnbrecher einer internationalen Kulturpädagogie sein.

Reichsaußenminister Dr. Curtius:

Hinter die Grundfläche der Außenpolitik, die ich vertreten habe, hat sich eine große Mehrheit unter Neuerung anregender Kritik gestellt. Der Lösung des deutsch-polnischen Problems widme ich meine ganze Kraft; ich behauere die Ratifizierung des Liquidationsabkommens durch Polen. Der Gefandte Kauscher ist von mir nach Berlin gerufen worden und hat von mir Anweisung erhalten, auf die Ratifikation zu dringen, die infolge der innerpolitischen Verhältnisse — dauernde Vertagung des Sejm — bisher verschleppt wurde.

Der antilegale Kampf in Rußland

berührt jeden deutschen Staatsmann zu innerst. Die Möglichkeit direkter Einwirkung ist nicht gegeben; wir müssen uns auf freundschaftliche Anregungen beschränken, wie ich sie durch den russischen Botschafter Kreslinski übermitteln habe. Eine Abschwächung der antiklerikalen Agitation ist seit einigen Monaten in Rußland zu erkennen. — Auf Grund seiner kolonialen Leistungen hat Deutschland ohne Zweifel das

Unrecht auf koloniale Betätigung. Die bisherige Mandatspraxis ist mit der garantierten Selbständigkeit der Mandatsgebiete unvereinbar.

Die beabsichtigte Umwandlung des ehemaligen Deutsch-Ostafrika in ein britisches Dominion widerspricht den Mandatsbestimmungen, bereits Stresemann hat in Genf den Widerstand Deutschlands mit allen verfügbaren Mitteln gegen diese Verletzung der Mandatsrechte angekündigt.

Der Minister polemisiert noch einmal gegen Abg. Freytagh-Loringhovens: Das Personal unserer Missionen ist nicht überflüssig; daran kann nichts gepart werden. Die internationalen Abkommen können nicht von unseren Missionen selbst verhandelt werden, weil vielfach Spezialfachverständige dazu nötig sind. Die Entsendung eines Beamten nach Pretoria hat sich gelohnt; er konnte einen ausgezeichneten Vertrag abschließen.

Abg. Tony Sender (Soz.)

(von den Salenkreuzern mit ordinären Juraten empfangen, die erst nach einem Ordnungsurteil für Stöhr aufhöhen):

Während Sie (nach rechts) jahrelang von der deutschen Be-setzung redeten, haben andere dafür gearbeitet. (Sehr wohl! bei den Soz.) Des Kabinetts Müller hat die deutsche Souveränität wiederhergestellt, und es dem Minister Treutmann, der noch im vorigen Jahre für das Volksbegehren Propaganda machte, ermög-

licht, jetzt die Befreiung der Rheinlande zu feiern. Denselben Aktivismus, den Sie in bezug auf die Möglichkeit der Befreiung des besetzten Gebietes gezeigt haben, äußern Sie jetzt zu den pan-europäischen Vorschlägen Briand's.

Wenn Briand den pan-europäischen Gedanken verkleinert und eingeschränkt hat, so ist es die Aufgabe der deutschen Außenpolitik, diesen Gedanken in seiner vollen Wirklichkeit wiederherzustellen.

Die Ausführung der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz ist von der deutschen Politik wenig gefördert worden; die Handelsvertragspolitik Deutschlands scheint nicht vom Auswärtigen Amt, sondern vom Landwirtschaftsministerium bestimmt zu werden. Es wird jetzt der Uebergang zum System der Meistbegünstigung zum System der Reziprozität verlangt.

Wenn das die neuen Gedanken in der Handelspolitik sein sollen, so können wir nur unser Bedauern darüber aussprechen, denn damit wird ein katastrophaler Rückschritt zu gänzlich veralteten Methoden vollzogen.

Die mühsam ausgebaute Struktur der deutschen Handelsverträge, die seit 1925 den deutschen Export ständig vermehrt haben, wird durch das System der Begünstigung der sogenannten "guten Kunden" völlig zerstört. Wie will man die bisher "schlechten Kunden" als gute Kunden gewinnen, wenn man andere Staaten dazu veranlaßt, selbst vom System der Meistbegünstigung unserer Produkte abzugehen? Wir warnen davor, einen handelspolitischen Block der nordischen Staaten gegen uns zu provozieren, der gerade unsere Landwirtschaft schwer schädigen würde. Die Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wurden zum Teil durch Polen verschuldet, aber bestimmt hat es der Verständigung nicht gedient, wenn der Leiter der deutschen Verhandlungsdelegation einen Aufruf der "Grünen Front" gegen den Vertrag unterschrieb, (Hört, hört! links). Die Produkte, deren Einfuhr man jetzt so sehr fürchtet, sind dieselben, um deren Verlust die Lebensunfähigkeit Deutschlands bei Abschluß des Versailler Vertrages bangte. 1925 sollte Polen sogar ein Kohlenkontingent von 600 000 Tonnen zugestanden werden. 1927 wollte man Polen eine unkontingentierte Schweinefleischzufuhr und die Errichtung einer Weidestoffkonzernfabrik zugestehen. Wir hoffen, daß die Kontingente nicht nur in Ostdeutschland zum Verkauf kommen, sondern über ganz Deutschland verteilt werden. Man darf nicht vergessen, daß in dem hilfsbedürftigen Osten auch eine starke Industrie existiert, die darauf angewiesen ist, daß man ihr die Absatzgebiete öffnet. Wir hoffen auf baldige Abklärung des deutsch-rumänischen Transitoriums durch einen Handelsvertrag. Es ist bedauerlich, daß wir weder mit Polen noch mit Rumänien zur Vereinbarung von festen Zollsätzen gekommen sind.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat zwar vor allzu hohen Landwirtschaftszöllen gewarnt, verlangt aber selbst Industriezölle, obwohl dadurch die Ausfuhr gehindert wird.

Mehr und mehr werden die Zölle zu Kampfmitteln im internationalen Quotenkampf, dessen Kosten die Arbeiter und Konsumenten bezahlen müssen. Die beabsichtigte Fernhaltung der ausländischen Konkurrenz führt nur die gleichen Maßnahmen in anderen Staaten herbei. Wenn die Regierung auf die Forderungen der Industrie eingeht, so fände das im schroffen Gegensatz zu ihrer Preisentlastungsaktion.

Die Ratifizierung der Genfer Konvention ist für Deutschland von allergrößter Bedeutung und wäre für die englische Arbeiterregierung in ihrem Kampf gegen die starke Hochschulzollbewegung in England eine wirksame Unterstützung. Die deutsche Ausfuhr nach England beträgt nur 12 Proz., aber die Gesamtausfuhr Deutschlands nach Europa ist in hohem Grade aktiv. 1928 betrug unsere Ausfuhr nach England 350 Millionen, 1929 schon 441 Millionen; für Holland sind die entsprechenden Zahlen 467 und 634 Millionen. Wir haben das größte Interesse, die freihändlerischen Tendenzen in diesen Ländern zu stärken. (Sehr wahr! links.)

Die deutsche Landwirtschaft ist außerordentlich schlecht beraten, wenn sie eine Politik treibt, die die Handelsbeziehungen mit Skandinavien und Holland bedroht, denn dadurch werden die Interessen der deutschen Konsumenten geschädigt, was die Landwirtschaft wieder spüren muß. Erleichterung der Ausfuhr bedeutet Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, Verminderung der Kaufkraft, Schädigung der Landwirtschaft, Erleichterung der Wirtschaftskrise. Amerika kann man mit Deutschland nicht vergleichen, es führt nur 7 Proz. seiner

Produktion aus und hat eine ganz andere Finanz- und Wirtschaftskraft.

Das Vorgehen Amerikas hat den ohnmächtigen Protest zahlreicher europäischer Staaten nach sich gezogen, macht aber zugleich deutlich, wie notwendig es ist, daß Europa sich zusammenschließt und der Völkerverbund seine eigentlichen Ziele anstrebt.

Deutschland hat die große und schöne Aufgabe, die Weltwirtschaft, den Außenhandel und damit die gesamten Interessen Europas zu fördern. Nicht Gegensätze der Kontinente zueinander, sondern im Interesse aller Kontinente der Verständigung Europas zur Zusammenarbeit aller Staaten der Welt! (Lebhafter, anhaltender Beifall der Sozi.)

Abg. Sachsenberg (Wirtschp.) verlangt Befämpfung der englischen Absicht, Europa als Kolonie zu behandeln sowie eine Aktivität gegen russische Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse. Abg. Breitscheid hat den in Aussicht genommenen Vorschlag für Moskau (Nadolny, Red. d. "A.") aus parteipolitischen Gründen abgelehnt, nämlich weil er beim Klagenstreit unter der Luther-Regierung für die alte Flagge eingetreten war. Wir beantragen, daß die deutsche Delegation im Völkerverbund gegen die noch immer von Belgien betriebene antideutsche Kriegspropaganda aufzutreten soll. Wenn am Personaletat des Auswärtigen Amtes nicht noch starke Abstriche gemacht werden, müssen wir ihn ablehnen.

Abg. v. Freytag-Loringhoven (Dnat.) hält seine Behauptungen aufrecht, daß der sozialistische Bahnschuh aus aktiven französischen Soldaten bestehe, daß kostspielige Delegationen vorgenommen werden usw. Der Minister habe ihm nicht ausreichend geantwortet.

Abg. Stubbenдорff (Dnat.) wehrt gegen den Handelsvertrag mit Polen und greift Minister Schiele an, weil er sich diesem verderblichen Vertrag nicht entgegengestellt habe. Alle Handelsverträge mit Zollbindungen müssen gekündigt werden. Wir müssen auch den Handelsvertrag mit Oesterreich ablehnen, weil er unsere Wirtschaft schädigt.

Um 18 1/2 Uhr verläßt das Haus die Weiterberatung auf heute 10 Uhr, außerdem dritte Lesung des Rotetats, Reichsarbeitsministerium, Gesetz über Auslandsföme.

Eine neue Schiele-Aktion.

Sämtlichen Kartoffelflockenfabriken werden die Bestände abgekauft.

Das der Reichsregierung erteilte agrarische Ermächtigungsgesetz hat zu einer neuen Aktion Schieles geführt, die den Kartoffelpreisen der neuen Ernte auf die Beine helfen und auch die Roggenstützungsfaktion fördern soll. Wie das Reichsernährungsministerium mittelst, will es sämtliche Kartoffelflockenfabriken die gesamten Flockenbestände zum Preise von 8 W. pro Doppelzentner abkaufen. Die Roggenverfütterungsaktion, d. h. die Einfuhr zur Roggenstützung, soll durch Zwangsverläufe der großen Flockenbestände nicht gehindert werden. Schiele ist der Meinung, daß bei entsprechender Drofflung des Futtergetreides der spätere Verkauf dieser Bestände ohne Schwierigkeiten (?) möglich sein wird; dem Handel wird versichert, daß man bei diesem Verkauf an eine monopolistische Regelung nicht denke.

Wir fürchten, diese neue Maßnahme Schieles wird wie die meisten bisherigen Stützungsversuche nicht viel nützen. Wie eine noch stärkere Drofflung des Futtergetreides möglich sein soll, als die jetzige, ist das Geheimnis des Reichsernährungsministers. Die Flockenaktion könnte sinnvoll sein, um einen Ausgleich zwischen schlechten und guten Kartoffelernten herbeizuführen. Was wird Herr Schiele aber tun, wenn bei einer neuen großen Kartoffelernte die Flockenbestände wieder riesenhaft anwachsen? Die Fabriken werden selbstverständlich dann wieder auf die Hilfe des Reiches warten und drofflos fabrizieren. Der den Fabriken gewährte Preis ist zu hoch. Er liegt um 1,50 bis 2,50 über der Marktnotierung und es ist merkwürdig, daß Herr Schiele sich verpflichtet fühlt, den Fabriken auch noch die Lagerkosten und die Kosten für die Feuerversicherung abzunehmen. Die mehrgedahlte Differenz wird der Landwirtschaft fast gar keinen, den Fabriken allein einen Ruhen bringen. Es steht in

diesen Maßnahmen also auch eine Subvention für die privatkapitalistischen Kartoffelflockenfabriken.

Allzu riesiges Geld wird die Sache ja wahrscheinlich nicht kosten, aber im Effekt wird doch schließlich wieder eine halbe Million mindestens vom Reich zugebüttelt werden. Kartoffelflocken sind eine Ware, die sich ewig hält; sie aufzukaufen, ist eine Spekulation gegen den Wettermacher Petrus, von dem die Ernte abhängt und zugleich eine für die Landwirtschaft sehr zweifelhafte Unterstützung der privatkapitalistischen Fabriken.

Die Handelskonvention der Staaten.

Nur Polen fehlt immer noch.

Die tschechoslowakische Regierung hat dem Völkerverbundsekretariat mitgeteilt, daß die beiden Kammern des tschechoslowakischen Parlaments das Gesetz über die Ratifikation der Konvention für die Beseitigung der Ein- und Ausfuhrverbote und -beschränkungen angenommen habe. Damit haben alle Staaten, welche die Konvention zu ratifizieren hatten, dies getan mit Ausnahme von Polen, welches die Ratifikation abgelehnt hat. Es ist anzunehmen, daß vor hier aus in den nächsten Tagen bis zum 1. Juli noch alle möglichen Versuche gemacht werden, ob die Staaten, welche die Konvention ratifiziert haben, nicht unter sich übereinkommen können, sie dennoch ab 1. Juli in Kraft zu setzen.

Städtische Oper / Volksbühne.

Um die Zukunft der Republik-Oper.

Der Aufsichtsrat der Städtischen Oper hat sich in seiner Sitzung am Donnerstag eingehend mit der Frage beschäftigt, ob und unter welchen Bedingungen die Stadt Berlin bereit sein würde, vom Herbst 1931 an einen Teil ihrer Opernaufführungen — gedacht ist vor allem an die zur Zeit schwach besuchten Sonnabend- und Sonntagvorstellungen — für die Mitglieder der Volksbühne zur Verfügung zu stellen. Da eine Einigung nach langen Beratungen noch nicht erzielt werden konnte, mußte die Entscheidung bis zur nächsten Aufsichtsratsitzung vertagt werden. Von dieser Entscheidung wird es abhängen, ob die vom Staat eingeleiteten Verhandlungen fortgesetzt werden.

Diese Verhandlungen gehen, wie man weiß, auf eine vom Preussischen Landtag — gegen den Einspruch der sozialdemokratischen Fraktion — gefasste Entschloßung zurück, der gemäß die Regierung beauftragt worden ist, in Verhandlungen mit der Volksbühne und der Stadt Berlin die Voraussetzungen für die Schließung der Republik-Oper und für die Uebernahme der dort im Interesse der sozialen Kunstpflege veranstalteten Aufführungen durch die Städtische Oper zu schaffen. Der Erfolg der Verhandlungen hängt also zunächst von der Haltung der Volksbühne ab, der für den Fall ihrer Zustimmung sehr wesentliche Vorteile auf anderem Gebiet in Aussicht gestellt wurden. Aber die Volksbühne wird sich gewiß darüber klar sein, daß sie in eine Suspendierung des Vertrages, auf dem ihre Opernansprüche an den Staat beruhen, nicht einwilligen könnte, ohne zugleich die Schlüsselstellung zu räumen, die sie tatsächlich in bezug auf die Republik-Oper und die Einstellung oder Fortsetzung des darin eingerichteten Opernbetriebes innehat. Ob die angebotenen Vorteile bedeutend genug sind, um ein Aufgeben dieser für die Berliner Operngattung vom soziokulturellen Standpunkt entscheidend wichtige Position zu rechtfertigen, das ist eine Frage, deren Diskussion nicht mehr lange aufgeschoben werden kann.

(Gewerkschaftliches siehe 3. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Sozialdemokratie: A. D. Böcher; Lokale und Kontinente: Felix Kersch; Agrar: Th. Glade; Sämtlich in Berlin: Verlag: Gewerkschafts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Brunf.; Vertriebs-Bücherei und Verlagsanhang: Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Hierzu 3 Beilagen und „Stadtbeilage“.

WERTHEIM

Leoziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Freitag u. Sonnabend billige Lebensmittel

Sonnt. Verz. Mengenabgabe vorbehalten. Fisch, Obst u. Gemüse werden nicht zugesandt.

Frisches Fleisch

Bratwurst Spezialität, Pfd. 1.18	Kalbsnierenstück Pfd. 0.96
Lieser 0.55 Gulasch 0.95	Kalbsschnittel Pfund 2.30
Rückenfett . . . Pfund 0.72	Hammelvorderfl. Pfd. 1.04
Querrippe . . . Pfund 0.75	Schweinerücken mit Blg. 1.02
Gehacktes . . . Pfund 0.78	Schweineschinken u. Kamm, mit Ballage, Pfund 1.14
Rinderkamm u. Brust Pfd. 0.88	Kahler mild gesalzen, Pfd. 1.24
Schmorleisch 1.10 ^{Kn.} 1.34	Prima Gefrierfleisch
Roastbeef mit Knoch., Pfd. 1.10	Rinderkamm u. Brust Pfund 0.84
Kalbskamm u. Brust Pfd. 0.88	

Konserven

Pflaumen 0.55 ohne Stein 0.75	Mirabellen 0.95 ^{1/2 Dose}
Saure Kirschen . . . 0.95 ohne Stein 1.25	Kalifornische Pfirsiche 1.40
Brech- u. Schnitt-Bohnen 0.58	Leipziger Allerlei 0.80
Junge Erbsen 0.70 fein . . . 1.20	Norwegische Heringe in Tomaten . . . 0.70
Konfitüre in 1/2 Eimern zu billigen Preisen	

Gebrannter Kaffee eigene Rösterei

Konsum- } Sorte II 2.10	Haushalt-Misch, Pfd. 2.80
Mischung } Sorte I 2.40	Sonder-Misch, Pfd. 3.20

Wein

1929 Oberhaardter Tisch- u. Bowlenwein 0.73	1929 Dürkheim. Portugieser roter Tischwein 0.78
1928 Wöllsteiner Hüllberg Rheinhesse 0.95	1929 Liebraumlich (Goldkapsel) 1.20
1928 Bruttiger Rathausberg prickelnd 1.35	1922 Chät. Raba Reblicher Bordeaux . . . 1.70
Kirsch-Himbeer-Zitron-irup ^{1/2 Fl.} 0.85	1/2 Flasche 1.40
Fruchtschaumwein mit Steuer und Flasche 1.20	Wein vom Faß zu billigen Preisen

Geflügel u. Wild

Hühner ^{gebraten, Pfund von} 0.82 an	Brathähnchen ^{junge Stück} 1.05 an
Hühner ^{frisch geschlacht., Pfund von} 1.08 an	Hirschblatt 0.90 an

Fische

Goldbars Pfund 0.20	Seelachs u. Schellfisch 0.20
Kabeljau ^{ohne Kopf, gr. Fische, Pfd.} 0.22 an	Kabeljau-Filet ^{Pfund von} 0.28 an
Zander Pfund 0.48	

Räucherwaren

Fettbücklinge Pfund 0.35 an	Seelachs Pfund 0.38
Roibars Pfund 0.38	Flundern . . Pfund von 0.38 an
Aale Pfd. 2.60 an, Bund 0.30 an	

Matjes-Heringe

2 Stück 25 Pf.	
----------------	--

Touristen-Konserven

von 50 Pf. an	
---------------	--

Zitronen-Gärungsgetränk

Boo-Lin	Verkauf und Ausschank
---------	-----------------------

Obst u. Gemüse

Johannisbeeren 2 Pfd. 0.55	Tomaten Pfund 0.28
Kirschen ^{Werdende, Pfund von} 0.30 an	Wirsingkohl . . 3 Pfund 0.25
Blaubeeren . . . Pfund 0.32	Weißkohl 3 Pfund 0.25
Aprikosen Pfund 0.38	Gurken . . . Stück von 0.15 an
Pfirsiche Pfund von 0.38 an	Grüne Bohnen ^{Pfd. von} 0.18 an
Tafeläpfel Pfund 0.45	Blumenkohl Kopf von 0.10 an
Zitronen . . . Dutzend 0.75 an	Spargel . . Pfund von 0.05 an

Kolonialwaren

Olympia-Mehl ^{5-Pfd.-Bl., 1.78 1.50} 1.50	Zitronat Pfund 1.60
Rauhreif-Mehl ^{5-Pfund-Beutel} 1.70	Mandeln 1.70 2.10 2.40
Kartoffelmehl . . Pfund 0.19	Tafelreis ^{pollert, 0.36 0.32} 0.26
Sulfaninen 0.42 0.52 0.68	Haferflocken . . Pfund 0.26
Korinthen . Pfund 0.50 0.62	Weizengrieß Pfd. 0.30 0.34

Einkochgläser „Globus“

ohne Ring	
für ^{1/4} 0.30	^{1/2} 0.32
^{3/4} 0.34	1 0.36
1 1/2 0.48	2 Ltr. 0.48
Gummiringe 10 Stück 0.20	0.30
Komplette Einkochapparate 4.90	

Käse u. Fett

Camembert . Schiedtel 0.20	Dän. Schmelzer ^{1/2 Pf.} 0.80
Brikäse Pfund 0.58	Schweizer ^{bayr., vollf., Pfund von} 1.38 an
Limburger 0.38	Margarine Pfund 0.50 0.58
Tilsiter vollfett, Pfd. von 0.72 an	Molkereibutter Pfund 1.50
Emmenthaler Schiedtel 0.72	Tafelbutter Pfd. . . . 1.64
Edamer u. Holländer 0.90	Dän. Butter . . . Pfund 1.74

Deutschnationale gegen Berlin!

Sie üben Obstruktionspolitik. — Reichshauptstadt ohne Haushaltsplan.

Die Bemühungen, Berlin einen Haushaltsplan für 1930/31 zu geben, müssen als gescheitert betrachtet werden. Die Deutschnationalen haben sich wieder einmal als schlimmsten Feinde der Reichshauptstadt erwiesen. In ihrer gestrigen Fraktionsführung, die vor Beginn der Stadtverordnetenversammlung tagte, beschloßen sie die Ablehnung des Gesamtetats. Diese verhängnisvolle, von kurzfristigen Parteiinteressen veranlaßte Entscheidung, deren Folgen für die Berliner Bevölkerung noch nicht abzusehen sind, hat eine klare Situation geschaffen. Die Reichshauptstadt wird sich nun einem vom Oberpräsidenten zu diktierten Zwangselbsteigenen müssen. Denn eine Etatsmehrheit ist nun nicht mehr zusammenzubekommen, weil die Wirtschaftspartei sich in kleinstem Sonderinteresse gegen jede Erhöhung der Gewerbesteuer wehrt und so eine Deckung des Defizits von 55 Millionen unmöglich erscheinen muß. Die Sozialdemokratie hat bis zuletzt ihre Bereitwilligkeit erklärt, die Verantwortung für einen Etat zu übernehmen, der allerdings die Interessen der werktätigen Bevölkerung hätte wahren müssen. Diese Stellungnahme lag in dem Rahmen einer Politik, die seit Jahren mit Erfolg bestrebt war, Aufbauarbeit im neuen Berlin zu leisten. Die Sozialdemokraten sehen es weiter als ihre höchste Pflicht an, durch das Zustandekommen eines Etats die sozialen Leistungen der Stadt vor einem jetzt drohenden Abbau zu bewahren. Den Deutschnationalen aber sei gesagt, daß die Sozialdemokratische Partei und ihre Presse für die notwendige Aufklärung unter der Berliner Bevölkerung besorgt sein wird. Schon in der heutigen Stadtverordnetenversammlung wird der Fraktionsvorsitzende Erich Flatau in seiner Etatsrede das unverantwortliche Handeln der deutschnationalen Fraktion in das rechte Licht rücken.

Die Beratung des Kapitels

Städtische Werke und Gesellschaften

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde fortgesetzt. Deutschnationale und Kommunisten ritten gemeinsam Attacken gegen die städtischen Einrichtungen. Der Stadtk. Wisnewski (Komm.) weiterte insbesondere gegen die Verkehrs-Gesellschaft; Stadtk. Merkel (Dnat.) forderte kurz und bündig die Auflösung der kommunalen Betriebsbetriebe. Einen gewissen Höhepunkt in den Beratungen bildete die Einbringung eines Antrages durch die Deutschnationalen, in dem eine

sofortige, durchgreifende Aenderung der Oberleitung der BVG. gefordert

wird, um zu erreichen, daß die von den Antragstellern geforderte Abgabe von 10 Millionen Mark durch die BVG. zur Etatbedeckung durchgeführt wird. Einem Hugenbergschen Spätabendblatt zufolge will die deutschnationale Stadtverordnetenfraktion von der Annahme dieses Antrages ihre Zustimmung zum Gesamtetat abhängig machen. Das wäre allerdings

das dritte Ultimatum der Deutschnationalen:

Zuerst forderten sie 8,5 Millionen Mark Ersparnisse an der Rostbandaktion, sonst — Etatablehnung; dann verlangten sie Erhöhung der Pflegegelder in den Krankenhäusern, sonst — Etatablehnung. Nun kam die Berliner Verkehrs-Gesellschaft heran. Der Angriff des Deutschnationalen v. Jeddlin richtete sich gegen den Verkehrsdezernenten, den sozialdemokratischen Stadtrat Reuter. Der sei für die Schuldenlast der BVG. allein verantwortlich. Wir wünschen ihn nicht mehr zu sehen, sagte der Redner. Die aggressive

provokatorische Rede v. Jeddlin rief sofort den Bürgermeister Schölk auf den Plan, der im Namen des Magistrats die Erklärung abgab, daß

der Magistrat eine Herauswiesung der 10 Millionen Mark aus der BVG. für unmöglich halte,

soll unter den gegenwärtigen Umständen die gesamte Geschäftsführung der Gesellschaft, der Schulden- und Kapitaldienst nicht einfach zusammenbrechen. Nach einer nochmaligen Rede des Stadtk. v. Jeddlin, in der er den sofortigen Rücktritt Stadtrat Reuter verlangte, verteidigte sich unter allgemeiner Aufmerksamkeit

Stadtrat Reuter gegen die Deutschnationalen.

Er sprach sein Bedauern darüber aus, daß Leute, die jetzt als Kritiker an der Finanzpolitik der BVG. auftreten, ganz vergessen haben, daß sie selbst für eine Verteuerung der

In den Sommermonaten bietet sich oft besondere Gelegenheit, für den

„Vorwärts“
zu werben.

Arbeiter und Angestellte!

Verlangt überall eure Zeitung, den

„Vorwärts“.

Schnellbahnbauten sorgten: Auf Betreiben der Rechten ist die Verlängerung der Hochbahn nach Bankow als U-Bahn gebaut worden, was 5 Millionen Mark mehr kostete. (Hört! hört! bei den Soz.) Im übrigen sei er, Reuter, absolut nicht genehmigt, die Verantwortung für sein Dezernat abzulehnen; nur sände er es nicht schön, daß Angehörige städtischer Körperschaften, die sehr wohl die Verantwortung mit tragen könnten und müßten, passiv bei Seite stehen. Wenn die Deutschnationalen ihm unterstellten, er habe nicht die Absicht und den Willen, die BVG. konkurrenzfähig zu machen, so weise er darauf hin, daß die BVG. in Konkurrenz mit der Reichsbahn (Stadtbahn) stehe, die durch einen Zuschuß von 25 Millionen Mark künstlich erhalten wird. Dagegen ist natürlich ein anständiger Wettbewerb nicht möglich und deshalb darf man sich über die Finanzpolitik der BVG. auch nicht wundern. Die BVG. hat aus eigenen Verpflichtungen (Schnellbahnbau, Erweiterung des Verkehrsnetzes überhaupt) und aus alten, übernommenen Schulden der ehemaligen Verkehrs-Gesellschaften

einen gegenwärtigen Schuldendienst von jährlich 45 Millionen Mark.

Dazu kommen die laufenden Abgaben an die Stadt, der Verkehrsrückgang infolge der Erwerbslosigkeit und der Wirtschaftslage und vieles andere. Herr v. Jeddlin habe seine Formel falsch gestellt. Die Rechte strebe nicht danach, die BVG. aus einem Zuschußbetrieb zu einem Erwerbsbetrieb zu machen, sondern richtig müsse es heißen: **Wie kann man noch mehr aus der Gesellschaft herauswickeln?** Wenn man glaube, mit einseitigen Tarifierhöhungen erhöhte Einnahmen zu erzielen, so irre man in der

gegenwärtigen, wirtschaftlich außerordentlich schweren Zeit. Auf jeden Fall sei die Leitung der Gesellschaft und ihre Oberleitung stets bemüht gewesen, den Anforderungen der städtischen Körperschaften und der Bürger gerecht zu werden. (Bravo bei den Soz. und in der Mitte.)

Stadtoberordner Loewy (Soz.)

meinte, daß der Antrag auf Abführung von 10 Millionen Mark durch die BVG. nicht der von der Rechten oft geforderten „Klarheit und Wahrheit“ des Etats entspreche. Schließlich führe die BVG. doch monatlich 3,3 Millionen Mark zur Abdeckung des allgemeinen städtischen Ueberbrückungskredits an die Stadt ab und das sei etwas mehr als 10 Millionen. Nur wer die BVG. zugrunde richten will, könne solche Forderungen stellen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was Herr v. Jeddlin dem Stadtrat Reuter vorwarf, ist nicht Schuld des einzelnen Mannes, sondern der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Sozialdemokratie ist stolz auf den Einheits-Tarif, sie hat das Verlangen des Oberpräsidenten nach Tarifierhöhung im Dezember abgelehnt und sie ist jetzt wieder für die Einführung der billigen Blockfahrkarte eingetreten. Der Kampf gegen die BVG. wird mit unjauberem Waffens geführt. (Bravo bei den Soz.)

Interessant war, was in der

Abstimmung

von dem deutschnationalen Antrag auf Entlassung von Stadtrat Reuter als Verkehrsdezernenten übrig blieb. Der Teil des Antrags, der die Abführung von 10 Millionen Mark durch die BVG. forderte, rannte offene Türen ein; ein solcher Antrag war bereits im Haushaltsausschuß vom Zentrum gestellt und gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen worden. Gestern im Plenum wurde die Abführung in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Übrig blieb also das Verlangen der Deutschnationalen nach Entlassung Stadtrat Reuters. Das ist an sich eine verwaltungstechnische Maßnahme, für die nur der Bürgermeister zuständig ist, der im Magistrat die Dezernate verteilt. Aber man stimmte gestern namentlich darüber ab, und der Antrag wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten, der Wirtschaftsparteier und der Nationalsozialisten abgelehnt. Abgelehnt wurde neben vielen anderen Anträgen auch der Antrag der Deutschnationalen auf Auflösung der städtischen Gesellschaften. Angenommene sozialdemokratische Anträge fordern eine mit Fachleuten besetzte Kontrollstelle zur Ueberwachung der städtischen Gesellschaften. Verlangt wurde ferner eine andere Vertretung der Stadt in den Generalversammlungen der Gesellschaften und eine Genehmigung der Bauvorhaben der Gesellschaften, insbesondere der Gas-, Elektro-, Wasserwerke, der BVG. und der Brennstoffgesellschaft durch die Aufsichtsräte. Alle verfügbar werdenden Erübrigungen der Gesellschaften sollen zur Erhöhung der Ablieferungsquoten verwendet werden. Im übrigen wurden mit diesen Anträgen die Ausschlußbeschlüsse gutgeheißen. In einer besonderen Abstimmung wurde

mit den Stimmen der Sozialdemokraten die beabsichtigte Angliederung des Rettungsamtes an die Feuerwehr abgelehnt.

Um 21½ Uhr wurde ein Verlagsantrag der Kommunisten abgelehnt. In der fortgesetzten Sitzung erklärte Stadtk. Flatau (Soz.), ob der Stadtkämmerer Dr. Lange nach seinem erfolgten Freitritt in Disziplinarverfahren wieder in sein Amt zurückkehren will, mag der Kämmerer selbst entscheiden. Die zugesagten Forderungen der Deutschnationalen an den Bürgermeister in der heutigen Sitzung führte Flatau unter der Heiterkeit der Sozialdemokraten auf die endlich einmal wieder zusammengekehrte deutschnationale Fraktion zurück. Das Kapitel Allgemein-Verwaltung wurde noch erledigt. Schluß der Sitzung gegen 22.15 Uhr.

SINCLAIR LEWIS
DER ERWERB
ROMAN
Übersetzt von Cl. Meißner. — Meyer & Jessen, Vertrieb, München.

Drittes Kapitel

1.

Mit Ausnahme des jungen Mannes in der Bank, des neuen Angestellten im Kurzwarenladen und des Eigentümers des neuen „Broadway Kleiderhauses“ hatte Una die meisten Kavaliere von Panama, Pennsylvania, noch von der Zeit her gekannt, da sie kurze Hosen trug; sie erinnerte sich der edigen, knabenhaften Knie und der Prügel, die deren Besitzer vom Lehrer erhalten hatten, noch zu gut, um ihnen gegenüber romantische Gefühle zu haben. Doch in der Handelsschule wurde sie plötzlich siebzug vollkommen fremden und interessanten männlichen Wesen zugefellt. Die Kurse waren so kurz, die Klasseneinteilung so ungeordnet, daß es keinen Dünkel älterer Jahrgänge gab, durch den sie sich hätte ausgeschlossen fühlen können. Und unter den weiblichen Schülerinnen ragte sie durch ihren Verneiser hervor und durch ihren instinktiven gesunden Menschenverstand, mit dem sie die Dinge beim richtigen Ende anzupacken wußte. Die jungen Männer umschwärzten sie zwar nicht, wie etwa das schlankste sternäugige Teufelsmädchen aus Brooklyn mit den verführerisch ausgeschnittenen Blusen, oder das temperamentvolle, lockenköpfige, knabenhaft braune Judenmädchen oder die Menge der tanz- und lachlustigen Badische. Doch Unas selbstzufriedener Eifer vertiefte ihren blauen Augen einen Glanz, gab ihrem unbedeutenden Kinn eine gewisse Haltung, die sie beinahe hüßlich erscheinen ließen, und die jungen Männer holten sich gern Rat bei ihr. So kam es, daß sie unter hundert siebzug Schülern eine größere Rolle spielte als in ihrer Fortbildungsschule in Panama unter siebzug.

Und nun, in dieser läppischen Schule fing sie an, den Gedanken der Zweckmäßigkeit zu erfassen, das Ideal des „Großen Geschäfts“.

Denn das „Geschäft“, dieses einzig notwendige Tätig-

keitsfeld, dem die selbsttätigen Künste und Wissenschaften und Theologeme und militärischen Kündereien nur dienen, dieses lange verachtete und stets tapfere Streben, alle Arbeit der Welt vereinen, war endlich daran, sich durchzusetzen und nicht mehr für händelbeschnühendes Schmiedehandwerk zu gelten. Der Geschäftsmann bedankte sich nicht mehr untertänig bei den höheren Klassen für die gütige Erlaubnis, Brot und Automobile und Bücher herstellen und verteilen zu dürfen. Er kroch nicht mehr vor der Kirche, um für seinen Bucher Vergebung zu ertausen. Der Handel ist anerkannt — und erkennt sich selbst an — als Beherrscher der Welt.

Und im Bewußtsein dieser Macht geht er daran, seine alten kleinlichen, schwachherzigen Methoden umzuformen, seine Vorstellung, daß Fabrikation ein schmierige Art von Kesselfabrikerei, in Güterverteilung ein Hausieren auf gut Glück oder schmutziges Krämerium sei; er trachtet fieberhaft nach Zweckhaftigkeit. . . In seiner ganzen Organisation. . . Aber gleich allen Monarchien muß das System verfallen, wenn es sich nicht innerlich veredelt. Solange Kapital und Arbeit trennt sind, solange die Herstellung von Munition und gesundheitschädlichen Nahrungsmitteln mit zum Geschäft gehören, solange der Handel der Welt glaubt, daß er nur dazu da sei, eine Minderzahl von glückbegünstigten, hochgeborenen oder krankhaft überreizten Menschen zu bereichern, so lange wird er nicht zweckmäßig, sondern zweckwidrig wirken. Doch die Vision einer Zweckhaftigkeit, die so umfassend ist, daß sie Güte und Sicherheit vereint, ergreift immer weitere Kreise — macht sich unter den wissenschaftlich gebildeten Kaufleuten ebenso bemerkbar wie unter den mutigen Gewerkschaftlern.

In Una Golden dämmerte ein schwaches Verständnis für diese Vision auf. Woher sie die erste Ahnung davon bekam, ist ungewiß. Sicherlich nicht aus den Vorlesungen ihrer Lehrer, geist- und phantasielosen Einpaukern, die nur immer wieder predigten, daß Briefe durch göttlichen Ratsschluß mit „hochachtungsvoll“ enden müssen, ein wenig links von der Mitte der Seite; die über Zettelfasten als neumodischen Unfuss die Nase rümpfen, und die in Augenblicken höchster Inspiration bestenfalls Gemeinplätze herleierten wie: „Wer das Kleine nicht ehrt, ist das Große nicht wert“, oder: „Wer immer auf die Uhr sieht, kommt im Leben nie zurecht.“

Unas Vision mußte teilweise von den lebhaften Unterhaltungen einiger Kursteilnehmer stammen — dem Mädchen, das ihren Beruf niemals aufgeben wollte, auch nicht, wenn sie heiratete; dem Mann, der in der Entwicklung des Films eine Zukunft sah; dem langhaarigen Schwärmer, der von der

Beteiligung der Arbeiter am Gewinn sprach. Zum Teil auch kamen sie aus kaufmännischen Zeitschriften für Leute, die nicht, wie ihre Väter, an dem Grundfrage festhielten: „Ach mein, ich kann mein Geschäft allein führen, ohne daß sich wer anderer dreinmisch“, sondern die überall auf neue Methoden und statistische Tabellen und neue Absatzgebiete und organisatorische Verbesserungen aus waren.

2.

Während Großstadt und Arbeitsmöglichkeit Unas Glaubenskraft und Vorstellungsgabe befriedigten, wurden ein scheuer, unbestimmter, innerer Järllichkeitstrieb und Sehnsucht nach Liebe in ihr wach. Sie gestand es sich nicht ein, aber sie beobachtete die jungen Männer ihrer Umgebung mit einem Interesse, das sie ebenso in Atem hielt wie ihr Ehrgeiz.

Anfangs war sie von ihrer Zahl und ihrer Fremdheit eingeschüchtert. Doch als sie ihnen in dieser Schule pedantischer Schreibereien nachgekommen zu sein glaubte, fing sie an, sie als auf gleicher Höhe anzusehen. Sie war ein fleißiges, gewöhnliches, weicharmiges, angenehmes, gutes, liebes Ding; sah die Menschen durch Augengläser an, eine goldene Kette überm Ohr, — keiner hatte bisher großen Eindruck auf sie gemacht —, etwas beschämt von der eigenen Freude, wenn es ihr gelang, die Aufmerksamkeit der anderen durch tadelloses Auffagen ihrer Aufgaben zu erregen. . . Sie entschied, daß die meisten ihrer Kollegen ernst und intelligent, aber Sklavennaturen waren, nicht viel besser als die Mädchen, die Stenographie nur lernten, weil sie nichts anderes zu tun hatten. Sie rekelten sich und starrten ins Leere, wenn sie in Reihen nebeneinander saßen, in diesem großen Arbeitszimmer mit den unfreundlichen blauen Wänden, die noch Spuren zweier ehemaliger Zwischenmauern zeigten, und dem alten eisernen Kamin, dessen Sims und Vorhang mit Galoschen und Schneeschuhen und Federpennalen vollgeräumt war. Als Provinzlerin hatte Una eine Abneigung gegen die vielen Juden unter ihnen und schon ihren Eifer für alle erlernbaren Dinge ihrer Erwerbsucht zu. Die übrigen verachtete sie wegen der unbeholfenen Langsamkeit, mit der sie die einfaches Vektoren lernten. Und allen fühlte sie — die reich und mächtig sein würde, sobald sie nur hundert Worte in der Minute stenographieren könnte! — sich ungeheuer überlegen, weil sie wahrscheinlich ihr ganzes Leben arm bleiben würden.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiterkinder feiern Sonnenwende.

Fanfare und Trommel ertönten — Lieder der Roten Hallen hallten am vergangenen Sonnabend durch die Straßen des Wedding, auf denen dichtgedrängt die Arbeiter standen. An der Spitze des imposanten Zuges fliegende rote Fahnen — so bewegte sich, vom Leopoldplatz ausgehend, ein fast 3000 Teilnehmer starker Zug nach dem Wasserportgelände Plägensee. Die Jüngsten der Arbeiterkinder feierten ihre Sonnenwende. Selbstgebastelte Laternen und Lampen wurden in den Gruppen mitgetragen. Sinnvolle Transparenzen der Roten Falken forderten die Arbeiterkinder zur Verteidigung und zum Ausbau der freien Schule auf.

Mehrere tausend Menschen erwarteten den Zug bereits auf dem Festplatz. Die Terrasse des Sportplatzes füllte sich mit den Roten Falken, umfäumt von Fackelträgern, und schon erklang der Sonnenwendruf in die dunkle Nacht:

Geht ans Holz und geht ans Stroh,
Dass es brenne lichterloh.

Hunderte von Fahnen umschloßen den hohen Holzstoß. Ein Sprecher aus der Mitte ruft, und Hunderte von Roten Falken rufen im Sprechchor zurück, während der Fahnenzug sich enger schließt, den Sonnenwendschwur der Arbeiterkinder. Fackeln fliegen in den Holzstoß, und wie aus dem Erdenrund geboren steigen die Sonnenwendfackeln in die schwelgende Nacht, begleitet von dem Kampfeslied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“. Die Feiern war nicht nur ein Beweis bewusster neuer Festgestaltung, sie war auch ein neues Zeichen der engeren Verbundenheit der Roten Falken mit der gesamten sozialistischen Bewegung.

Der Stadtkämmerer freigesprochen.

Er hat in feiner Hinsicht fahrlässig gehandelt.

In dem Disziplinarverfahren gegen den Berliner Stadtkämmerer Dr. Lange kam der Bezirksauswahlschuss zu folgendem Urteil: „Der Angeklagte wird freigesprochen, die baren Auslagen des Verfahrens sollen der Staatskasse zur Last.“ In der nur sehr kurzen Begründung dieses freisprechenden Urteils führte der Vorsitzende des Bezirksauswahlschusses, Präsident Mooshafe, wie wir hören, aus, daß das Gericht in keinem der Beschuldigungspunkte ein pflichtwidriges Verhalten des Stadtkämmerers habe als erwiesen erachten können. Der Stadtkämmerer habe vielmehr seine Aufsichtspflicht, soweit er dazu verpflichtet war, ausgeübt, so daß ihm kein fahrlässiges Verhalten nachgewiesen werden könne.

Aus der Verhandlung, die befallentlich unter strengstem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, ist bemerkenswert das Bittgesuch des Vertreters der Anklagebehörde, Oberregierungsrat Gaede, in dem er formell sämtliche Anklagepunkte gegen den Stadtkämmerer aufrecht erhielt und fahrlässigkeit bezüglich der Aufsichtspflicht auf Grund der Beweisaufnahme des Verfahrens für erwiesen ansah. Sodann kam der Verteidiger des Stadtkämmerers, Rechtsanwalt Mar Lindner, zu Wort, der die Auflassung vertrat, daß man auf Grund der Städteordnung und der verwaltungsrechtlichen Judikatur und Praxis dem Stadtkämmerer in keinem Falle ein schuldbares Verhalten vorwerfen könne und der die Freisprechung seines Mandanten beantragte, der sich dann auch der Bezirksauswahlschuss nach überraschend kurzer Beratung anschloß.

1 1/2 Jahre Gefängnis für Redlin.

Wo aber sind die 900 000 M. geblieben?

Aus der Verhandlung wäre nach folgendes nachzutragen: Der Bücherjahrversteigerer Donath stellte fest, daß die ersten Unterschlagungen in Höhe von 156 000 M. durch „Rückstellungen“ vom Lieberbuchsonto bereits im Jahre 1924 erfolgt sei. Die Verbuchungen waren so geschickt gemacht worden — wie überhaupt die Buchführung äußerlich vollkommen ordnungsmäßig erschien —, daß die nicht geschulten Rechnungsprüfer und Revisoren die Fehler nicht entdecken konnten. Spätere Veruntreuungen erstreckten sich auf das Verwaltungskonto. Der Sachverständige hat einen Gesamtschuldbetrag von 916 600 Mark festgestellt. Das Gericht beschloß nach kurzer Beratung, Rechtsanwalt List, den Vorsitzenden des Sängerbundes, der zugegeben hatte, daß er nicht ordnungsmäßig verfahren sei, zu verurteilen, da keinerlei Anhaltspunkte vorhanden seien, daß er an den dem Angeklagten zur Last gelegten Handlungen beteiligt sei. Staatsanwaltschaftsrat Wenkel führte aus: Der Angeklagte habe als langjähriger Bundeswahlmeister sich des größten Vertrauens erfreut. Er habe Untreue und Unterschlagung in einem Ausmaße verübt, daß man erstaunt fragen müsse, wo die Summen geblieben seien, und wie das vor sich gehen konnte, ohne daß man dahinterkam. Auf Grund des ärztlichen Gutachtens nehme er davon Abstand, eine Ehrenstrafe Redlins zu beantragen. Die Strafe müsse aber eine hohe sein, und er beantrage ein Jahr und sechs Monate Gefängnis sowie 10 000 M. Geldstrafe oder hißweise weitere 100 Tage Gefängnis.

Das Schöffengericht verurteilte Redlin wegen fortgesetzter Untreue in teilweiser Tateinheit mit Unterschlagung zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis. Die etwa siebenmonatige Untersuchungshaft wurde voll angerechnet. Der Antrag auf Bewilligung einer Bewährungsfrist wurde vom Gericht wegen der schweren Verfehlungen, insbesondere in der Verursachung des großen Vertrauensmißbrauches und der Höhe des angerichteten Schadens abgelehnt. Die Frage, ob dem Angeklagten für einen Teil der Strafe Strafaussetzung zu bewilligen sei, wurde auf zwei Monate ausgelegt.

Festnahme der flüchtigen Tempelhofser Räuber.

Der unermüdeten Arbeit der Kriminalpolizei ist es gelungen, nun auch die letzten beiden Räuber, die an dem verwegenen Lieberfall auf die Polizeibeamten in Tempelhof beteiligt waren, gestern nachmittag festzunehmen. Die beiden Flüchtigen, Otto Klawa und Erwin Hoffmann, hatten irgendwo Unterschlupf gefunden und die Nachforschungen der Polizei blieben zunächst ergebnislos. Gestern nachmittag konnte Kriminalkommissar Werneburg die beiden Räuber endlich festnehmen. Sie waren am Brunnenplatz gesehen worden und durch das schnelle Eingreifen der Beamten konnten die Täter, die in einem Gebüsch am Amtsgericht Zuflucht gesucht hatten, dingfest gemacht werden. Die ganze Kolonne ist damit hinter Schloß und Riegel.

Falkenberger Sommerfestival. Am Sonntag, dem 6. Juli feiern die Falkenberger wie alljährlich auf ihrem herrlich gelegenen Festplatz ihren Falkenberger Sommerfestival. Abends 8 Uhr beginnt die große Nacht nach Falkenberg übertragbar werden. Die Gäste sollen sich alle ein Kopfmüßchen und im Gemeindefesthaus der Kleidung unentgeltlich umkleiden. In diesem Jahre gibt es Gelegenheit für Tausende. Der Festzug beginnt um 2 Uhr (14 Uhr).

Neuregelung der Milchversorgung.

Täglich 200 000 Liter Milch zu viel in Berlin.

Im Rahmen der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats hielt der Präsident der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und Berlin, von Oppen, am Donnerstag einen Vortrag über die Neuregelung der Berliner Milchversorgung, die bereits in den nächsten Wochen in Kraft treten soll.

Die Bestrebungen gehen u. a. dahin, der Berliner Bevölkerung eine einwandfreie Milch zu liefern und die Preis-schwankungen zu unterbinden. Daß es mit der Qualität der in Berlin angelieferten Milch vielfach nicht besonders gut steht, haben ja die Auseinandersetzungen in den letzten Monaten zur Genüge bewiesen. Darüber braucht man wohl kein Wort zu verlieren. Sowie Preis-schwankungen in Frage kommen, steht fest, daß der schwankende Preis immer wieder zu einer Benachteiligung des Konsumenten ausgenutzt wird. Auch hier ist, wie bei allen Agrarartikeln, die Loslösung des Preises von allzu heftigen Schwankungen die Voraussetzung für eine Bekämpfung des Milch-wuchers. Die Frage einer rationellen Milchversorgung Berlins ist gegenwärtig besonders dadurch dringend geworden, daß der

Berliner Markt etwa täglich 100 000 bis 200 000 Liter mehr
Frischmilch erhält, als er aufnehmen kann.

Das ist sicherlich ein Zeichen der sinkenden Kaufkraft bei den großen Massen, denn der Bedarf an Milch ist wohl vorhanden, aber nicht das Geld, um diese Milch zu bezahlen. Andererseits sind die Stallpreise für Milch unter Auswirkung der fürchterlichen Milchschwemme zeitweise auf den Tiefstand von 9 Pf. pro Liter gesunken. Von diesem katastrophalen Preissturz haben die Milchkonsumenten in Berlin aber so gut wie gar nichts gehabt.

Ueber die Neuordnung der Berliner Milchversorgung führte Oppen u. a. folgendes aus: „Der Milchhandel in Berlin ist in der Milchlieferungsgesellschaft organisiert. Diese kontrolliert etwa 750 000 Liter der von außen zuströmenden Milch.“

Etwa 150 000 Liter werden durch die Firma Bolle nach Berlin gebracht, während der Rest, soweit er nicht innerhalb Berlins selbst erzeugt wird, durch die freien Milchhändler und die Milchlieferungsgesellschaft der Stadt Berlin herangeschafft wird. Es gilt, der festgelegten Organisation des Handels eine ebensolche der Landwirtschaft zur Seite zu setzen. In diesem Zweck ist in Aussicht genommen, die direkten Milchlieferanten in der Interessengemeinschaft Märktlicher Milchproduzenten zusammenzufassen, während für die Milch der Landmolkereien die Brandenburgische Molkereien G. m. b. H. die Zentralstelle werden soll. Beide Gesellschaften sind endlich durch einen Dachvertrag zu verbinden, um dann durch die so geschaffene landwirtschaftliche Einheitsorganisation mit dem Handel Vereinbarungen über die Milchlieferung von Berlin treffen zu können.

Die Bezahlung der Milch erfolgt in Zukunft nach einem Doppeltarif. Derjenige schließendlich ermittelte Teil der Milchlieferung des einzelnen Erzeugers, welcher kein feststehende Milchlieferung darstellt, wird zu einem höheren Preis (A-Preis) bezahlt, welcher in Anlehnung an den Butterpreis festzulegen ist. Diejenige Milch, welche als schwankendes Quantum angesehen werden muß, und welche in Berlin meist zur Verarbeitung gelangt, wird der tatsächlichen Verwertung entsprechend bezahlt (B-Preis). Diese Bezahlungsart soll ab 1. Juli 1930 einsetzen und hat den Zweck, den Erzeuger zu veranlassen, die Lebermilch, welche in den mildereichen Monaten des Jahres zuströmt, gar nicht erst nach Berlin zu schicken, sondern sie in eigenen Betrieben oder in den Molkereien zur Verwertung zu bringen. (Quantitative Regelung.)

Es ist ferner vereinbart worden, daß ab 1. Oktober 1930 eine Qualitätsbeziehung eintreten soll dergestalt, daß für jedes Zehntel Fett-Prozent über 3 Proz. Fett in der Milch ein Zuschlag, für jedes Zehntel Fett-Prozent unter 3 Proz. in der Milch ein Abschlag vom Milchpreis berechnet wird. Hierdurch wird eine obliquatorische Unternehmung eingeführt und das Interesse der Erzeuger an guter Lieferung finanziell begründet. (Qualitative Regelung.)“

Der Gefunde in der Krankenkasse.

Vorschläge zur Reform des Kassenwesens.

Auf dem Gesundheitspolitischen Kongress, der in diesen Tagen in Dresden stattfand, hielt der Berliner Arzt Genosse Dr. Hans Graag einen beachtenswerten Vortrag über die Reform der Krankenkassenversicherung, in der er vor allen Dingen den Versuch macht, den vielen Versicherten gerecht zu werden, die jahrelang ihre Beiträge getreulich entrichten, aber, da sie glücklicherweise immer gesund sind, von ihren Zahlungen absolut nichts haben. Der Versicherte, so sagte Dr. Graag, fühlt sich leider immer noch mit Recht als „Kassenpatient“, d. h. er wird nicht als vollwertiger voll-zahlender Patient behandelt. Die Auseinandersetzungen über die tatsächlichen Schwierigkeiten gehen im allgemeinen nur zwischen Ärzten und Verwaltungen und Behörden. Die Versicherten zerfallen nach Vorschlägen Dr. Graag in Normal-Gesunde und in gesundheitlich Anbrüchliche. Die Verhältniszahl zueinander ungefähr 80 : 20. Dr. Graag macht nun folgenden Vorschlag: Der von Normal-Gesunden im Laufe eines Jahres nicht in Anspruch genommene Teil seines Anteils wird ihm nach Abzug der Verwaltungs-kosten zu seiner Verfügung als Ferienbeitrag, Mitgift, Zins-garantie für Siedlungsdarlehen oder ähnliche hygienisch wertvolle Verwendungen ausgeschrieben. Verlangt sein Gesundheitszustand höhere Aufwendungen, so tritt er in die Kategorie der sogenannten Anbrüchlichen ein. Es setzt nun der Vertrauensarzt ein, aber nicht zum Zweck der Kontrolle der Kassenmittel, sondern zur praktischen Hilfe. Die schon jetzt sich aufbauenden Ambulatorien sind die Zellen dieser erhöhten Gesundheits-beratung. Wird er wieder normal gesund, geht er wieder in die Kategorie der Normal-Gesunden zurück.

Im Mittelpunkt eines Vortrages der Reichstagsabgeordneten Genossin Dr. Stegmann-Dresden über Medizinpolitische Gegenwartsfragen auf demselben Kongress stand die Impfsfrage. Dr. Stegmann wandte sich u. a. gegen den Impfszwang, der ja in letzter Zeit durch Entschliebung des Reichsgesundheitsrates und durch eine Verordnung des Genossen Severing schon ein klein wenig gelockert worden sei. — Besonderes Interesse hat in letzter Zeit auch der Kampf um die Kurierfreiheit gefunden. Der Ansturm der Standesorganisationen der Ärzte gegen die Kurierfreiheit hat erfreulicherweise im Reichstag keine Mehrheit gefunden und es ist auch nicht zu erwarten, daß in absehbarer Zeit die Loienheilkundigen aus dem Recht zur Heilpraxis ausgeschlossen werden. Gegen wirkliche Kurfürsten kann unter den gegenwärtigen Gesetzen schon tatkräftig genug vorgegangen werden.

Der dritte Tag schloß mit einem Referat des Genossen Böggemo

über Alkoholismus und Gemeindebestimmungsrecht. Das Gemeindebestimmungsrecht ist eines der wichtigsten demokratischen Rechte, das wir fordern können. Es dient nicht nur zur Einschränkung des Alkoholkonsums, sondern zur Durchsetzung aller wichtigen kommunalpolitischen Forderungen. Daneben sollten wir aber dafür sorgen, die im Schanfstätte angelegten Möglichkeiten voll auszunutzen, um unserem Ziele näherzukommen, einer glücklicheren Menschheit!

Neue Musteranstalt der AOK.

Was man aus einem alten Logenheim gemacht hat.

Nach schwierigen Bauarbeiten, die über ein Jahr dauerten, ist nun in der Beobachtungsklinik der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin in der Johannisstraße eine Musteranstalt geschaffen worden, deren Bedeutung durch das angrenzende Ambulatorium noch besonders gesteigert wird. Stehen doch alle Spezialärzte des Ambulatoriums für die Hauptaufgabe der neugeschaffenen Klinik, der Diagnosenstellung, zur Verfügung.

Geht man durch die Lichter, mit seinem Geschmack und durch-dachter Zweckmäßigkeit ausgestatteten Räume, so hat man kaum das oft so beklemmende Gefühl, sich in einem Krankenhaus zu befinden. Sämtliche Schränke mit Arzneien und Instrumenten sind eingebaut. Luft und Licht durchströmt den farbigen Korridor, die Arbeits- und die Krankenzimmer. Die Baderäume sind gelochet und sinnvolle Klingel- und Lichtzeichen machen die Schwestern in unauffälliger Weise auf die Wünsche der Patienten aufmerksam. Jedes Bett hat Radioanschluß. In fröhlicher Art ist das Kinderwartezimmer mit farbigen Darstellungen aus der Märchen- und Fabelwelt ausgestattet. Ein modernes Röntgen-Zimmer, Apparate für Massage, Heißluft, Diathermie, Höhenjonne vervollständigen die Einrichtungen zur Heilbehandlung. Bemerkenswert ist, daß die Räume für das Angestellterpersonal dieselbe Qualität der Ausstattung aufweisen wie die Patientenzimmer. Was hier hinter einer wenig ansprechenden Fassade (das Haus war früher zum Teil Logenheim, zum Teil Fabrikbau) geschaffen wurde, verdient Anerkennung. Architekt Gotheiner, der auch den großen Neubau der Allgemeinen Berliner Ortskrankenkasse leitete, hat hier eine vorbildliche Klinik geschaffen.

Ein Mädchen verschwindet im Wasser.

Das Ende eines vergnügten Abends.

Ein seltsamer Todesfall beschäftigte gestern die Kriminalpolizei und den Reichswasserfisch.

Am Schlesschen Tor liegt eine größere mit Steinen beladene Zille, deren Besitzer am Mittwochabend in einem Lokal ein Mädchen kennen lernte, das sich „Erna“ nannte. Später begaben sich beide in ausgelassener Stimmung gemeinsam auf den Kahn. Beim Ueberschreiten der Laufplanke verlor das Mädchen den Halt, stürzte ins Wasser und ertrank. Der Schiffer suchte das Wasser mit einem Haken an der Unfallstelle vergeblich ab und am Morgen benachrichtigte er dann die Polizei. Die Leiche des Mädchens war unter den Nacht geraten, wo sie auch vom Reichswasserfisch geborgen wurde. Die erste Vermutung, daß ein Verbrechen vorliegt, fand keine Bestätigung.

Ein Gemütskrank, dieser Schiffer, stolpert so ein bißchen im Wasser herum, findet das arme Ding nicht, legt sich seelenruhig schlafen und erst am andern Morgen kümmert er sich um das Opfer. Die Polizei sollte sich den Herrn ein bißchen daraufrufen ansehen, ob er, wenn er sich schon Besuch auf seine Zille nimmt, die notwendige Sorgfalt für die Sicherheit des Besuchs hat walten lassen.

Gegen Pogromhche. Der Reichstag jüdischer Front-soldaten E. W. Ostgruppe Berlin, veranstaltet unter diesem Thema am Dienstag, dem 1. Juli, abends 8 Uhr, in der Stadthalle, Köpenickerstraße, eine Kundgebung.

Heuschreckeneinfall in Oesterreich.

Zug zum Hatten gebracht.

Wien, 26. Juni.

Die Mittagsblätter berichten, daß sich auf der Eisenbahnstrecke Wiener Neustadt-Eggendorf der nach Ungarn führenden Linie der Südbahn am Mittwochabend ein Heuschreckenschwarm niedergelassen hat, der eine Verkehrsstörung verursachte. Es handelt sich nicht um Wanderheuschrecken, sondern um eine in Oesterreich verbreitete Art kleiner Heuschrecken. Die Heuschrecken wurden durch die die Strecke passierenden Züge zerquetscht. Es kamen jedoch immer neue Schwärme, so daß durch die Tausende von zerquetschten Heuschrecken die Schienen schließlich verlegt wurden. Ein Zug blieb auf der Strecke stehen und konnte über die verlegten Schienen nicht weiter fahren. Die Feuerwehr von Wiener Neustadt begoß die Schienen mit Benzin, zündete es an und vernichtete so die Heuschrecken.

Je blonder Ihr Haar
umso nötiger
PIXAVON!

Grundbesitzer wittern Morgenluft!

Wo stehen wir? — Profitgier gegen Freiflächen und Parkanlagen

Die Fragen des Bauandgesekentwurfes, die durch das kürzlich ergangene Fluchtlinienurteil des Reichsgerichts nach an Aktualität gewonnen haben, erregen verständlicherweise insbesondere die Gemüter der Hausbesitzer, und ihr Frohlocken über die Fluchtlinienentscheidung des Reichsgerichts ist groß. Unter der Überschrift „Stürzt das Scherfmal in die Wolfschlucht“ berichtet Nr. 18 der Zeitschrift „Das Grundeigentum“, daß der Entwurf des Bauandgesetzes heute schon so gut wie erledigt sei. Sie beruft sich für diese Meinung auf die Stimmen der Gewerkschaften und der Bodenreformer und „vergibt“ dabei großzügig die Tatsache, daß viele Organisationen den Gesekentwurf nur ablehnen, weil er nicht weitgehend genug ist und den Erfordernissen moderner Städtebaupolitik nicht genügend Rechnung trägt. Aber die Leute sind gründlich. Man begnügt sich nicht damit, den Gesekentwurf abzulehnen; die Zeitschrift hat sich von juristischer Seite in der gleichen Nummer einen Aufsatz schreiben lassen, der andeutet, wie man juristisch auch die Möglichkeiten für eine gesetzliche vernünftige Regelung dieser Probleme endgültig verhindern kann.

Es ist nicht leicht, dem Kuffah des Herrn Oberverwaltungsgerichtsrats Ernst Franke über die Fluchtlinienpolitik der Kommunen entgegenzutreten; denn wir befinden uns ihm gegenüber in einer merkwürdigen Verlegenheit und Schwermut: wir müssen erst versuchen, reinlich die juristischen Argumentationen des Oberverwaltungsgerichtsrats Franke von den Argumentationen des mehrfachen Hausbesitzers Franke zu trennen. Schon in einem Aufsatz im Preussischen Verwaltungsblatt 1930 Nr. 15 S. 338 hat der Verfasser höchst eigenartige Ansichten über das Verhältnis von Grundeigentum und öffentlicher Gewalt geäußert. Er schreibt dort: „Sozialisiert sind die Rechte, nicht aber die Pflichten der Grundbesitzer, hinsichtlich dieser ist vielmehr das Eigentum aufrechtzuerhalten.“ Daß der Gesekgeber generell zu bestimmen hat, in welchem Maße die einzelnen Kategorien zu den allgemeinen Lasten beizutragen haben, erscheint zwar in der Demokratie eine Selbstverständlichkeit; aber dem Herrn Oberverwaltungsgerichtsrat, der ein neues Recht

das Recht auf die volle Rente.

einführen möchte, ist davon nichts bekannt. Daher kann es auch nicht wundernehmen, wenn er bei der Erörterung der bekannten Fluchtlinienentscheidung des Reichsgerichts die 1918 vorgenommene Einführung in den Paragraphen 1 des Fluchtliniengesetzes nicht für ausreichend hält, um eine rechtliche Grundlage der Freiflächenpolitik der Gemeinden abzugeben. Er behauptet, daß die Einfügungen des Wohnungsgesetzes eine Fluchtlinienfestsetzung für Gartenanlagen, Spiel- und Erholungspfade nur insoweit rechtfertigen, als diese eine öffentliche Straße oder einen öffentlichen Platz oder Teile einer Straße oder eines öffentlichen Platzes bilden oder bilden sollen. Uns scheint diese Interpretation nicht richtig zu sein, da sie den Sinn des Wortes Fluchtlinie zu eng auslegt. Aber darauf kommt es gar nicht an. Der Verfasser meint, da es an einer gesetzlichen Grundlage für eine Freiflächenausweisung, soweit nicht die Freifläche dem öffentlichen Verkehr gewidmet wird, fehlt, hier ein gesetzwidriger Akt, ein Rechtsbruch vorliege. Otto Wagner, der größte deutsche Verwaltungsrechtslehrer der vergangenen bürgerlich-rechtsstaatlichen Epoche, der gewiß kein Sozialist und Demokrat war, teilt mit nichten die Auffassung, daß hier ein Rechtsbruch vorliege. In Band II seines deutschen Verwaltungsrechts finden wir in dem Kapitel über die öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung den Satz, daß öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen nicht nur durch Gesetz, sondern auch durch ungeschriebenes Recht erfolgen können. Der im Grunde konservative Verwaltungsrechtslehrer war verständlich genug einzusehen, daß die

Grenzen der Freiheit des Eigentums

nicht ein für allemal feststehen, sondern daß sie durch die allgemeinen gesellschaftlichen Anschauungen, durch die allgemein anerkannten Notwendigkeiten des geordneten menschlichen Zusammenlebens bestimmt werden. Und ausdrücklich fügt er noch hinzu, fast als ob er schon vorausgesehen hätte, daß es einmal verlorene

juristische Vertreter des Privateigentums geben könnte, die das pflichtgemäße Ermessen und Handeln der vom Volk erwählten Behörden als Rechtsbruch bezeichnen könnten: „Diese Anschauung wird erkennbar aus der jeweiligen Rechtsanschauung der Behörden.“

Wie muß es um Argumente bestellt sein, die nicht einmal wegen können, auf die bürgerlich-rechtsstaatliche Verwaltungsrechtstheorie vom Anfang des Jahrhunderts zu verweisen; wenn diese Ansichten schon diesen Lehren gegenüber als reaktionär zu werten sind, wie werden sie vor dem Angesicht unserer Zeit dann bestehen können? Wie werden sie in Einklang zu bringen sein mit den Sätzen der Reichsverfassung, die bestimmen, daß Inhalt und Schranken des Eigentums sich durch das Gesetz bestimmen? Wie werden sie gar mit Artikel 155 der Reichsverfassung zu vereinigen sein, der die Tendenzen, die die Städte verfolgen, sich ausdrücklich zu eigen macht?

Sehen wir von der juristischen Argumentation des Verfassers ab und beschäftigen wir uns kurz mit seinen Interessentenvorwürfen gegen die Berliner Bodenpolitik. Wir wollen uns durch den Ton, mit dem der Verfasser sich bemüht, dem verdienstvollen sozialdemokratischen Leiter der Berliner Bodenpolitik, Stadtbaurat Dr. Martin Wagner, entgegenzutreten, nicht hindern lassen, in dieselbe Tonart zu verfallen. Der Verfasser macht es Wagner zum schweren Vorwurf, daß er nicht die Reichsgerichtsentscheidungen aus dem Jahre 1906 gelesen hat, aus denen hervor-

geht, daß solche Eingriffe in das Privateigentum gemäß § 75 der Verfassung zum Preussischen Allgemeinen Landrecht entschädigungs-pflichtig seien. Er meint, daß jeder Einwohner Berlins, einschließlich der Frauen und Kinder, etwa 100 M. dafür zahlen müsse, daß die Stadt Berlin die gedruckten und ihr zugänglichen Entscheidungen des Reichsgerichts nicht gekannt habe. Welch seltsame Wellfremdheit, welch soziales Unverständnis! Meint der Verfasser etwa,

ein pflichtgemäß handelnder, für die Baupolitik einer Millionenstadt verantwortlicher Beamter hätte es unterlassen dürfen, für Millionen wertvoller Menschen die dringend notwendige Erholungsmöglichkeit zu schaffen.

nur weil vielleicht aus einer vor 20 Jahren ergangenen Reichsgerichtsentscheidung entnommen werden könnte, daß in einem eventuellen neuen Fall das deutsche Reichsgericht der Veränderung der gesamten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse so wenig Rechnung tragen würde, grundsätzlich diese Entscheidung aus der Vorkriegszeit zu bekräftigen?

Wo stehen wir? Sind wir vielleicht schon so weit gekommen, daß ein Beamter dafür verantwortlich gemacht werden kann, daß er mehr auf die Prinzipien des sozialen Fortschritts verfaßt, als seine Tätigkeit durch die Furcht vor einer reaktionären Rechtsprechung hemmen zu lassen? Freilich, wenn alle Richter dieselbe Geistesverfassung aufweisen wie der Verfasser des „Grundeigentum“-Artikels, der es wagt, unsere städtebaulichen Anlagen häßlich mit den verfallenen Parkanlagen zu vergleichen, die selbst das Frankreich des Sonnenkönigs in Bankrott und Revolution stürzten, dann wird es im ganzen Reich bald keinen Beamten mehr geben, der die Verantwortungsfrage beifügt, das sozial notwendige nicht nur zu erkennen, sondern auch zu tun.

Otto Kirchheimer.

Aus der Arbeit um Berlins Etat.

Interessante Einzelheiten aus den Ausschußverhandlungen.

In den letzten Wochen ist im Rathaus ein erbitterter Kampf um den Etat geführt worden. Nachstehend gibt der sozialdemokratische Fraktionssekretär Paul Robinson interessante Einzelheiten aus den Ausschußverhandlungen. Durch die Obstruktion der Deutschnationalen ist nun ein Zustandekommen des Etats unmöglich gemacht worden.

In dem Bestreben, diesen bitteren Kampf allen aufrichtigen Anhängern der Selbstverwaltung zu ersparen, hatte der Magistrat in den letzten Tagen mehrmals die Initiative zu interfraktionellen Verhandlungen ergriffen. Diesen Bemühungen ist der Erfolg versagt geblieben. Die Schwierigkeiten lagen, wie es Erich Flaata in seinem „Vorwärts“-Artikel am Dienstag, dem 24. Juni, auseinandergesetzt hat, außer bei der Gestaltung der Realsteuerveranschlagung, vor allen Dingen bei einer falschen Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Berliner Verkehrs-gesellschaft. Der Magistrat steht — mit Ausnahme der drei deutschnationalen Mitglieder — auf unserem Standpunkt. Sowohl der Bürgermeister Scholz als auch die Genossen Stadtsyndikus Lange und Reuter haben in wiederholten Erklärungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß die BVG, schwer an den Zinslasten aus den von ihr übernommenen Verkehrsbauten zu tragen hat, der von den bürgerlichen Vertretern im Haushaltsausschuß erwartete Mehrertrag aus dem Verkehr in Höhe von 10 Millionen Mark also bestimmt nicht zu leisten imstande ist. Dies vorausgeschickt, sei in diesen Zeilen auf einige Dinge hingewiesen, die in den bisherigen Beratungen einen breiten Raum einnahmen, doch nicht genügend gewürdigt wurden.

Vor der Beratung der großen Betriebe wurde im Haushaltsausschuß sehr eingehend über die kleinen Gesellschaften gesprochen. In ihrer Boreingenommenheit gegen die städtischen Betriebe gingen die bürgerlichen Parteivertreter sogar so weit, daß sie am 31. Mai der von den Kommunisten beantragten Entschlieung zustimmten, die besagt,

daß alle städtischen Gesellschaften und Betriebe in ihrer Gesellschaftsform aufzulösen und als Kammereibetriebe zu führen sind.

Auf Initiative des Deutschnationalen Dr. Steiniger, der

am 31. Mai fehlte, traten sie dann am 5. Juni den Rückzug an, indem sie den Antrag stellten, wonach die „gewinnbringenden Betriebe“ in Gesellschaftsform erhalten bleiben sollen. Dr. Steiniger führte, zu den bürgerlichen Stadtverordneten gewandt, wörtlich aus:

„Wenn Sie, meine Herren, und das will ich auch meinen Freunden sagen, meinen, Sie können eine Gesellschaft vom Ausmaß der BVG, wieder als Kammereibetrieb ausbauen, so begeben Sie einen fundamentalen Irrtum.“

Mit der Berliner Brennstoffgesellschaft befaßte sich eine ganze Sitzung. Die Brennstoffgesellschaft beliefert in kleinem Umfang auch nichtstädtische Einrichtungen wie die Konsumgenossenschaft, das Gewerkschaftshaus, einige größere Firmen und Privatleute, um ihren Fuhrpark sowie die großen Transportanlagen auch in den heißen Monaten auszunützen und das gut eingeteilte Personal nicht entlassen zu müssen, doch geschieht dies nach ausdrücklicher Vereinbarung mit dem privaten Kohlenhandel und zwar in so geringem Maße, daß von einer Schmutzkonzurrenz nicht die Rede sein kann. Bei einem gesamten privaten Brennstoffverbrauch von 8 338 000 Tonnen Kohle, Koks und Briketts im Geschäftsjahr 1929/30 in Groß-Berlin war der Anteil der BVG im selben Zeitraum nur 1,11 Prozent der obigen Summe. Auch das Argument, daß die Brennstoffgesellschaft keine Steuern zahle, trifft nicht zu, denn im Jahre 1929 wurden von ihr an Gewerbe-, Körperschafts-, Umsatz-, Grundvermögen-, Lohnsummen- und Kraftfahrzeugsteuer insgesamt 242 000 Mark abgeführt. An Ueberschuß, der nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages voll dem städtischen Wohlfahrtsrat zuzuführen ist, wurden für 1930 100 000 M. vorgesehen, nicht gerechnet die erhebliche Verbilligung der Kohlen zugunsten der Kammereibetriebe.

Die Attacke gegen den Stadtfuhrpark im Haushaltsausschuß — in der Hauptsache geführt von Vertretern der Wirtschaftspartei — endete nach den vom Direktor Genossen Erdmann gegebenen Aufklärungen mit einer glatten Niederlage ihrer Urheber. Bekanntlich veranstalteten am 20. Mai das Berliner Fuhrwerk eine Demonstration, über den der „Vorwärts“ seinerzeit berichtete, mit dem Ziel, die Abschaffung des Stadtfuhrparks zu



LOESER & WOLFF-ZIGARREN

Nur Eigenfabrikate erlesener Qualität

Mehr als 100 verschiedene Marken von 8 Pf. bis 1.— M.

- No. 8 8 Pf.
- No. 10 10 Pf.
- Große L & W 12 Pf.
- Donna Lucia 20 Pf.
- Boyero 25 Pf.

ZIGARILLOS von 5 Pf. bis 12 Pf. in großer Auswahl



Ich schlage alles Eine Spitzenleistung in der 15 Pf.-Preisklasse

LOESER & WOLFF • Zentrale BERLIN W 35
Hauptfabrik Elbing • Größte Zigarrenfabrik in Deutschland

Für die
Wochenend-Fahrt
L & W
Zigarren in Kleinpackungen
L & W Zigarillos

verlangen. Diese Demonstration sollte den Eindruck erwecken, als ob der Stadtfuhrpark daran schuld sei, daß es den Berliner Fuhrwerke schlecht gehe. Es wurde vor allen Dingen behauptet, daß der Stadtfuhrpark durch Uebernahme von privaten Fuhrern dem Gewerbe unlautere Konkurrenz mache, während die wirkliche Ursache die nicht durch Schuld der Stadt eingetretene außerordentliche Verschlechterung der Konjunktur im Baugewerbe und die Entziehung von Fuhrleistungen großer Betriebe wie Waren- und Kaufhäuser durch Selbstbeschaffung von Lastkraftwagen ist. Es konnte nachgewiesen werden, daß der Stadtfuhrpark für 1929 nur 3% Proz. am Gesamtumsatz private Fuhrer ausgeführt hat. Demgegenüber sind die Leistungen privater Fuhrbetriebe für die städtischen Fuhrparkverwaltungen erheblich höher und betragen für 1929 rund 23% Prozent des Gesamtumsatzes. Die Uebernahme von privaten Fuhrleistungen ist der Regel nach auf Wunsch der Auftraggeber erfolgt, die als Grund für die Inanspruchnahme städtischer Fuhrbetriebe die besondere Zuverlässigkeit der Beleglichkeit und die pünktliche Bedienung durch den Fuhrpark angegeben haben. Auch sind die städtischen Fuhrbetriebe wiederholt von Privaten zu Fuhrleistungen herangezogen worden, für die Spezialfahrzeuge erforderlich sind, welche die privaten Fuhrunternehmer nicht besitzen.

Die Ziegelei Gransee fertigt im Jahre etwa 30 Millionen Steine an, der Gesamtverbrauch an Ziegelsteinen in Groß-Berlin beträgt 700 Millionen. Der Preis der städtischen Ziegel ist pro Tausend 36 M., einschließlich Fracht, während die privaten Ziegeleien 40 M. pro Tausend berechnen. 90 Prozent der Produktion in Gransee wird an städtische Baugesellschaften geliefert, nur 10 Prozent an private Bauherren. Rechnet man durchschnittlich pro Wohnung 20 000 Steine, so bedeutet das eine Verbilligung der Steine um 4 M. pro Tausend beim Bezug von Gransee, zugleich eine Verbilligung der Baukosten um 80 M., bei zehnprozentiger Verzinsung also eine Mieterbilligung pro Wohnung und pro Jahr um 8 M.

Zum Schluß seien noch ein paar Aussprüche des deutsch-nationalen Sprechers, des Herrn von Jeklin erwähnt, welcher als Berichterstatter für den Wohlfahrtsrat folgende Ausführungen machte:

„Als Berichterstatter muß ich feststellen, daß beim Wohlfahrtsrat kaum an den Einnahmen Erhöhungen, auch nicht bei den Ausgaben Abstreidungen zu machen sind, man kann die Menschen nicht verhungern lassen, man kann sie nicht verschubdern lassen, Menschenspflicht geht vor alles.“

In einer anderen Stelle sagte er: „Meine Damen und Herren von der Verwaltung, Sie tragen die Schuld daran, daß aus dem deutschen Volke ein Rentenempfangervolk wird“ und

„die Stempelbrüder müssen eingedämmt werden, Erwerbslosenstempelwanderer ist ein Verurteilter.“

Mit leichten Ausführungen meinte er die Jugendlichen, die in der Wohlfahrtsstelle des Polizeipräsidenten betreut und sobald als möglich in die Heimat zurückbefördert werden.

Die Zinssätze der Berliner Sparkasse werden herabgesetzt. Die wiederholten Herabsetzungen des Reichsbankdiskontsatzes haben die Sparkasse der Stadt Berlin veranlaßt, den Zinssatz für Reichsmarkspareinlagen mit Wirkung vom 1. Juli 1930 von 5 Proz. auf 4 Proz. jährlich herabzusetzen. Die Sparkasse der Stadt Berlin hat gleichzeitig auch den Zinssatz für neu zu bewilligende Hypothekendarlehen um 1 Proz. ermäßigt; er beträgt jetzt 7 1/4 Proz. — Die Berliner Stadtbank hat in Anpassung an den Geldmarkt mit Wirkung vom 21. Juni 1930 den Habenzinssatz für täglich verfügbare Guthaben in provisionsfreier Rechnung auf 1 1/2 Proz., in provisionspflichtiger Rechnung auf 2 1/2 Proz. jährlich festgelegt.

Karl Koblenzer siebzig Jahre alt. Am 1. Juli kann Genosse Karl Koblenzer seinen siebzigsten Geburtstag feiern. Er hat der Sozialdemokratie, der er mit ganzem Herzen gehört, die Treue bis in sein hohes Alter bewahrt. Die Verdienste, die der Jubilar sich bei der Arbeit für Gewerkschafts- und Parteiorganisationen und in seinem kommunalpolitischen Wirken erworben hat, werden unvergessen bleiben.

Aus der Arbeit der Bezirke.

Ehrung der Gewerkschaftsführer.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

In der letzten Bezirksverordnetenversammlung wurde die vom Haushaltsausschuß beschlossene Voranmeldung zum Haushaltsplan 1931 gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. — Für die an der Carmen-Silva-Straße durch die Gehag erbaute „Wohnstadt Carl Legien“ wurden folgende Straßennamen beschlossen: Straße 34 Hucstraße, Straße 35 von-Elm-Straße, Straße 36 Bömehburgstraße, Straße 37 (parallel zur Straße 36) Silber-Schmidtstraße, Straße 37 (parallel zur Grelstraße) Massinistraße, Straße 39 Dikmannstraße, Straße 33 Mohstraße, Auglerstraße zwischen Hofmann- und Grelstraße Hingestraße, Zellerstraße zwischen Hofmann- und Raugarder Straße Körtenstraße. Deutschnationalen und Kommunisten stimmten natürlich dagegen. — Zur Errichtung einer Schülerarbeitsstube in der königlichen Oberrealschule wurden die nötigen Mittel bewilligt.

Das Calmette-Verfahren in Neukölln.

14. Bezirk — Neukölln.

Die Neuköllner Bezirksversammlung mußte in der letzten Woche zwei Sitzungen abhalten, um die umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. In der zweiten Sitzung, die am Freitag stattfand, wurde zunächst ein kommunistischer Antrag behandelt, der in der Frage des Calmette-Verfahrens unangenehme Angriffe gegen einen sozialdemokratischen Arzt erhob. Sowohl der Begründer, mehr aber noch der kommunistische Stadtrat Dr. Schminke sprachen nur gegen die Sozialdemokratie, aber nicht zum Thema. Der sozialdemokratische Bürgermeister Scholz erklärte, daß sofort nach Bekanntwerden des ersten Lübeder Todesfalles die Anwendung des Calmette-Verfahrens eingestellt worden ist. In Neukölln sind die Kinder selbstverständlich auch nur mit Einverständnis der Eltern geimpft worden, die einer Ansteckung durch Familienmitglieder ausgeführt waren. Die Sterblichkeitsziffer ist nach der Einführung des Verfahrens gesunken. Der kommunistische Antrag wurde durch die Hilfe der Rechten angenommen. Auch ein sozialdemokratischer Antrag, der verlangte, daß das Verfahren nicht eher wieder angewandt werden darf, bis die erneuten wissenschaftlichen Prüfungen abgeschlossen sind, fand Zustimmung. Ein Antrag, der die Aufhebung der Verordnung über den bergeblosen Verkehr für Unterstüßungszahlung verlangt, wurde abgelehnt. Ebenso die Forderung, das Bezirksamt solle den erneuten Strafantrag gegen den Kommunisten Wehe zurücknehmen. Selbstverständlich hatten die Deutschnationalen einen Antrag eingebracht, der mißbilligte, daß das Bezirksamt die Einweihungsfeier des Stadions gemeinsam mit den Arbeiterpartnern begangen hat. Stadtrat Schneider betonte, das Bezirksamt habe Veranstaltungen mit bürgerlichen Sportvereinen durchgeführt und war dann auch berechtigt, einmal mit den Arbeiterpartnern ein Sportfest abzuhalten.

Mit großer Mehrheit wurde noch ein Antrag angenommen, der vom Magistrat die Bereitstellung der längst bewilligten Mittel für die Schulbauten am Dammweg und in der Briher Siedlung verlangt.

Mehr Schulen, bessere Straßen nötig.

20. Bezirk — Reinickendorf.

Vor den Ferien beschäftigte sich die Bezirksversammlung mit den einmaligen Anforderungen für den Haushaltsplan 1931. Der sozialdemokratische Bezirksverordnete Eipel betonte, daß aus Sparmaßregeln nur das Notwendigste angefordert werden könne. Die Hauptverkehrsstraßen müssen aber verbessert werden, da die schweren Lastwagen Erschütterungen hervorrufen, unter denen die Häuser stark leiden. Vor allem seien neue Volksschulen unbedingt erforderlich, weil durch das

starke Anwachsen der Einwohnerzahl im Bezirk sonst katastrophale Schulverhältnisse entstehen würden. Wichtige Forderungen seien noch: der Erweiterungsbau des Krankenhauses, ein Hallenschwimmbad und das Freibad am Tegeler See. Sehr notwendig ist ein ausreichendes Sprengen und eine bessere Beleuchtung der Straßen an den Neubauten. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurden die einmaligen Ausgaben in einer Höhe von fast 7 Millionen Mark angenommen, darunter etwa 3 Millionen für Straßen- und Brückenbauten und über 2 Millionen für die Schulen. Ein sozialdemokratischer Antrag, der Verbesserung der Wahnsinnlichkeiten im Vorraum der Turnhalle des Reinickendorfer Realgymnasiums verlangte, wurde ohne Widerspruch angenommen. Bei der Entlohnung der Schulreinigungsfrauen verlangte der Sozialdemokrat Kohnke die Wiederherstellung des alten Zustandes nach welchem die Entlohnung für die Reinigung in den Schulen unter denselben Bedingungen erfolgen soll wie in den übrigen städtischen Gebäuden. Es wurde beschlossen, die Mehrkosten aus Vorbehaltmitteln zu bewilligen.

Die veränderten Grundsätze über die Einrichtung der ehrenamtlichen Wohlfahrtspflege wurden der Wohlfahrtsdeputation überwiesen. Die Ferien der Bezirksversammlung dauern bis Ende August.

Keine Wohnungsluxussteuer.

Aufsichtsbehörden verweigern die Zustimmung.

Auf Verlangen der Sozialdemokraten hatte die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat gebeten, unter Benützung der Erfahrungen anderer Städte genauestens festzustellen, ob als Teile der Deckung der Ausgaben Erträge der Wohnungsluxussteuer verwendet werden könnten. Der Magistrat hat in dessen auf Grund eines umfangreichen, in einer Denkschrift der Hauptsteuerverwaltung zusammengefaßten Materials beschlossen, keine Wohnungsluxussteuer einzuführen. Die Aufsichtsbehörden haben nämlich dem Magistrat mitgeteilt, daß sie einer solchen Steuer ihre Zustimmung nicht erteilen würden.

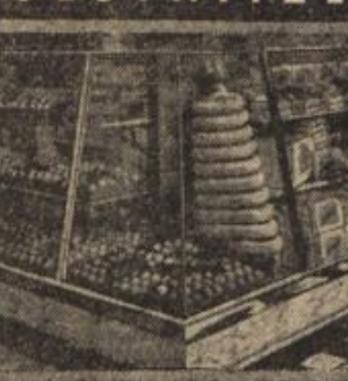
Bezüglich der weiteren Anregung der Stadtverordnetenversammlung, bei Reich und Staat dahin zu wirken, daß der weitaus größte Teil des Hauszinssteueraufkommens in Berlin verbleibe, sowie daß von der Kraftfahrzeugsteuer Berlin ebenfalls überwiesen wird, wie hier aufkommt und daß die Ueberweisungen an Einkommen- und Körperschaftsteuern um 20 Millionen erhöht werden, sind entsprechende Anträge dem Landtag überreicht worden. Sie sind auch dem Preussischen Städteitag, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und der Landwirtschaftskammer zu Berlin sowie sämtlichen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und des Preussischen Staatsrats mit der Bitte um Unterstützung zugegangen, ferner dem Oberpräsidenten von Berlin, dem preussischen Minister des Innern und dem preussischen Finanzminister.

Der Antrag um Verbesserung des Berliner Anteils an der Hauszinssteuer ist inzwischen gegenstandslos geworden, da der Landtag die Geltungsdauer der „Hauszinssteuerverordnung“ bis zum 31. März 1931 unverändert verlängert hat. In der Frage des Finanzausgleichs war eine

Veränderung für das laufende Jahr nicht mehr zu erreichen.

Sie soll nach den Zusagen der preussischen Regierung im Hauptausschuß des Landtags für das nächste Jahr eintreten. Bei der Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer wurde eine geringe Verbesserung zugunsten Berlins erzielt. Die Stadt erhält nunmehr neben einer prozentualen Beteiligung von 1,25 ein Voraus in Höhe von 1,5 Proz. des gesamten zur Verteilung gelangenden Aufkommens.

Auch während der
GLUTHITZE



STETS FRISCHE WAREN
durch unsere modernen
KÜHLANLAGEN
für alle verderblichen
LEBENSMITTEL

KARSTADT

Johannisbeeren Pfd. 0.30
Blaubeeren Pfd. 0.32
Kirschen 2 Pfd. 0.55
Aprikosen Pfd. 0.38
Schoten 3 Pfd. 0.28
Möhren 3 Bd. 0.25
Bohnen Pfd. 0.20
Weiß- u. Wirsingkohl	3 Pfd. 0.25
Tomaten Italiener 2 Pfd. 0.55
Neue Kartoffeln	.. 5 Pfd. 0.45
Pflirsiche Italiener Pfd. 0.38
Äpfel, Austr. Pfd. 0.45
Blumenkohl Kopf an 0.10
Traubensekt Hasenmark Incl. St. u. Glas Fl. 4.00
Himb.- u. Kirschsaff Ltr. 1.70
Tafelöl Ltr. 0.78
Gelee-Mischung Pfd. 0.95
Hühner-Frikassee	.. Pfd. 1.10
Konsum-Sülze Pfd. 0.48
Nußschinken Pfd. 2.10
Tilsiter 25% Pfd. 0.50
Quark Pfd. 0.34

Wurstwaren	
Schweinekopf	1. G. Ltr. 1.20
Schweinebacken 1. G. Ltr. 0.78
Magerer Speck Pfd. 1.40
Schinkenspeck Pfd. 1.85
Berliner Mettwurst Pfd. 1.00
Schinkenpolnische Pfd. 1.30
Teewurst, grob u. fein Pfd. 1.80
Zervelatw. u. Salami Pfd. 1.65
Zervelatw. L. Fett Pfd. 1.85
Brschw. Zervelatw. Pfd. 2.10

Weine / Spirituosen	
Frankf. Apfelwein	Ltr. 0.48
Edenkobener Ltr. 0.85
Oppenheimer Ltr. 1.40
Tarragona Ltr. 1. —
Malaga Ltr. 1.20
Johannisbeerwein Ltr. 0.75
Bowlenwein Fl. 0.85
Bowlensekt Fl. 1.25, Fl. 1. —
Weinbr. Verschnitt	Fl. 3.25

Delikatessen	
Fischmarinaden	Port. Dos. 0.30
Oelsardinen 4 Port. Dos. 0.98
Anchovis Gl. 0.48
Filethappen L. Rem. Dos. 0.90
Brather Ltr. Dos. 0.78
Fischklöße 2 Pfd. Dos. 2.00
Ochsenfleisch	Leig. Soft. Dos. 1.10
Fett-Büchlinge Pfd. an 0.35
Seelachs Pfd. 0.38
Aal ger. Bd. 0.30 Pfd. 2.50

Fische	
Schellfisch m. Kopf L. G. 0.22
Kabeljau L. Ganz u. Kopf Pfd. 0.22
Kabeljaufilet Pfd. 0.28
Goldbarsch Pfd. 0.20
Lebende Schleie	Pfd. an 1.20

Konfitüren	
Pfefferminz - Fondant	Pfd. 0.70
Messina Drops Pfd. 0.70
Eisbonbon Pfd. 0.70
Saure Drops Pfd. 0.50
Erfrischungswaffeln	Pfd. 0.95

Wild und Geflügel	
Wolga-Hühner Pfd. an 0.82
Masiputen gefr. Pfd. 1.05
Enten, gefr. Pfd. 1.10
Reh-Rücken Pfd. 1.60
Wild-Ragout Pfd. 0.28

Kolonialwaren	
Bruchreis Pfd. 0.19
Haferflocken Pfd. 0.25
Hartweizengrieß Pfd. 0.33
Puddingpulver	Incl. Pfd. an 0.40
Vanill.-Soßenpulv.	Pfd. 0.60
Eierschnittnudeln	Pfd. 0.46
Korinthen Pfd. 0.60
Ringäpfel Pfd. 0.70

Konserven	
Stachelbeeren 1/2, Dos. 1.00
Apfelmus 1/2, Dos. 0.50
Pflaumen m. Stein 1/2, Dos. 0.60
Rote Kirschen	m. St. 1/2, Dos. 1.20
Apfel-Gelee	en. 1 Pfd.-Gl. 0.50
Vierfrucht-Marmel.	Pfd. 0.50
Pflaumen-Confiture	Pfd. 0.50
Kirsch-Confiture	Pfd. 0.68

Butter und Käse	
Molkereibutter Pfd. 1.50
Dänische Butter Pfd. 1.74
Marg. od. Pflanzenfett	0.50
Dän. Schweizer Pfd. 0.80
Edamer 20% Pfd. 0.68
Emmenthal. Art o. R.	Pfd. 0.88
Steinbuscher, willy Pfd. 0.80
Romadour 40% Pfd. 0.88

KARSTADT M. E. R. REISEBÜRO Fahrkarten, Platz- und Bettkarten zu amtlichen Preisen ohne Aufschlag!

REKORD-TAGE Die Veranstaltung der billigen Serienpreise

Unsere Schaufenster sagen Ihnen alles! **Rekord-Leistungen**

Wege für echten Preisabbau.

Kohle, Eisen, Dünger, Brot, Zucker. — Schluß mit den Phrasen!

Das Reichswirtschaftsministerium soll vorläufig, nachdem Dietrich Finanzminister wird, nicht befehl werden. Eine höchst bedenkliche Maßnahme, nachdem es sich um den Preisentwertungsminister handelt, der wahrlich Arbeit genug hätte, wie wir hier zeigen. Aber ist es denn dieser Regierung mit einem echten und wirksamen Preisabbau ernst?

Die Parole für Preisabbau wird von den Unternehmern und der ihnen mehr oder weniger hörigen Presse so verstanden, daß überhöhte Preise, die sich bei absinkender Marktlage ohne hin nicht mehr durchhalten lassen, ermäßigt werden und als scheinbar unumgängliche Voraussetzung hierfür ein Lohnabbau verlangt wird, durch den in Wahrheit nicht der Preisabbau ermöglicht wird, sondern die Last der wirtschaftlichen Depression auf die Arbeiter und Angestellten abgewälzt wird. Das große Vorbild, das alle Unternehmer begeistert, ist der große Betrag, den die Eisenpreisentwertung tatsächlich darstellt.

Demgegenüber ist es erforderlich, festzustellen, daß es ohne Opfer der Arbeiterschaft möglich ist, die Preise wichtiger Bedarfsgegenstände abzubauen, und daß frühestens nach solchem Preisabbau von feiner Fortsetzung in Aktionen gesprochen werden darf, bei denen Arbeiterschaft und Unternehmer gleichzeitig Opfer bringen, die Preisentwertung jeweils also mindestens doppelt so groß sein muß wie ein etwaiges Opfer der Arbeitnehmer.

Das wichtigste Beispiel solcher möglichen Preisentwertung ist die Kohle.

Anlässlich der Lohnerhöhung des Jahres 1928 wurden die deutschen Kohlenpreise um 2 Mark je Tonne erhöht mit der Maßgabe, daß der Reinerlös der Unternehmer 1 Mark je Tonne nicht übersteigen dürfe; das war das Abzugsgegenstück des Bürgerbrot für den Ruhrbergbau. Bei der Lohnerhöhung des Jahres 1929 wurde die geringe Mehrlast, die mit ihr für die Unternehmer verbunden gewesen wäre, restlos auf das Reich dadurch übernommen, daß ein Zuschuß von 75 Millionen Mark jährlich aus allgemeinen Staatsmitteln für die knappheitliche Beschaffung sichergestellt wurde. Im Laufe des Jahres 1929 ist es gelungen, im Ruhrbergbau einen Abbau der Arbeitskosten durchzuführen, der im Jahresdurchschnitt über 0,50 Mark je Tonne betrug und im Jahre 1930 wesentlich darüber hinaus gestiegen ist.

Gleichzeitig sind für eine Reihe von Materialien die Preise gesunken, während für die Nebenprodukte des Ruhrbergbaues, insbesondere für Gas und Benzol, ein erweiterter Absatz zu erhöhten Preisen gefunden wurde.

Damit ist die Möglichkeit geschaffen worden, die Steinkohlenpreise im Ruhrgebiet um den Betrag zu senken, um den sie im Jahre 1928 erhöht wurden. Die Kosten der Verminderung der Bestehungskosten tragen bereits die Zehntausende von Arbeitlosen des Ruhrgebiets. Preisentwertungen unter das Preisniveau von 1928 könnten allein den Gegenstand von Verhandlungen anlässlich der in den nächsten Monaten bevorstehenden Lohnverhandlungen bilden.

Dem Ruhrbergbau würde zwangsläufig der übrige deutsche Kohlenbergbau — mindestens im Ausmaße von 1 Mark je Tonne Steinkohle und Braunkohlenbriketts — folgen. Insbesondere der Braunkohlenbergbau wäre zu solchem Preisabbau sofort in der Lage. Damit wäre dann auch die Möglichkeit gegeben, die Preise für industriellen Kraftstrom, die fast überall an den Kohlenpreisen orientiert sind (Kohlenpreisklausel), zu senken. Ebenso würde der Preis für das Ferngas automatisch sinken.

Aber noch über den Kohlenbergbau hinaus würde ein Abbau der Kohlenpreise sich auf die gesamte Wirtschaft auswirken. Ebenso wie die Schwerindustrie im Jahre 1928 die Kohlenpreiserhöhung zu einer Erhöhung der Eisenpreise ausgenutzt hat, würde sie unter dem Druck einer Kohlenpreisentwertung auch die Eisenpreise weiter abbauen müssen. Der mit der Senkung der Kohlenpreise verbundene Rückgang der Eisenpreise würde mindestens das gleiche Ausmaß haben können wie die soeben vorgenommene Preisentwertung. Der Abbau von Kohlen- und Eisenpreisen würde schließlich den Jahresetat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft um mindestens 50 Millionen Mark entlasten und zahlreichen anderen öffentlichen Werken erhöhte Wirtschaftlichkeit geben. Ihn in die Wege zu leiten, ist der Reichswirtschaftsminister auf Grund seiner gesetzlichen Vollmachten in der Lage; er muß nur wollen, was ihm das Befehl nahelegt.

In gleicher Weise erweist sich ein Preisabbau für die künstlichen Düngemittel

als unabweisbare Notwendigkeit. Der Bericht des Enquete-Ausschusses über die deutsche Kaliindustrie hat gezeigt, daß übertriebene Vorstellungen von der Prosperität der Kaliindustrie unbegründet sind; er hat jedoch weiter gezeigt, daß ihre Rentabilität ungewöhnlich günstig ist. Hier erscheint eine Umstellung der Lieferbedingungen des Kalisyndikats einer einfachen Preisermäßigung vorzuziehen. Dabei denken wir an den Übergang zur frachtfreien Lieferung, wie sie das Stickstoffsyndikat schon lange handhabt. Das Syndikat ist in der Lage, hierbei die Erhöhung der Frachttarife, die gegenüber der Vorkriegszeit eingetreten ist, insbesondere bei den hochprozen-

tigen Salzen zugunsten der Landwirtschaft selbst zu übernehmen.

Noch dringlicher ist die Senkung der Stickstoffpreise. Das Stickstoffsyndikat zeigt neuerdings keine geringe Neigung, zu Lasten überhöhter Inlandspreise, die man trotz der Notlage der Landwirtschaft in seinen Kreisen für vertretbar hält, ein Dumping auf dem Auslandsmarkt zu organisieren. Durch überhöhte Stickstoffpreise soll die Landwirtschaft die Verluste bezahlen, die sich für die V. G. Farbenindustrie durch die unrentable Benzolgewinnung und das viel zu große und verlustreiche Engagement in der Kunstfaser ergeben.

Trotz der engen Verbindungen, die seit jeher zwischen allen Regierungstellen und diesen größten Industrieunternehmen Deutschlands bestehen, sollte die Reichsregierung soviel Energie aufbringen, diesen Plan zu vereiteln und eine weitere Preisentwertung für Stickstoff durchzuführen.

Schließlich darf die Preisentwertung auch an den Lebensmitteln nicht spurlos vorübergehen.

Seit Monaten hat Schiele aus den deutschen Agrargesetzen den Verbraucherschutz eliminiert und den Weizenpreis um über 50 Mark über den gesetzlich verankerten Richtpreis von

260 Mark hinausgetrieben. Die sofortige Senkung des Weizenzoll auf 10 Mark (jetzt 15 Mark) würde der Reichskasse über vermehrte Einfuhr erhöhte Einnahmen schaffen und die Brotpreiserhöhungen, die im Zeichen des Preisabbaus dank der Politik des Reichskabinetts erforderlich werden, überflüssig machen.

Darüber hinaus erscheint es notwendig, den offiziellen Roggenrichtpreis, der indirekt brotverwertend wirkt, der gegebenen Marktlage für Roggen und dem unbestrittenen Zwange, die deutsche Roggenanbaufläche zu verkleinern, anzupassen. Selbst die Preisbasis von 200 Mark, die vorgeschlagen werden könnte, ist angesichts dieser Gegebenheiten kaum noch zu verantworten. Sie wäre aber immerhin als ein Schritt auf dem Wege agrarpolitischer Vermunft, die auf die Dauer nicht von der Roggenpsychose erstickt werden kann, anzuerkennen.

In ähnlicher Weise bedarf der Zuckerpreis, der zu hoch angelegt wurde und zu dauernder Steigerung der Zuckererzeugung anreizt, einer Ermäßigung auf mindestens 19 Mark je Zentner.

Preisabbau, der in dieser Weise und in diesem Umfang durchgeführt würde, könnte den Anstieg der deutschen Konjunktur wirklich erleichtern. Das Kabinett der Frontkämpfer bedürfte freilich hier wirklicher Kampfesentschlaffenheit. Zwar würde sein Kampf sich nicht gegen die Wirtschaft, wie man uns sicherlich vorwerfen wird, wohl aber gegen jene Gruppen der Wirtschaft richten, die seit einem Jahrzehnt anmaßend sich als „die Wirtschaft“ bezeichnen und ihr Geld auch für eine Presse verwenden, die dabei stillgehalten bereit ist.

Kapitalpreisentwertung marschiert.

7 prozentige Pfandbriefe bei der Landespfandbriefanstalt.

Für den Baumarkt beginnen sich langsam aber doch die Finanzierungsvorhältnisse durch die Senkung des langfristigen Kapitalpreises zu bessern, und zwar durch die ersten Schritte, die von öffentlichen Banken und Sparkassen in der Anpassung der Hypothekenzinsen an die Verbilligung der Geld- und Kapitalmärkte unternommen worden sind. Die Sparkasse der Stadt Berlin hat den Zinssatz für Spareinlagen von 5 auf 4 Prozent herabgesetzt und zugleich den Zinssatz für ihre Hypothekendarlehen um ein volles Prozent von 8½ auf 7½ Prozent ermäßigt. Allerdings wird diese Ermäßigung sich um ein volles Prozent nur dann auswirken können, wenn auch die Auszahlung der Hypotheken zu dem bisherigen Kurse erfolgt, was zu hoffen ist. Vor wenigen Tagen hat die private Zentral-Bodenkredit- und Pfandbriefbank die erste Emission 7½ prozentiger Pfandbriefe zum Kurse von 98 Prozent auf den Markt gebracht. Wir haben es bedauert, daß dieser große private Hypothekensanktionern nicht sofort zum 7prozentigen Pfandbrief übergegangen ist. Diesen Schritt hat jetzt mit erfreulicher Entschlossenheit eine öffentliche Bank getan, nämlich die Preussische Landespfandbriefanstalt. In Uebereinstimmung mit der Auffassung des preussischen Wohlfahrtsministeriums wurde die Zwischenschaltung eines 7½prozentigen Pfandbriefes nicht versucht, sondern gleich zum 7prozentigen Pfandbrief übergegangen. Diese ersten deutschen 7prozentigen Pfandbriefe neuerer Ausgabe werden vom 3. bis 23. Juli im Betrage von 10 Millionen Mark zu einem Barzinsfuß von 95 Prozent aufgelegt. Die Anstalt hofft, mit dieser Emission zu der wirtschaftlich notwendigen Zinsentwertung beim Realcredit beizutragen.

Dieser Schritt der Preussischen Landespfandbriefanstalt ist ein Verdienst. Er ist berechtigt, da vor dem Ablauf eines Jahres die Geld- und Kapitalmarktverhältnisse in Deutschland und der ganzen Welt sich kaum verringern wird. Für den deutschen Baumarkt und auch für die allgemeine Senkung des Kapitalpreises ist das Vorgehen der Pfandbriefanstalt und auch der Berliner Sparkasse sehr wertvoll. Erfreulich, daß hier die Initiative wieder von öffentlichen Banken ausgegangen ist.

Die Banken in der Krise.

Leichte Abnahme der fremden Gelder.

Nach der von der Reichsbank zum 31. Mai veröffentlichten Bankenübersicht sind bei den Berliner Großbanken und bei der Gesamtheit der berichtenden Privatbanken gegenüber Ende April die fremden Gelder etwas zurückgegangen. Die Summe der Kreditoren ist bei den Großbanken von 12,27 auf 12,24, bei sämtlichen Privatbanken von 14,79 auf 14,76 Milliarden gesunken. Die innerhalb sieben Tagen fälligen Gelder sind gleichzeitig von 4,14 auf 4,26 bzw. von 4,90 auf 4,99 Milliarden gestiegen. Bei den letzteren dürfte es sich in der Hauptsache um arbeitslos gewordene Industriegelder handeln.

Auf der Aktivseite sind bei den Großbanken die Wechselbestände mit 3,16, bei sämtlichen Banken mit 3,66 Milliarden kaum verändert. Der rückgängige Außenhandel hat bei den Großbanken die Vorräte auf lagernde und schwimmende Waren von 1873 auf 1851, bei sämtlichen Banken von 2204 auf 2172 Millionen zurückgehen lassen. Auch die laufend gewährten Kredite sind gesunken; von 6248 auf 6187 Millionen bei den Großbanken, von 7886 auf 7808 Millionen bei sämtlichen Privatbanken. Auf der anderen Seite sind naturgemäß die bei anderen Banken flüssig gehaltenen Gelder vermehrt. Wertwärtigerweise hat

sich der Bestand an Börsen- und Lombardkrediten im Mai noch etwas erhöht, wobei freilich zu beachten ist, daß der Mai als Börsenmonat teilweise nicht ungünstig war.

Berteuertes Bauen.

Das neue Widings-Zementwerk. — Unkostenentwertung ohne Preisermäßigung.

Wie wenig ernst es im Grunde der Industrie mit der hinausposaunten Preisentwertung ist, geht auch aus dem Geschäftsbericht der Widingschen Portland-Zement- und Wasserfallwerke A.-G. hervor. Dieses westfälische Großunternehmen verteilt nach erhöhten Rückstellungen wieder keine 10 Proz. Dividende und kann bereits jetzt versichern, daß die Herstellungskosten nach der demnächst erfolgenden Inbetriebnahme des richtigen neuen Zementwerkes in Reumünd eine neue beträchtliche Senkung erfahren werden. Aber an eine Senkung der Zementpreise wird nicht gedacht. Die Gesellschaft glaubt nach ihrem Bericht die 700 000-Tonnen-Produktion des Reumünder Werkes auch zu den bisherigen noch immer überhöhten Preisen unterbringen zu können. Die Verwaltung schreibt, mit Rücksicht auf die großen Ansprüche, die an die Leistungsfähigkeit gestellt werden dürften, habe sie den Rahmen des Wertes entgegen der Anfangsdisposition noch weiter spannen müssen. Diese optimistische Auffassung, die auch an anderen Stellen des Geschäftsberichtes zum Ausdruck kommt, bedarf nach den mäßigen Absatzfiguren der deutschen Zementverbände einer Erklärung, zumal die Gesellschaft noch jede Andeutung vermeidet, die auf eine Sprengung des westdeutschen Syndikats zum Jahresende schließen läßt.

Bemerkenswert ist die Vergrößerung des Auslandsgeschäftes von Widings; sie führte vorläufig noch nicht zu festen Beteiligungen, bewirkte aber eine Steigerung der den befreundeten Gesellschaften gewährten Vorschüsse von 0,49 Millionen im Vorjahr auf 6,82 Millionen am 31. Dezember 1929.

Steigender Kraftmaschinen-Export.

Deutschland drängt Amerika und England zurück.

Das Institut für Konjunkturforschung legt ein Sonderheft „Die Energiewirtschaft der Welt in Zahlen“ vor, das mit seinem übersichtlichen Zahlenmaterial u. a. ein interessantes Spiegelbild des Wiederaufstiegs gibt, den die deutsche Elektro-Zubehör- und Maschinenindustrie in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte. Zwischen den Jahren 1913 und 1925 konnten die Vereinigten Staaten von Nordamerika in der Kraftmaschinenausfuhr einen gewaltigen Vorsprung vor Deutschland und Großbritannien erlangen. Deutschland führte im Jahre 1925 Kraftmaschinen im Werte von 88 Millionen Mark aus, die Union für 203 Millionen, 1929 hat der deutsche Kraftmaschinenexport gegenüber 1925 eine Steigerung um 87 Millionen erfahren, der Nordamerikas dagegen nur um 5 Millionen Mark. In der Weltreihung hat die deutsche Maschinenindustrie damit die britische auf den dritten Platz zurückgedrängt und im Gegenfug zu den anderen Ländern, die vor dem Kriege in der Maschinenindustrie dominierten, ihre Position von 1913 behauptet.

V. G. Farben erweitert seine Stickstoffmacht.

Wie gemeldet wird, sind die Stickstoffanlagen der Zeche Mont-Cenis in den Interessentkreis der V. G. Farben übergegangen. Die Mont-Cenis-Stickstoffanlagen wurden gemeinsam von der preussischen Hibernia und dem Röchling-Konzern gegründet.

Ab heute bei Oetzel 14 Rekord-Schuh-Tage

Landtag arbeitet mit Hochdruck.

Der Beratungstoff wird aufgearbeitet.

Der Preussische Landtag überwiegt am Donnerstag zunächst die Beschlüsse über Bereitstellung von Mitteln an die Niedersächsische Bergbau-Aktiengesellschaft und zur Sanierung und Fortführung der Schichau-Werke nach kurzer Debatte an den Hauptauschuss.

Hierauf wird die am Mittwoch abgebrochene Aussprache über die Anträge des Geschäftsordnungsausschusses, die Immunität von sechs kommunistischen Abgeordneten wegen Beleidigungen in der Presse aufzuheben, fortgesetzt.

Die Abg. **Bruhn** (Komm.), **Dr. Ausländer** (Komm.) und **Schulz-Neuföhn** (Komm.) wenden sich gegen die Ausschussanträge. Namentlich der Abg. **Schulz-Neuföhn** beschimpft dabei die Sozialdemokraten, die mit lebhaften Zurufen antworten.

Die von den Kommunisten beantragten namentlichen Abstimmungen ergeben in allen Fällen die Annahme der Ausschussanträge.

Es folgt die Beratung des von den Sozialdemokraten, dem Zentrum, den Demokraten, der Volkspartei und den Deutschnationalen gemeinsam eingebrachten Antrages über die Fortlage des Erzbergbaues im Sieg-, Sahn- und Dillgebiet.

Abg. **Frenken** (Komm.) wendet sich gegen eine Stützungsaktion, die doch nur den Unternehmern zugute kommen würde. Dagegen werde nichts getan, um den Arbeitslosen die Krisenunterstützung zu sichern.

Abg. **Fries-Siegen** (Soz.) bezeichnet die Ausführungen des Vordrängers in bezug auf die Krisenunterstützung als maßlose Übertreibungen. Bei dieser ganzen Hilfsaktion handele es sich auch um Maßnahmen für die Arbeiterklasse, die nur durch Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten verdient erhalten könne.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

In gemeinsamer Beratung werden hierauf die Geschäftsberichte der Preussischen Bergwerks-Aktiengesellschaften Reddinghausen und Hibernia für das Betriebsjahr 1929 durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Entsprechend einem Antrag des Hauptauschusses wurde schließlich noch der sozialdemokratische Antrag angenommen, die höheren Polizeischulen in Eiche und Charlottenburg aus Sparnisgründen zusammenzuliegen.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Freitag 10 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen: Dritte Lesung des Schulgeldgesetzes und des Finanzausgleichs, zweite Lesung der Kreditvorlagen betr. Schichau-Werke und Niedersächsische Bergbau, Staatsvertrag mit Bremen. Gegen die vom Präsidenten Bartels vorgeschlagene dritte Lesung der Kreditvorlagen und des Staatsvertrages mit Bremen erhoben die Kommunisten Einspruch.

Im Preussischen Landtag ist ein Antrag des Zentrums eingegangen, worin das Staatsministerium ersucht wird, dem Landtag spätestens im Herbst 1930 Vorschläge für eine durchgreifende Senkung aller Haushaltsausgaben vorzulegen, um in Zusammenhang mit den Bestrebungen der Reichsregierung durch Senkung der Ausgaben auf sachlichem und personellem Gebiete zu einer Verbilligung des Konsums und zur Erleichterung der ganzen Wirtschaftslage zu gelangen.

Ferner ging ein Antrag der kommunistischen Fraktion ein, wonach das Staatsministerium beauftragt werden soll, den Erlaß des Innenministers vom Januar 1930 über die Nichtbestätigung von Kommunisten als Magistratsmitglieder aufzuheben.

Mit der Herrschaft über die Maghütte (Rödingen) erwarb die Stahlwerksgruppe Hilt-Besentrichen nach dem Auscheiden der Hibernia die alleinige Herrschaft über die Stickstoffproduktion von Mont-Cenis, die jetzt von der westfälischen Schwerindustrie an A. G. Farben übergeht. Für A. G. Farben bedeutet dieser Erwerb die Ausschaltung eines möglichen Konkurrenzgegners im Stickstoffmarkt und zugleich eine bedeutende Stärkung der A. G. Farben-Position in diesem Kartell gegenüber der Stickstoffherstellung der Schwerindustrie, denn es dürfte wahrscheinlich sein, daß A. G. Farben den Neuzugriff dazu benutzt, die eigene Leistungsfähigkeit stärker auszunutzen. Würden die Mont-Cenis-Anlagen stillgelegt, so würde diese Stilllegung einen neuen Beweis für die Fehlinvestitionen in der deutschen Schwerindustrie und in der deutschen Stickstoffindustrie im besonderen bedeuten; es sind nämlich rund 30 Millionen Mark bisher in die Mont-Cenis-Anlagen hineingesteckt worden. Ueber den Preis, den A. G. Farben zahlt, und über die Zahlungsart hat man bisher noch nichts gehört.

Deutscher Landwirtschaftsrat.

Marktregelung und Qualitätsfragen.

Die Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats brachte am Donnerstag unter anderem zwei bemerkenswerte Vorträge über die Zukunftsaufgaben der landwirtschaftlichen Marktpflege und Bauernbetrieb und Großbetrieb als Verfolger des deutschen Marktes.

Die Betriebsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats hat an Hand eines umfassenden Materials eine Untersuchung darüber angestellt, welche Bedeutung Bauernbetriebe und Großbetriebe für die Versorgung des deutschen Marktes haben bzw. inwieweit die einzelnen Betriebsgrößen der Landwirtschaft an der Marktbefriedigung beteiligt sind. Das Resultat der Untersuchung stellte Dr. Fensch, der Leiter der Betriebsstelle, wie folgt dar: „Vergleicht man die auf die einzelnen Größenklassen entfallenden Flächenanteile mit den Marktverorgungsanteilen, so zeigt sich, daß bei der Marktvorsorgung mit Getreide und Kartoffeln in den kleineren Betrieben der Marktverorgungsanteil kleiner als der Flächenanteil, in den oberen Größenklassen dagegen höher als der Flächenanteil ist. Für die Marktvorsorgung mit Vieh (auch Schweinen) besteht das umgekehrte Verhältnis; hier ist der Marktverorgungsanteil in den kleineren Betrieben höher, in den größeren Betrieben kleiner als der Flächenanteil. An der Marktvorsorgung mit Milch sind die Betriebe von 5 bis 20 Hektar ziemlich genau ihrer Fläche entsprechend beteiligt. Die mittleren Betriebe liefern mehr als ihrer Fläche entspricht; in den Betrieben über 200 Hektar ist der Marktverorgungsanteil geringer als der Flächenanteil.“

Dr. Schindler, Leiter der Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat, bezeichnete die Lösung des Qualitätsproblems als für die Bereinigung der deutschen Märkte für landwirtschaftliche Erzeugnisse unerlässlich. Dabei sei davon auszugehen, daß der Landwirt nicht immer nur die beste Qualität, sondern grundsätzlich die Qualität liefern muß, die den Anforderungen der Verbraucher entspricht. Der Verbraucher andererseits müsse dazu erzogen werden, daß er die Unterschiede zwischen guter und schlechter Ware erkennt und entsprechend bewertet. In diesem Zusammenhang verlangte Schindler, daß die Qualitätskontrolle in die Hand unabhängiger Stellen gelegt werde. Das landwirtschaftliche Qualitätsproblem müsse für das ganze Reich einheitlich gelöst werden.

Reform des Lebenshaltungsindex.

Im Reichsstatistischen Amt hat man die Vorarbeiten für eine Reform des Lebenshaltungsindex aufgenommen. Der bisherige Lebenshaltungsindex hat sich vielfach als primitiv und unvollkommen erwiesen. Die Reformarbeiten stützen sich auf die in den letzten Monaten durchgeführten Haushaltsrechnungen.

Reparaturaufträge für die Delsbomag. Der Norddeutsche Lloyd hat der U. G. Weier (Delsbomag) in Bremen den Umbau und die Reparaturen des Dampfers „München“ übertragen, wodurch 1000 Werftarbeiter für sechs Monate neue Arbeit erhalten.

Ueberflüssige Schadenstende. In der Berliner Produktionsbörse nahm die bekannte Getreidefirma Kampfmeyer am Donnerstag Stützungsanstöße vor. Das gab Anlaß zu dem Gerücht, daß man die Stützungsanstöße ganz allgemein den privaten Firmen übergeben will. Entsprechende Forderungen sind von privaten Händlern seit langem gestellt und man weiß auch, daß der Reichsernährungsminister Schiele gern den Wünschen des Privathandels Rechnung tragen würde. Eine Einbeziehung des freien Handels in die Stützungsaktion bedeutet aber die Verschlagung der bisherigen Getreidebewirtschaftung. Selbstverständlich hat die Handelspresse den Vorschlag am Donnerstag bemutet, Triumphtöne über die „Niederlage“ der öffentlichen Getreidewirtschaft anzuschlagen; man hat aber zu früh gehandelt: die Firma Kampfmeyer ist nämlich noch am Donnerstag von ihren Käufen zurückgetreten. Die Attacke des privaten Handels auf die Getreidestützung ist damit fürs erste abgeklungen.

Sechs Milliarden Sparanlagen in Preußen. Wie der Anstliche Preussische Pressedienst mitteilt, betrug der Bestand der Sparanlagen in den preussischen Sparkassen Ende Mai 1930 insgesamt 6002,3 Millionen Mark, die Einzahlungen betragen 394,5, die Auszahlungen 336,8, der Zuwachs 57,7 Millionen Mark. Der Stand der Giro- u. w. Einlagen betrug am Ende Mai 1930, am Ende des Vormonats 922,6 Millionen Mark.

Um Grünner.

Dunkle Andeutungen gegen Otto Braun — dann Rückzug.

Der Berliner „Tag“ vom 24. Juni bestätigt, daß Senatspräsident Grünner auf die Berufung gegen seinen Ausschluß aus dem Republikanischen Richterbunde schriftlich verzichtet hat. Die im „Tag“ gegebene Darstellung über den Beweggrund des Herrn Grünner zum Verzicht muß jedoch berichtigt werden. Grünner war wegen seines Vorgehens gegen den Genossen Orzevinski durch ein Schreiben des Vorsitzenden des Richterbundes vom 1. März zur Verantwortung aufgefordert worden. Mit Brief vom 2. März erwiderte Grünner, daß er bei Erörterung der Sache eine dienstliche Handlung des Ministerpräsidenten Braun erwähnen müßte, die für Braun zu erheblichen politischen Schwierigkeiten führen werde. Dieser keineswegs als vertraulich bezeichnete Brief wurde im Vorstand des Richterbundes ohne Schweigegebot zur Sprache gebracht.

Von irgendeiner dienstlichen Handlung des Ministerpräsidenten Dr. Otto Braun, die für diesen zu politischen Schwierigkeiten hätte führen können, ist nichts bekannt geworden. Otto Braun erhielt von dem Inhalt des Grünnerschen Briefes Kenntnis. Grünner hatte vorher bestritten, Drohungen gegen Braun geäußert zu haben. Er bezeichnete die Bekanntgabe seines Briefes als einen großen „Vertrauensbruch“ und erhob bei dem Republikanischen Richterbund Beschwerde. Man beschloß aber, über diese Beschwerde zur Tagesordnung überzugehen. Darauf verzichtete Grünner auf das Berufungsverfahren gegen seinen Ausschluß.

Der fittschen Entrüstung Grünners über den „Vertrauensbruch“, der ja gar nicht vorliegt, muß sein eigenes Verhalten in der Angelegenheit des Genossen Orzevinski gegenübergestellt werden. Grünner hat sich nicht geheut, seinen beleidigenden Brief in der Sache des Genossen Orzevinski, welcher mit den ungeschriebenen Beschlüssen des politischen Anstandes nicht vereinbar werden kann, drei Fraktionen des Preussischen Landtages in Abschrift zutommen zu lassen.

Der Bauernaufbruch von Rindorf.

Hauptverhandlung im Juli.

Stade, den 26. Juni.

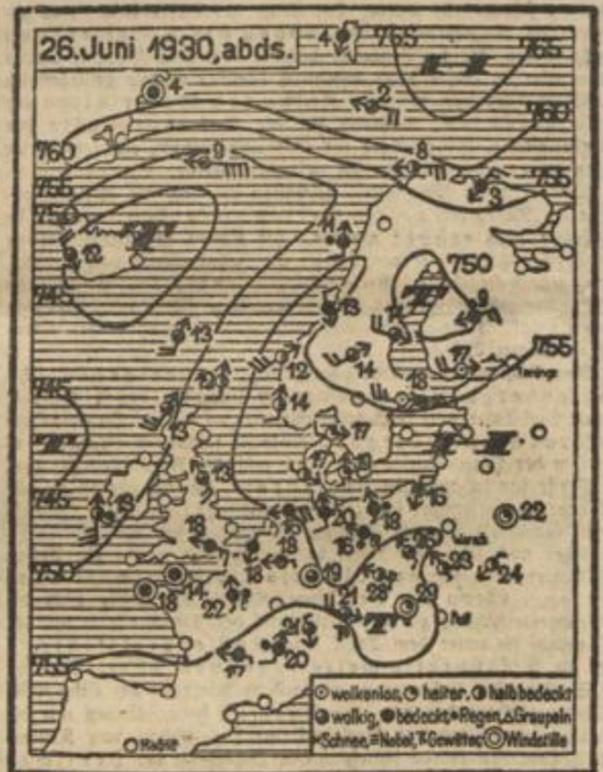
Wegen der Vorgänge in Rindorf am 3. Juni ist gegen 12 Rindorfer Landwirte Anklage wegen Aufruhrs erhoben worden. Die Hauptverhandlung wird im Laufe des Juli vor dem erweiterten Schöffengericht in Stade stattfinden.

Dazu wird gemeldet: Von Landjägerbeamten wurde am 4. Juni bei der Staatsanwaltschaft in Stade Anzeige erstattet, daß zwei Vollzugsbeamte und zwei Landjäger, die sich zwecks Abholung gepfändeter Gegenstände mit einem Kraftwagen nach Rindorf bei Bamstedt begeben wollten, in der Durchführung ihrer Amtshandlung dadurch behindert wurden, daß an zwei Stellen die Anfuhrstraßen nach Rindorf ausgezerrt waren; an den ausgezerrten Stellen standen zahlreiche Personen mit Spaten.

Die Angelegenheit hat jedoch keinen politischen Hintergrund, da es sich nicht um Steuerpändungen handelt. Die Rindorfer Landwirte sind vor Jahren zwangsweise in den Bamstedter-Rindorfer Schleusenverband, der die Entwässerung des Rindorfer Teiles der Bamsfelder Börde einschloß, eingereicht wor-

den. Die Rindorfer Landwirte wollen durch die Entwässerungsmaßnahmen des Verbandes nur Schäden an ihren Vändereien gehabt haben und weigerten sich, die festgesetzten Beiträge zu bezahlen. Sie haben in dieser Angelegenheit seit Jahren einen erbitterten Kampf geführt und sind überall abgewiesen worden. Daher erfolgte die zwangsweise Beitreibung der Beträge durch Pfändung von Vieh und landwirtschaftlichen Maschinen, die aber bei einer Versteigerung in Rindorf wegen Gebotsmangels nicht zu verkaufen waren.

Allgemeine Wetterlage.



In der Nacht zum Donnerstag hat sich ein Regengebiet über Deutschland gebildet und hat in einem schmalen Streifen, der vom Rheingau bis zur Ostseeküste reichte, ziemlich erhebliche Niederschläge gebracht. Im Süden des Regentreibens war das Wetter zunächst ziemlich heiter und recht warm. In dieses warme Gebiet drang von Westen her kühlere Luft ein und brachte in Süddeutschland, Sachsen und Niederschlesien Gewitter. Mit dem Vordringen der kühleren Luft im Süden des Schlechtwettergebietes nahmen die Niederschläge ab. Es ist zu erwarten, daß sie sich am Freitag im mittleren Deutschland nicht mehr wiederholen werden.

Wetterausichten für Berlin: Vorwiegend wolkig, ohne wesentliche Niederschläge, nur mäßig warm. — **Für Deutschland:** In Schließen Abkühlung, im Nordosten trübe und vielfach regnerisch, im übrigen Reich: wolkiges Wetter mit wenig Wärmeänderung.

Vorteilhafte Angebote

Benützen Sie diese günstige Einkaufs-Gelegenheit!

Eiders & Dyckhoff

Gertraudenstraße 8-9

An der Petrikirche

in Herren- und Knaben-Bekleidung

Jean Reibrach: Fremdenlegion

Als der Feldwebel Mohamed vortrat, betrachtete ihn der Kapitän mit prüfendem Blick. Es war Befehl erteilt worden, den Unteroffizier, dem der Befehl anvertraut werden sollte, aus dem Scharfschützenkorps mit Sorgfalt auszuwählen.

Der Gefangene war ein mehrfacher Deserteur und nicht im geringsten vertrauenswürdig. Ein Marsch von acht Tagen durch den Wüstenland war keine Kleinigkeit, noch dazu als Gefangenentransport.

Der Offizier betrachtete Mohamed vom Kopf bis zum Fuß: ein kräftiger Bursche, dunkles Gesicht mit niedriger Stirne und geschäftigen Augen, in streng militärischer Haltung und doch erfüllt vom fonderbaren Fatalismus seiner Rasse.

„Nimm zwei Mann, Mohamed, fasse Munition und Lebensmittel! Morgen um 3 Uhr früh Aufbruch. Gefangenentransport nach Tschabu, Übergabe des Deserteurs an das Divisionsgericht, dann Einrückung. Nach guter Durchführung Urlaub! Verstanden?“

„Mohamed hat verstanden!“

„Halt, noch eins! Wenn der Gefangene flüchten sollte, von der Schutzwaffe Gebrauch machen!“

„Er laufen davon, Mohamed ihm schießen! Rissel!“

„Gut“, sagte der Kapitän.

Tags darauf, vor Sonnenaufgang, traten drei Scharfschützen mit einem Gefangenen den Marsch durch die Wüste an. Sie traten durch die trostlose Ebene. Später stieg die Sonne auf und brannte sengend durch Tropenhelm und Kleidung und machte jeden Schritt zur Qual. Der Sand strahlte die Sonnenhitze wieder aus und sein strahlender Glanz blendete. Sie tranken im Marschieren und doch ging es nur langsam vorwärts. Abend wurde es und sie befestigten ihr Zelt in der Nähe einer Zisterne und banden dem Gefangenen die Hände fest. Abwechslend hielten sie Wache, das Gewehr zwischen den Beinen.

Am nächsten Tag war es noch heißer. Die Scharfschützen begannen zu fluchen. Ihre Wut über den Gefangenen, der diese Qual verurteilt hatte, äußerte sich in dicken Worten und giftigen Blicken. Dann rösteten sie sich wieder auf und schritten in ihren blauen Samalchen raslos vorwärts.

Mohamed selbst empfand die Aufgabe von Stunde zu Stunde drückender. Er ließ keine Klage hören und bewahrte einen würdevollen Stolz im Bewußtsein seiner wichtigen Mission. Und um in der Ausführung derselben keine Verzögerung zu erleiden, wiederholte er sie im Geheiß seinem Gedächtnis. Wenn er in Tschabu ankam, wird er den Gefangenen dem Platzkommando übergeben und erhält eine Bestätigung darüber, dann wird er Lebensmittel für die Rückkehr fassen. Als das formte sich der Reihensolge nach bildergleich in seinen Gedanken. Er sah die Stadt Tschabu vor sich, das Leben und Treiben der Garnison, die Strohen, er empfand das Wohlgefühl eines Kasertages, einer wohlbesetzten Kaserne in einer kleinen Schenke, mit einigen Dirnen dazu.

Wider das was noch so weilt! Mit einem Seufzer gab Mohamed auf, daran zu denken, und wiederholte sich die Befehle des Offiziers. Seine letzten Worte kamen ihm immer wieder ins Gedächtnis: Wenn der Gefangene flüchten will, schließt du ihn lieber erschießen.

Nach und nach, in der großen Erwartung am Kasierplatz, erschien dieses letzte Bild öfters vor Mohameds Blicken. Er sah den Gefangenen, der zu flüchten versuchte, von einigen Flintenkugeln getroffen, mit drei Kugeln durch den Rücken, zu Boden fallen. Und diese Vision verursachte ihm Nachdenken. Er verbarste in seinem Schweigen, aber hier und da belebte ein unmotiviertes Lachen seine Lippen. Der Fluchtversuch und die Flintenschüsse, das wäre das Ende seiner

Aufgabe. Der Teufel hole Tschabu. Sie könnten dann umkehren. Als sie an diesem Tage das Ziel des Fußmarsches erreicht hatten, wechselte Mohamed einige Worte mit seinen Leuten, deren Gesicht sich erhellte und sich die Hände des Gefangenen nicht binden und knöpfte sein Beinkleid nicht auf, die Scharfschützen beschäftigten sich sodann mit der Bereitung der Mahlzeit, ohne daß einer von ihnen, das Gewehr zwischen den Beinen, den Deserteur bewachte hätte. Sie lachten sogar, als zusehnten sie sich von ihm.

Der Gefangene zeigte sich anfangs wenig verwundert. Er wußte, daß die Disziplin in Entfernung von den Städten und von den Offizieren immer nachlasse. Trotzdem begann ihn nachmittags das Benehmen seiner Bewacher zu verblüffen. Er sah, wie sie ihn heimlich beobachteten, unter heftigen Gebärden sprachen, wobei sie ihre Freude mit Wut zu unterdrücken suchten. Es schien ihm, als sei es zweifellos ihr Plan, ihn zur Flucht zu verleiten, und wie er sie mit ihren machsamen lauernden Augen und mit ihren gezwungen achtlosen Mienen sah, das Gewehr stets handbereit, da ließ ihm ein Schauer über den Rücken. Und so oft sie sich nur von ihm fern rückten, näherte sich der Gefangene ihnen von selbst.

Am nächsten Tage, nach dem Erwachen, trat Mohamed an den Deserteur heran. „Du sagst! Du fortlaufen können, wenn du willst!“

Er zeigte mit gutmütigem Lachen nach dem Horizont. Schweigend sah der Gefangene ihm in die Augen, dann schüttelte er den Kopf. Auf dem niederen Schädel des Scharfschützen erschien eine böse Falte. Ohne weiter in den Mann zu dringen, lehnte er sich seiner Mannschaft zu und ließ sie mit lauter Kehlkopfstimme zum Marsch antreten.

Sie nahmen ihren Marsch durch die Wüste wieder auf. Sie gingen unwillig, mit schlaffen Beinen, mit den schlüfrigen Schritten von Menschen, die vor einem endlosen Wege an die Rückkehr denken, die fürchten, ihre Kräfte nicht genügend zu schonen. Mohamed selbst aber murmelte laut. Die Hartnäckigkeit des Gefangenen, nicht zu flüchten, brachte ihn ganz außer sich. Nach dem Traum, den er in einem Moment gehabt hatte, war ihm die Aussicht auf die unermesslichen Fußmärsche immer grauamer erschienen. Und der Traum kam immer wieder vor sein Bewußtsein, mit unwiderstehlicher lockender Gewalt, erfüllte seinen Schädel ganz und quälte ihn mit taubender Hartnäckigkeit. Sein Gefangener muß die Flucht ergreifen!

Plötzlich blieb Mohamed stehen und rief den Deserteur an: „Du hörst, Du fortgehen! wir umkehren! Bales!“

„Bales! Bales!“ wiederholten die Scharfschützen.

Der Gefangene zuckte die Achseln. Eine Flamme lodte in den gelben Augensternen Mohameds auf. Er kreuzte die Arme und hob das Kinn drohend in die Höhe: „Nun, was ist! Du nicht fortgehen?“

Aus der weiten Einsamkeit der märchenhaften Wüste unter der schweren Sonne, die den Sand versengte, stieg eine wilde Sturmpartie. Mit einem Sprung entsetzte sich Mohamed vom Gefangenen und legte das Gewehr an. Drei Schüsse fielen. Der Mann lag auf dem Boden. Mit Freudenschrei schlangen die Scharfschützen ihre Waffen. Mit ihren Messern trennten sie den Kopf des Toten vom Rumpfe, sie steckten den Kopf in einen ihrer Tornisterfächer. Dann schüttelte Mohamed mit gebieterischer Gebärde den Kopf und, indem er mit der Hand schloß die Luft durchschnitt, beruhigte er sein Gewissen mit einigen Worten: „Er sich wollen retten, ich ihn niederschließen! Rissel!“

Und mit denselben Gebärden, begleitet von einem kindischen Gelächter, wiederholten die beiden anderen Scharfschützen, indes sie aufdrachen: „Rissel!“

Die Salzgärten von Iviza

Mahatma Gandhi, der Führer im „Salzkrieg“ Indiens gegen England, hat bekanntlich durch seinen „Marsch an die Meerestüfte“ gegen das entliche Solomopol demonstriert. War dies zunächst mehr als symbolische Handlung aufzufassen, so hat die Sache doch einen sehr realen Hintergrund, wenn die Gewinnung von Salz aus Meerwasser auf die praktische Art und Weise ausgeübt wird, wie sie auf der kleinen Mittelmeerinsel Iviza schon seit undenklichen Zeiten — man sagt, seit der Herrschaft der Phönizier — gang und gäbe ist. Konservativ in jeder Beziehung, mit größter Fähigkeit am Alten hängend, jeder Neuerung streng abhold, wie es die Bewohner von Iviza sind, haben sie auch die Einrichtung ihrer Salzgärten, ihrer „Salinas“, unverändert vom Vater auf den Sohn vererbt, und die Ausfuhr des gewonnenen Salzes bildet für die arme kleine Insel immerhin einen beachtenswerten Zuschuß.

Die Insel gehört zu den Balearen, samt der benachbarten, noch kleineren Insel Formentera, wo die Gewinnung des Meeressalzes ebenfalls Sitte ist. Früher nannte man diese beiden Inseln die Phönizier. Die beiden anderen balearischen Inseln sind Mallorca und Menorca, und nun ist es eine merkwürdige Tatsache, daß hier nichts von einer derartigen Salzgewinnung zu sehen und zu hören ist. Die Bewohner dieser Inseln sind überhaupt ein ganz anderer Menschenschlag. Auf Mallorca und zum größten Teil auch auf Menorca sind sie friedliche, gastfrei, ehrliche, liebenswürdige Menschen und Verbredchen sind bei ihnen so gut wie unbekannt. Der Ivizaner dagegen ist höhnisch, eifersüchtig im höchsten Grade, stets zu Händeln bereit; er trägt immer das scharfe Messer in der blauen oder roten „Boja“, die die Stelle der Weste unter der kurzen, faltigen Jacke vertritt, sehr oft aber auch die Pistole, und bei den meisten nächstlicherweile ausgetragenen Eifersüchtdramen spielt beides eine große Rolle. Die Polizei ist fast machtlos dagegen, weil alle Bewohner fest zusammenhalten. Bei Hausdurchsuchungen oder unermuteten Durchsuchungen nach Waffen bei Festlichkeiten verbergen die Frauen die unter ihren unendlich weiten, massenden Röcken, von denen sie acht oder mehr übereinander zu ziehen pflegen. Das Kriegerische, Berserkere, Berstete und Berstete im Wesen der „Ivencos“ ist wohl ein Erbe ihrer Vorfahren, Lächer Seeräuber und Schmuggler, die lange Zeit die Insel ihren Zwecken dienstbar machten. Sie bargen auf ihr die geraubten Schätze, wie auch in den tiefen Felslöchern des vorgelagerten Inselchens Aebra, wo sie noch jetzt zum Teil fliehen sollen, in unzugänglicher Höhe. Dieser Felsen ist von wilden Fliegen bewohnt und würde Wienen haufen dort in Unmengen. Den kleinen Meeressarm zwischen der Insel und dem hohen, spizen Felsen überfliegen sie leicht und holen ihren Honig in solcher Menge, daß dieser über das Gestein bis nach dem Wasser hinunter sicker!

Hier nun, auf dieser kleinen, weisernen, in Kultur und Gemüthsheiten noch recht primitiven Insel werden die Salze auf kleine, weiße Berge an der Küste geleitet, die sich malerisch in dem ruhigen Wasser der Salinas spiegeln. Die Salzplanen gleichen fast stillen Sandseen, sie bedecken etwa 10 Kilometer. Durch die 13 großen „Estancos“, flache Bassins, laufen Seewasserkanäle, durch welche immer neues Meerwasser dem Prozesse des Verdunstens zugeführt wird. Dieser läßt, besonders in der heißen Jahreszeit, nicht lange auf sich warten. Alle Ränder der Estancos und der Wälle sind mit glitzernden Salzkrusten überzogen. Die Arbeit in diesen Salzgärten ist, so ergiebig sie besonders im Sommer ist, sehr schwer und ungesund.

Denn in der Hitze und Feuchtigkeit entstehen Krankheiten, und die Mistkloppel ist eine ungeheure. Die Männer, die hier das Salz in Haufen aufschichten und stets in dem schorfen Salzwasser arbeiten, sind selbst wie vom Salz gepöfelt und gebleicht.

Zu den weißschimmernden Salzsteinen, die auf einer Art feineren Plattform aufgeschichtet sind, läuft ein kleiner Zug mit Rippwagen. Sind sie gefüllt, kommen sie zur Verladestation. Ein lauter hölzerner Steg ist ins Meer hinausgebaut, und hier kippen die Wagen ihre salzige Last in eine hölzerne Rinne, in der sie in ein großes Boot gleitet. Weiter draußen auf See wartet dann schon ein nordweiches oder amerikanisches Schiff auf die weiße Ladung. Das Salz am Kai macht den Eindruck großer Schneefelder, und man staunt ob der Menge desselben. In großen Haufen wird es aufgeschichtet, aber gereinigt wird es an Ort und Stelle nicht. Wenn die Abendröte diese „Gleiser en miniature“ rötlich anstrahlt und sie sich im Wasser spiegeln, während die Schattentische der dunklen Dämme sich scharf gegen den Himmel abheben, gewahren die „Salzgärten“ einen ungemein reizvollen Anblick.

E. Seeger.

Drei Anekdoten vom Ruhm

André Maurois erzählt:
Hochzeit. Ich bin Trauzeuge. Der Raite schwingt eine pathetische Rede auf die Braut, den Bräutigam, die Brauteltern und dann: „Und hier der Trauzeuge André Maurois, unser berühmter Dichter, der Verfasser von „Wandlungen der Liebe“, „Das Schweigen des Obersten Bramble“, „Die Gespräche des Dr. Gradus“... und nun folgt die Aufzählung meiner sämtlichen Werke bis zu „Lord Byron“. Rätselhaft, mit einer Verächtlichkeit, die mich in Erstaunen setzte. Ich muß gestehen, daß dieses Mannes unvollständige Kenntnis meiner Schriften nicht ohne Eindruck auf meine Eitelkeit blieb. Am Ende der Zeremonie ergriß ich die erste Gelegenheit, meiner Bewunderung Ausdruck zu geben, indem ich zu ihm sagte: „Ich wüßte gar nicht, daß die Malteser von Frankreich soviel lesen!“ Er: „Lesen? — BERN! Was meinen Sie, was das für Mühe war, die Liste mit all den Titeln auswendig zu lernen!“

Mailand. Bibliotheca Ambrosiana. Der Bibliothekar, Nachfolger des jetzigen Papstes, führt mich. Seine Begeisterung über den Besuch des berühmten Cafés, wie er sich ausdrückt, ist groß. Immer wieder betont er, wie sehr die Begegnung mit dem Dichter, den er über alles verehrt, dessen Werte so tiefen Eindruck auf ihn machten — ihn beglückt. Ich war wirklich gerührt über diese ungeheure Popularität. Beim Abschied sagte er beschiden, er habe auch ein Buch geschrieben, das er mit gern mit einer Widmung verehren möchte. Nun legt er sich hin und beginnt zu schreiben: „All' illustrissimo...“ und dann mit einer kleinen, nur wenig verlegenen Wendung zu mir: „Wie war doch bitte Ihr Name?“

Die dritte Geschichte ist dem deutschen Maurois, Emil Ludwig, passiert: Er kommt spät nachts in Rom fort in sein Hotel und geht zum Aufzug. Der Liftboy, tief verunken, liegt in einem Buch. „Was liest du denn da?“ fragt Ludwig. „Napoleon, Sir,“ sagt der Junge und reißt begeistert das Buch, das Ludwig als „seines“ erkennt. Ludwig, mit schrecklich verborgenerm Stolz: „Nun, wie gefällt dir das Buch?“ „Herrlich, Sir! Wundervoll! Und wissen Sie warum? Ich finde nämlich, dieser Napoleon hat soviel Ähnlichkeit mit mir.“
Blanche Dergan.

Goya-Marken. In Ehren des großen spanischen Malers Francisco Goya wird im Zusammenhang mit der „Goya-Woche“ auf der Ausstellung von Sevilla eine besondere Serie von Briefmarken ausgegeben. Auf den Marken von 1 Centesimo bis 1 Pseta wird das Bildnis des Malers zu sehen sein, während die höheren Werte mit dem Bildnis der „Rosa“ geschmückt sind.

Ein Land, wo niemand lügt und stiehlt

Ein Land, in dem man keine Lüge und kein Verbrechen kennt, muß wohl schon ziemlich weit ab liegen und jedenfalls von der „modernen Kultur“ noch nicht befeht sein. Tatsächlich sind diese einzigartigen Gebilde auch noch kaum je von einem Europäer besucht worden; sie liegen tief im Süden von Bantam, auf der Insel Java, mitten in dichten Urwäldern, auf den Höhen des wild zerstückelten Rendeng-Berges. Dort haust seit Jahrhunderten in strengster Abgeschlossenheit der kleine Volksstamm der Baduj, der in dieser fast unzugänglichen Wildnis die heiligen Ueberlieferungen seiner Vorfahren ungestört bewahren konnte. Wie B. A. Tenard in der bei S. Bernhäuser erscheinenden Zeitschrift „Der Erdball“ mitteilt, ist es bisher nur einem einzigen Europäer geglückt, soweit in das Gebiet vorzudringen, daß er wirklich ein Bild von dem Volksleben gewinnen konnte. Das war Dr. Jacobs, der vor etwa vierzig Jahren sich eine kurze Zeit in dem „Innengebiet“ der Baduj aufhalten durfte. Dieser Stamm hat sich nämlich mit einem Wall von Außenbürgern umgeben, der ihnen als „chinesische Mauer“ dient und alles Fremde streng fernhält. Ihre Gemeinschaft besteht aus „Innenbewohnern“ und „Außenbewohnern“. Die „Innenbewohner“ haben die drei Hauptdörfer inne, die auf der „heiligen Erde“ liegen; die Außenbewohner bevölkern die sieben Außenbürgen, die unter der Oberherrschaft der Innendörfer stehen und gleichsam einen Kreis von Wächtern für das innere Heiligtum bilden. Die Außenbewohner haben noch einige, wenn auch sehr geringe Berührungspunkte mit der übrigen Welt; sie tauschen bisweilen ihre Feldfrüchte in den benachbarten mohammedanischen Dörfern gegen Salz und andere ihnen fehlende Dinge um. Aus den Innendörfern aber darf kein Inzasse heraus, und niemals ist bisher einem Fremden — mit der alleinigen Ausnahme des Dr. Jacobs — gestattet worden, den heiligen Boden zu betreten.

Die Baduj halten nur das für gut und erlaubt, was bereits von den Vorfahren anerkannt wurde. Nichts Neues kann vor ihren Augen Gnade finden; Pferde und Vieh werden nicht zugelassen; der Reisbau wird in der ältesten Form betrieben, von Untertassen wollen sie nichts wissen, und jedes geschriebene Papier gilt als unheilbringend. Gold und Silber wird verabscheut, jeder Schmuck ist verbotlich. Niemand besitzt mehr, als er für seinen Lebensunterhalt braucht, und keiner steht über dem andern, außer den allmächtigen Pu'uns, die direkt von dem höchsten Gati Babara Lunggal abstammen. Noch uralter Ueberlieferung wehen sie ihre Kleider, benutzen sie Heilmittel und pflegen die Sagen und Mythen der Vergangenheit. In diesen stillen, dickeren Dörfern herrscht kein Lärm und keine Freude, kein Tanz und Spiel; eine leise, klagende Musik hört man nur bei den festlichen Feiern, und des Abends versammeln sich Männer, Frauen und Kinder um den alten Vortierzähler, der mit eintrübiger, leiser Stimme die Geschichte der Vorzeit erzählt.

In den Kreis der Innendörfer werden nicht mehr und nicht weniger als 40 Familien zugelassen; sie gelten als die besondern Wächter des geheimnisvollen Volksheiligtums, das in einer Anzahl in diesem Urwald gelegener alter Gräber besteht. Dieser Ort wird zugleich als das Seelenland der Verstorbener betrachtet und darf durch keinen Schritt eines Menschen entweiht werden. Die Pu'uns achten streng darauf, daß rechtzeitig eine Ergänzung oder Entfernung eintritt, damit die Zahl der Bewohner im Innengebiet stets dieselbe bleibt. Ein Weg in den Innendörfern freigegeben und

gibt es ein Paar, das heiraten will, dann muß dieses sofort in den Stand der Ehe treten; ist das nicht der Fall, so wird eine der Familien aus dem Außenbezirk ins Innengebiet gezogen. Gibt es zuviel Familien, indem rasch hintereinander einige Ehen geschlossen werden, dann bestimmen die Oberen der älteren Familien, die nach den Außenbürgen übersiedeln müssen. Der Innenzirkel enthält daher nicht mehr als etwa 150 Menschen, während die Außenbezirke auf ungefähr 1800 Bewohner angewachsen sind.

Im Innen- und Außengebiet aber gelten die gleichen strengen Gesetze: Jede Lüge wird auf das strengste verurteilt, Diebstahl ist bei ihnen ein unbekannter Begriff, und überhaupt kommt keins der vielen Verbrechen, die bei uns herrschen, bei den Baduj vor. Die Ehe ist streng monogam, die jungen Mädchen sind sehr keusch und zurückhaltend, ein Ehebruch gilt als unmöglich. Die wenigen, die diese heiligen Gesetze übertreten, werden sofort aus der Gemeinschaft ausgestoßen und müssen in der Fremde ihr Unterkommen suchen. Durch diese unwillkürliche Verbannung hat sich das Volk auf einer so hohen sittlichen Stufe erhalten und lebt „von fremdem Ratsel frei“, bisher auch noch unbefleht von der Zivilisation, die sich bisher noch nicht um dieses einzigartige „Denkmal der Völkertunde“ gekümmert hat.

Die Dinosaurier von Ostafrika

Deutsche Gelehrte entdeckten 1907 im Tendaguru-Gebiet von Deutsch-Ostafrika ein Lager vorgeschichtlicher Fossilien von einzigartiger Reichhaltigkeit. Es konnten damals nicht alle diese Zeugnisse der Urgelt geborgen werden, und so blieb noch eine reiche Nachlese für eine englische Expedition, die 14 Jahre später unter der Leitung von W. E. Caffer die Lager noch einmal systematisch durchsuchte. Ueber die hierbei gewonnenen Ergebnisse berichtet John Parkinson in einem solchen erschienenen Werk „Der Dinosaurier in Ostafrika“. Daß diese merkwürdigen Reptilien in einer Periode der Erdgeschichte tatsächlich die Welt beherrschten, geht daraus hervor, daß fast in jedem Teil unseres Erdballs Ueberreste von Dinosauriern gefunden worden sind, wenn auch freilich die weitest größten Fundstätten in Afrika und Mittelamerika liegen. Vor 20 Millionen Jahren war Ostafrika ein reich mit Zwergkriechern und Riesengärfarn bewachsenes Land, das außer mit einigen Vögeln und anderen Kleintieren nur mit Dinosauriern bevölkert war. Diese kamen in allen Größen vor, kleiner als Sperlinge und größer als Elefanten, ja so gewaltig, daß der Kopf mancher Tiere vom Boden 10 Meter hoch in die Lüfte ragte. In einer Zeit, die mindestens dreimal so lang war als die der warmblütigen Säugetiere, die nach ihnen kamen, waren diese Reptilien die Herren von Land, Luft und Wasser und — verschwanden dann. Die Gründe für die Ausrottung dieser Tiere, deren große Zahl und Mannigfaltigkeit aus der Fülle der ostafrikanischen Funde so deutlich hervortritt, werden von dem Verfasser eingehend erörtert. Krankheit hat zweifellos eine Rolle gespielt, aber noch gefährlicher war der gesunde Appetit der sich rasch vermehrenden Säugetiere, den diese besonders für Dinosaurierexer an den Tag legten. Klimaveränderungen brachten Veränderungen der Pflanzenwelt, denen sich der Dinosaurier nicht anpassen konnte. Vor allem aber war die Vernichtung dieser Reptilien ein Sieg des Gehirns über die bloße Masse von Fleisch und Knochen. Selbst die riesigsten Dinosaurier verfügten nur über Zwerggehirne.

Der Angriff der Reichsbahn.

Kann neuer Lohnabbau sie retten?

In seinem Schreiben an die Reichsregierung, hat der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Reichsbahngesellschaft und des Siemenskonzerns den Abbau der Löhne und Gehälter der Eisenbahner verlangt. Steht es mit der Reichsbahn wirklich so schlimm?

Verminderten Einnahmen stehen auch verminderte Ausgaben, vor allem im Personaletat gegenüber. Die Angaben des Präsidenten des Verwaltungsrates über die Personalkosten, berücksichtigen offenbar die Ersparnisse nicht, die die Reichsbahngesellschaft seit Beginn des Jahres, als sich die Einnahmeverminderung besonders bemerkbar machte, auf dem Personalgebiet gemacht hat. Es sind in dieser Zeit, in Anspannung des Personalkörpers an den verminderten Verkehr, mindestens 20 000 Arbeiter zur Entlassung gekommen oder an Stelle sonst neu einzustellender Zeitarbeiter beschäftigt. Außerdem wurden durch Einlegung von Feierschichten Einsparungen gemacht. Die Reichsbahn hat also infolge von zum Teil sogar rigoros durchgeführten Maßnahmen, die Personalausgaben an die Verkehrs-lage anzupassen versucht.

Eine weitere Ersparnis gegenüber dem Vorjahr, liegt im Wegfall der Ausgleichsrücklage in Höhe von rund 90 Millionen. Außerdem besitzt die Reichsbahn nicht unerhebliche Reserven, von denen der Vortrag aus dem Vorjahr 170 Millionen und die gesetzliche Ausgleichsrücklage 500 Millionen beträgt. Zu beachten ist ferner, daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft aus der Young-Anleihe 240 Millionen erhält, und daß die bereits eingetretenen Tarifierhöhungen sich auswirken werden. Die Notlage der Reichsbahn ist also keineswegs so akut, daß damit eine Gehalts- und Lohnkürzung begründet werden könnte.

Trotzdem ist jeder Versuch zur Stärkung der Finanzlage der Reichsbahn-Gesellschaft nur allzu begreiflich. Die Gesellschaft leidet stark unter der Wirtschaftskrise. Neben dem beträchtlichen Einnahmehausfall gegenüber dem Vorjahr steht die unteuere Tatsache, daß die Eisenbahn

nicht mehr die alte Monopolstellung

für den Verkehr hat, sondern durch die Konkurrenz der Wasserstraßen und vor allem der Lastkraftwagen empfindliche Verluste erleidet. Auch das Reichsbahnpersonal und die Eisenbahngewerkschaften haben Verständnis dafür, daß eine solche Situation besondere Maßnahmen erforderlich macht. Es fragt sich nur, ob der vom Präsidenten des Verwaltungsrates vorgeschlagene Weg des Gehalts- und Lohnabbaus der richtige und wirtschaftlich zweckmäßige ist.

Herr von Siemens hat, um nach außen starken Eindruck zu machen, in seinem Schreiben an den Reichskanzler mit besonderem Nach-

druck hervorgehoben, daß die Gesamtausgaben der Gesellschaft für das Personal seit ihrer Gründung am 30. August 1924 um 700 Millionen oder 31 Proz. gestiegen ist, obgleich die Kopfzahl in der gleichen Zeit um 62 000 verringert worden sei. Mit diesen Zahlen kann die Öffentlichkeit, der die Grundlage der Berechnung nicht bekannt ist, nicht viel anfangen. Die von Herrn von Siemens genannten Steigerungszahlen der Personalkosten, bauen auf dem Tatbestand des Jahres 1924 auf. Die Löhne im Eisenbahnbetrieb lagen aber damals nach der überwundenen Inflation weit unter den Goldlöhnen, die für den Durchschnitt aller übrigen Arbeiter festgelegt worden sind. Damals waren Arbeiterlöhne von 41 Pfennig für ungelernete bis 53 bis 54 Pfennig für gelernte im Durchschnitt pro Stunde festgelegt. Diese Löhne waren so erschreckend niedrig, daß nicht nur die Reichsregierung und die Reichsbahn-Gesellschaft selbst ihre Steigerungsbedürftigkeit anerkannten, sondern auch die mit der Untersuchung der Reichsbahnverhältnisse betrauten Sachverständigen im Dawesplan auf die

Unhaltbarkeit dieser zu niedrigen Lohnsätze

hinwies. Auch die von Herrn von Siemens in seinem Schreiben genannten Prozentsätze gegenüber den Arbeiterlöhnen der Vorkriegszeit ergeben keine klare Vorstellung über die tatsächlichen Verhältnisse. Wenn die Steigerung der Arbeiterlöhne der Reichsbahn in Prozenten hoch ausfällt, dann ist das ähnlich wie bei dem Vergleich mit 1924 darauf zurückzuführen, daß in der Vorkriegszeit den Eisenbahnern abnorm niedrige Löhne gezahlt wurden. Das Durchschnittseinkommen eines Eisenbahnarbeiters im Jahre 1913 betrug 42 Pfennig pro Stunde gegenüber einem Durchschnitt in der übrigen Arbeiterschaft von 56 Pfennig. Dieser niedrige Durchschnittslohn des Eisenbahnarbeiters der Vorkriegszeit erklärt sich daraus, daß damals ein sehr großer Prozentsatz der Eisenbahnarbeiter seine Tätigkeit nur als Uebergangsstadium zur Tätigkeit und Bezahlung eines Eisenbahnbeamten anloß. Die Möglichkeit, in das Beamtenverhältnis zu kommen, ist bei der Reichsbahngesellschaft jedoch seit ihrem Bestehen auf ein Minimum eingeschränkt worden und für die Zukunft so gut wie gar nicht mehr vorhanden. Auch

die Sicherheit eines ständigen Arbeitsverhältnisses, besteht nicht mehr.

Damit ist aber auch jeder einermöglichen stichhaltige Grund für die schlechtere Bezahlung der Eisenbahner weggefallen. Der Vergleich mit 1913, in einfachen Prozentzahlen ausgedrückt, besagt für die wirtschaftliche Lage der Eisenbahnarbeiter von heute gar

nichts. Tatsache aber ist, daß die Einkommen der Eisenbahnarbeiter zu einem wesentlichen Teil unter dem Einkommen durchaus vergleichbarer Privatarbeiter liegen.

Bei den Beamtengehältern wird vom Präsidenten des Verwaltungsrates ebenfalls nur auf die ziffernmäßige Erhöhung hingewiesen. Auch hier kann bei objektiver Betrachtung nicht übersehen werden, daß die Gehälter der Reichsbahnbeamten, soweit die große Masse in Frage kommt, unter den Gehältern der Reichsbeamten liegen.

Demgegenüber steht die sehr beachtenswerte Tatsache, daß die Eisenbahner ihre Leistungen derart gesteigert haben, daß heute mit einem um 62 000 Köpfe gekürzten Personalkörper eine Verkehrsleistung bewältigt wird, die um 61 Proz. höher liegt als die von 1924.

Das schwerindustrielle Sprachrohr.

Ueber die „Notgemeinschaftsverhandlungen.“

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ kommentiert die Mitteilung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, „man sei bei Fortsetzung der Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu dem Ergebnis gekommen, daß es zweckmäßig erscheine, an anderer Stelle die Fragen der Wirtschaftskrise weiter zu besprechen,“ dahin, daß sie naturgemäß nichts anderes als das Eingeständnis des Scheiterns eines Versuches bedeute, gemeinsam einen direkten Weg zur Ueberwindung der Krise zu finden. Dieses Eingeständnis komme keineswegs überraschend. Die lange Dauer der Besprechungen an sich habe skeptisch stimmen müssen.

Der Standpunkt der Gewerkschaften wird dann auf Grund der Erklärung der Vertreter des ADGB bei den Verhandlungen im „Vorwärts“ am Dienstag dargelegt und bemerkt:

„Ueber diesen Standpunkt läßt sich ja nun allerdings streiten. Schließlich ist es nicht purer Uebermut, der Reichsarbeitsminister, Reichsbahn und Arbeitgeber zu den von den Gewerkschaften kritisierten Maßnahmen veranlaßt hat. Die Gewerkschaften halten die psychologischen Voraussetzungen für gemeinsames Handeln, wie man sieht, nur deshalb nicht für gegeben, weil die bisher ergriffenen Maßnahmen nicht nach ihrem Geschmack sind.“ (Sehr richtig! Red. d. „B.“)

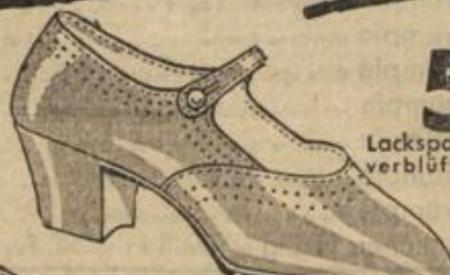
„Es sind offensichtlich wieder rein politische Erwägungen, die die Stellungnahme der Gewerkschaften beeinflussen. Vielleicht aber wird die harte Wirklichkeit die Gewerkschaften — die erklärten, daß die psychologischen Voraussetzungen für eine gemeinsame Aktion nicht mehr gegeben sind (d. Red.) —

über kurz oder lang zwingen, die psychologischen Erwägungen als gegeben zu erachten.

Das mag auch die Ansicht der Unternehmervertreter bei den Verhandlungen am Dienstag gewesen sein, als man vorschlug, an anderer Stelle die angeschnittenen Fragen weiter zu besprechen.“

Der Berliner Korrespondent des Scharfmacherblattes meinte einleitend, es sei falsch, nach einem Schuldigen zu suchen oder gar Einzel-

Ausnahme-Tage



5⁸⁵
Lackspangenschuh
verblüffend billig



6⁸⁵
Spangenschuh
in braun, gefällig gearbeitet



7⁸⁵
Feinfarbige
Spangenschuhe u. Pumps



8⁸⁵
Tiefgeschnittener Pump
mit echt Schlange
Trotteur-Spangenschuh,
pergament mit weiß



9⁸⁵
Braun Boxkalf
der letzte Laufschiel

Fassen Sie zu!

Nur 14 Tage

v. 27. 6. - 12. 7.

gilt dieses Sonder-Angebot



7⁴⁵
Herren-Halbschuh,
gute Verarbeitung,
moderne Passform
in braun **8⁴⁵**



11⁴⁵
Boxkalf-Herren-Halbschuh
rotbraun, moderne breite Form

Extra billig!	Reiseschuhe
Farbige Leinen-Spangenschuhe, haltbare Verarbeitung mit Ledersohlen 2⁸⁵	farbig Leder Niedertreter, Herren . . . 2,95 Damen 2⁴⁵



Tack
& CIE A-G. BURG B. M.

Auch Liwera-Strümpfe und Socken billiger

Herren-Socken gute haltbare Ausführung, neue Muster von **85^{Pf.}** an

Washseid. Damenstrumpf aus Celta- oder Bemberg- **1⁹⁵** Kunstseide

130 eigene Verkaufsstellen, davon 22 in Groß-Berlin und Potsdam

personen die Verantwortung für das Scheitern des Versuches zu schieben zu wollen. „Es liegt eben an der Verschiedenartigkeit der Mentalität beider Parteien, wenn eine Brücke nicht geschlagen werden konnte, gleichgültig, ob nun diese oder jene Gruppe zu größerem Entgegenkommen bereit gewesen wäre.“

Die schöne Geste, nicht nach einem Schuldigen zu suchen, ist nach den unumkehrbaren Tatsachen, die die Vertreter des ADB in ihrer Erklärung im „Vorwärts“ aufgezählt haben, begreiflich. Es lag nicht an der ja von vornherein gegebenen Mentalität der Parteien, sondern just an der mangelnden Bereitwilligkeit der Unternehmer zu größerem Entgegenkommen, wenn die Verhandlungen gescheitert sind.

War die Verbindlichkeit des Lohnabbau-Schiedspruchs, waren die Lohnabbau-Anträge der Deutschen Volkspartei, das Schreiben des Herrn von Siemens und die Kündigungen bei Krupp als Druckmittel gegen die Gewerkschaften gedacht, dann ist es nicht deren Schuld, wenn sie auf die Verhandlungen als Sprengpulver wirkten.

„Die harte Wirklichkeit“ der Arbeitslosigkeit wird auch in Verbindung mit weiteren Maßnahmen des Unternehmertums die Gewerkschaften nicht zu irgendwelchen Schritten zwingen können, die sie vor der deutschen Arbeiterschaft nicht mit gutem Gewissen verantworten könnten.

Lohnabzüge bis zu 20 Prozent.

Die Nordwestlichen rüsten zur Schiedsprucherte.

Bochum, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Die Lage in der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie, Gruppe Nordwest, ist nach wie vor sehr gespannt. Die einzelnen Werksleitungen haben in den letzten Tagen versucht, mit den Betriebsvertretungen in Verhandlungen über das Ausmaß des Abbaues der Löhneverdienste in den einzelnen Abteilungen einzutreten. Nach Mitteilungen, die dem Deutschen Metallarbeiterverband zugegangen sind, lehnen die Betriebsvertretungen jedoch jede Verdienstfälligung ab.

Einige Betriebe haben daraufhin von sich aus Anordnungen über das Ausmaß der Verdienstfälligung durch Anschlag oder Mitteilung an die Betriebsvertretungen bekannt gegeben. U. a. werden Abzüge bis zu 20 Prozent angekündigt.

Die Fortsetzung . . .

Bochum, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Die zu den Rheinischen Stahlwerken gehörende Zeche „Ahrenberg Fortsetzung“ hat 750 Arbeitern und Angestellten gekündigt. Die Kündigung tritt vom 16. Juli an in Kraft.

Berwirrungsmanöver.

Die Bolschewiki als Helfer der Schwerindustriellen.

In den Kampf der Metallarbeiter mit der Nordwestgruppe möchte die kommunistische Presse Berwirrung tragen. Sie behauptet, der Zentralverband der Maschinen- und Heizer sowie Berufsangehörigen Deutschlands habe mit dem Arbeitgeberverband der Nordwestgruppe Verhandlungen über die Durchführung des rechtsverbindlich erklärten Schiedspruchs geführt.

Die Behauptung ist unrichtig, wie uns vom Verband der Maschinen- und Heizer mitgeteilt wird. Wichtig ist, daß Funktionäre

des Zentralverbandes mit dem Arbeitgeberverband Verhandlungen gepflogen haben, um die unklare Rechtslage der Mitglieder des Zentralverbandes, wie sie aus dem früheren Tarifvertrag entstanden und durch den jetzt abgeschlossenen rechtsverbindlichen Vertrag noch behoben ist, zu beseitigen. Am 6. Juni ist der Schiedspruch für die Nordwestgruppe für rechtsverbindlich erklärt worden. Am 11. Juni hat der Zentralverband der Maschinen- und Heizer mit dem Arbeitgeberverband eine Vereinbarung getroffen, wonach den Mitgliedern des Zentralverbandes dieselben Rechte aus dem Tarifvertrag zustehen wie den übrigen Arbeitern. Das mußte geschehen, weil die übrigen Metallarbeiterverbände vor dem Reichsarbeitsministerium erklärten, sie hätten keine Vollmacht für die anderen Verbände.

Unnötig ist ferner, daß der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sich gegen die Teilnahme der übrigen Gewerkschaften am Tarifvertrag für Nordwest ausgesprochen haben soll. Wahr ist vielmehr, daß durch Beschluß des ADB. ausgesprochen wurde, daß der Zentralverband der Maschinen- und Heizer am Tarif beteiligt werden soll.

Die zweite Lesung.

Ueber den Entwurf zur Arbeitszeit der Bergleute.

Genf, 26. Juni.

Die Arbeitskonferenz hat soeben nach einer langen Debatte mit 79 gegen 33 Stimmen beschlossen, die beginnende Beratung über den ausgearbeiteten Konventionentwurf zur internationalen Regelung der Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken als zweite endgültige Lesung zu betrachten. Der Antrag der Arbeitgebergruppe, die Beratung nur als erste Lesung anzunehmen, wurde von den polnischen und italienischen Regierungsvertretern unterstützt, wohingegen die französischen, englischen, spanischen und holländischen Regierungsvertreter für den Antrag des Büros eintraten.

Nach der Abstimmung legte der Vertreter der Arbeitgebergruppe, Dersted, Verwahrung dagegen ein, daß dieser Konferenzbeschluss jemals als Präzedenzfall für künftige Abweichungen vom Konferenzreglement betrachtet werden könne. Dabei sprach Dersted auch sein Befremden darüber aus, daß zahlreiche Regierungsvertreter, welche an der zu beratenden Stimme gar kein Interesse haben, für die Abweichung vom Reglement gestimmt hatten, was den Generalsekretär der Konferenz, Direktor Albert Thomas, zur Erwiderung veranlaßte, daß sämtliche Delegationen in allen Konferenzberatungen und Abstimmungen das gleiche Recht haben.

Berliner Rohrleger ohne Tarif.

Sie halten an den alten Bedingungen fest.

Für das Berliner Rohrlegergewerbe war bekanntlich am 27. Mai ein ähnlicher Schiedspruch gefällt worden wie für die Bauklempner. Danach sollte das Lohnabkommen unverändert um ein Jahr verlängert und der Manteltarifvertrag mit einigen Verschlechterungen „verzerrt“ werden. Das Ungeheuerlichste an dem Schiedspruch war, daß er mit einem Federstrich die sozialen Bestimmungen des § 616 BGB. für das ganze Rohrlegergewerbe außer Kraft setzen wollte. Es war mir zu begreiflich, daß die Unternehmer den Schiedspruch, der von den Rohrlegern einstimmig abgelehnt worden war, annahm und seine Verbindlichkeitserklärung beantragten. Der Schlichter Wiffel

hat diesen Abbauschiedspruch des Gewerbetrats Körner nicht für verbindlich erklärt, und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, daß er einen Schiedspruch die Verbindlichkeit vertragen müsse, der allgemein geltendes Recht, wie es im § 616 BGB. verankert ist, einfach außer Kraft legt.

Eine gut besuchte Branchenversammlung der im Metallarbeiterverband organisierten Rohrleger und Helfer nahm Donnerstag abend im Gewerkschaftshaus zu dieser Situation Stellung. Die Versammlung war einmütig der Auffassung, daß auch während der jetzt eingetretenen kariflosen Zeit die bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen aufrechterhalten werden müssen und jeder Versuch der Unternehmer, an den alten Tarifbedingungen zu rütteln, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln abgewehrt werden muß.

Die gleiche einmütige Ablehnung zeigten die Versammelten aber auch gegenüber den Arbeitsverordnungen der „revolutionären“ Vereinigung der Rohrleger zur Herstellung einer Einheitsfront, womit kein anderer Zweck verfolgt werde, als die im Metallarbeiterverband organisierten Rohrleger vor den Karren der verfahrenen Tarifpolitik der kommunistischen Rohrlegervereinigung zu spannen.

Abbau auch in Ostoberschlesien.

Die Verwaltung der Vereinigten Königs- und Laurahütte, der Bismarckhütte sowie der Kattowitzer AG., also des bedeutendsten Teils der ostoberschlesischen Schwerindustrie, kündigt am 1. Juli dem sechsten Teil ihrer Angestellten. Unsa 7 Proz. der Kündigungen entfallen auf die technischen Angestellten.

Im Laufe des Juli sollen 2700 Arbeiter dieser Werke etappenweise abgebaut werden. Als Kündigungsgrund wird die Wirtschaftskrise angegeben — auf die sich alle berufen, die sie vergrößern helfen.

Die Mitglieder des Verbandes der Fabrikarbeiter mögen wir darauf aufmerksam, daß anlässlich des 40jährigen Bestehens des Verbandes, am Sonnabend, dem 28. Juni, eine Feier in Hannover ist, die durch Rundfunk und zwar durch die Rorag sowie die Deutsche Welle für die Zeit von 19 bis 19.55 Uhr übertragen wird. 1. „Prometheus“, sinfonische Dichtung für großes Orchester von Franz Liszt. 2. Festansprache, Verbandsvorsitzender August Brey. 3. Chor der Mäusen aus „Prometheus“ für gemischten Chor und Orchester von Franz Liszt.

Die Ortsverwaltung, H. Küder.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Der Bezirksrat spielt freitags auf der Spielwiese am „Faulen See“, Deute, Freitag, 19.15 Uhr, in den folgenden Gruppen: **Rothschiß**: Jugendheim, Schule Sonnenburger Str. 20. Vortrag: „Sozialversicherungen im Ausland“. — **Bermainplatz**: Gruppenheim Sanderstr. 11. Café Dobrotliwaja. Belterer Abend. Hofmann liest aus: „Die Landpartie“. — **Gärten, Südwest**: Gruppenheim Wasserstr. 9. n. v. Lichtbildvortrag: „Sport ein und zwei“. — **Charlottenburg**: Jugendheim Eperstr. 20. Die Paraden gehalten den Abend aus. — **Juppelplatz**: Jugendheim Turiner Café Gertraude (Eingang Turiner Straße). Vortrag: Warum bin ich in der HSB? — **Wedding**: Gruppenheim, Schule Paul-Café Biesenstraße. Vortrag: Warum HSB? — **Schönehauser Tor**: Gruppenheim Kiedstr. 18. Vortrag: „Erste Hilfe bei Unfallsfällen“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Schule, Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Oberspree**: Jugendheim Konferenz Str. 2. Vortrag: „Deutschlands Innen- und Außenhandel“. Referent: Willi Dertom. — **Alpenidee**: Jugendheim Dahlwitz-Str. 15 (Gosauhallt am Bahnhof Alpende). Lichtbildvortrag: „Wanderrouten durch die Welt“. Referent: Georg Heidebrunn. — **Südwest**: Jugendheim Nordstr. 11. H. Hof. Quergebäude 1 Treppe, Zimmer 5. „Runderhauser Abend“, ausstrahlt von Reichel Hof. — Spiel und Sport ab 19 Uhr auf der kleinen Spielwiese im Volkspark Neuföhn (an der Koberbahn), ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Cautionsstraße. „Einflame Poppel“.

Einsatzhemden weiß	5.75	4.50	3.00
Einsatzhemden gelb	4.75	4.00	3.00
Makohemden	5.50	4.50	3.00
Makohosen	3.50	2.75	2.25
Netzjacken Größe 6	1.55	1.35	0.95
Poröse Kniehosen Größe 5	3.90	3.40	3.25
Mako-Kniehosen Größe 5	4.00	3.75	2.50
Hemdosen für Herren	4.00	3.50	2.25
Garnituren Jacke und Hose, farbig	7.00	5.80	4.90
Mako-Schlüpfer Größe 44	2.20	1.80	1.35
Seiden-Schlüpfer Größe 44	5.50	4.00	2.80
Hemdosen Windelform	2.75	2.25	1.90
Hemdosen mit Bein	3.50	2.90	2.75
Hemdchen mit Träger	1.75	0.95	0.95
Hemdchen mit Achsel	1.75	1.25	1.25
Mako-Schlüpfer für Kinder	1.60	0.95	0.75
Hemdosen für Kinder, farbig, Größe 60	3.50	2.40	1.95
Hemdosen für Kinder, weiß, Größe 60	2.90	1.90	1.65
Damen-Handschuhe Zwirn, mit Manschetten	2.10	1.75	1.50
Damen-Handschuhe 2 Knopf	1.95	1.75	1.45
Damen-Handschuhe Bemberg künstliche Wascheide, mit Manschetten	3.50	3.00	2.75
Damen-Handschuhe Bemberg künstliche Wascheide, 2 Knopf	3.00	2.75	2.25
Damen-Glace-Handschuhe mit Manschetten	7.00	6.75	6.25
Damen-Handschuhe Waschlleder, weiß und gelb	8.25	6.75	6.25
Damen-Handschuhe farbig Waschlleder	6.50	5.90	5.50
Waschlleder imitation, gelb	2.50	1.95	1.45
Herren-Handschuhe Zwirn	2.75	1.95	1.60
Herren-Handschuhe Nappa	9.75	7.90	7.00
Herren-Handschuhe Waschlleder, gelb	7.50	7.50	6.25
Herren-Handschuhe Waschlleder, farbig	8.25	7.50	6.25

Trikotagen
Handschuhe
Strümpfe



Damen-Strümpfe	0.95
Damen-Strümpfe haltbare Qualität	1.60
Damen-Strümpfe Mako	1.75
Damen-Strümpfe Mako feine Qualität	2.25
Damen-Strümpfe Mako beste Ausführung	2.60
Damen-Strümpfe Pr. Seldener	1.75
Damen-Strümpfe Seidenflor, starkes Gewebe	1.95
Damen-Strümpfe Seidenflor Fil de soose	2.50
Damen-Strümpfe Seidenflor 4 fach beste Qualität	2.95
Damen-Strümpfe künstliche Wascheide	1.95
Damen-Strümpfe Colta künstliche Wascheide	2.95
Damen-Strümpfe künstliche Wascheide, starke Qualität	3.25
Damen-Strümpfe künstliche Wascheide, feines Gewebe	3.75
Damen-Strümpfe künstliche Wascheide, Edel-Travis	3.90
Damen-Strümpfe Flor mit künstlicher Wascheide	3.25
Damen-Söckchen farbig u. weiß in groß. Auswahl	
Herren-Socken gemustert	1.10
Herren-Socken moderne Muster	1.75
Herren-Socken Flor mit Kunstseide	2.50
Herren-Socken Mako uni	1.65
Schweiß-Socken	0.95
Schweiß-Socken	1.45
Stutzen und Sportstrümpfe in großer Auswahl	

Kinder-Strümpfe starke Baumwolle farbig Gr. 1 0.50
jede weitere Größe 0.10 mehr
Reichhaltiges Lager in Kinder-, Knie-, Sportstrümpfen, Waden- u. Rollsockchen

Stelos-Maschenreparatur
Reparaturaufträge werden ausgeführt durch die
Konsum-Warenhäuser

K O N S U M -

Berlin S.: Oranienstraße 164-165
Charlottenburg: Rosinenstraße 4
Norden: Brunnenstraße 188-90 (Spezialhaus für Herrenbekleidung)
Berlin N.: Reinickendorfer Straße 21
Berlin O.: Frankfurter Allee 60

Sport.

Rennen zu Korfhorst am Donnerstag, dem 26. Juni.

1. Rennen. 1. Refel (Wingler), 2. Legende, 3. Stralca. Toto: 19:10. Platz: 11, 13, 11:10. Ferner liefen: Glas, Greif an, Samum, Luft und Leib.
2. Rennen. 1. Fabrian (Dauer), 2. Genius, 3. Brotberdener. Toto: 22:10. Platz: 19, 23:10. Ferner liefen: Neuer Wiser, The Dullan, Bonar.
3. Rennen. 1. Wendelin (Woff), 2. Mont Dore, 3. Comptendorf. Toto: 21:10. Platz: 13, 16:10. Ferner liefen: Junfer, Echo, Madonna d'Arezzo.
4. Rennen. 1. Gladiator (Kutler), 2. Nichtlinie. Toto: 24:10. Ferner lief: Wimmel (ausgeh.).
5. Rennen. 1. Ober (Dauer), 2. Simulant, 3. Wendel. Toto: 26:10. Platz: 18, 23:10. Ferner liefen: Greif, Bie XIII.
6. Rennen. 1. Wamm (R. Kndler), 2. Genial, 3. Eiland. Toto: 49:10. Platz: 20, 26, 18:10. Ferner liefen: Königstochter, Rogann, Windspiel, Delge, Wirtz, Kalsolio, Stumphaube, Karawebis.
7. Rennen. 1. Paroli (Widder), 2. Galor. Toto: 15:10. Platz: 11, 18:10. Ferner liefen: Fleiß (gef.), Funke (angeh.).

Funkwinkel.

Die Unterhaltung zwischen dem französischen Schriftsteller Henri Guilbeaux und Herbert Ihering über „Deutsche und französische Geisteshaltung in der Literatur“ besetzt sich hauptsächlich mit Drama und Roman. Geistreiche und präzise Formulierungen, Gedanken aus umfassender Perspektive charakterisieren diesen Dialog. Interessant ist die Feststellung Guilbeaux, daß dem modernen französischen Roman die soziale Note fehlt, überhaupt die Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen. Noch immer beherrscht der psychologische und erotische Roman den Markt, Gerade im Sozialen ist der deutsche Roman weiter vorgeschritten. — Dr. Werner Hegemann stellt die Frage: „Wie wird der Berliner in Zukunft wohnen?“ Er übt zuerst scharfe Kritik an den Mietskasernen der Großstädte, die Schuld an Krankheit und moralischem Verfall tragen. Hegemann liefert aus diesem Gesichtspunkt eine Kritik an der Zeit,

eine scharfe, fröhliche und lebensfrohe Kritik. Aufklärung des Steinwüsts und Schaffung von Flachsbildungen bedeuten für ihn das erstrebenswerte Ideal. Ähnliche Ideen vertrat vor ein paar Tagen der Minister Hirtler im Berliner Rundfunk. — Bemerkungen zu dem zweiten Stinnes-Prozess äußert August Hermann Zeit. Er bleibt nicht beim Bericht stehen, versucht vielmehr die handelnden Personen psychologisch zu analysieren und die geheimnisvollen Gehäfte dieser Ehrenmänner zu erklären. Die ganze Angelegenheit erscheint wie das Sujet für eine Schieberkomödie. — Abends wird Brenner's „Hafenpforte“ gefeiert. Auch jetzt noch wirkt dieser reizende Schwanz wie am ersten Tage. Einmal spielte Marcel Salzer den zweiten Kanjisten. Jetzt spricht ihn Franz Weber, vergnarrt, querulierend, ein kleines, gehebles, verärgertes Männchen. Eine glänzende Leistung. F. Sch.

Der Wunsch bringt die Anlage zu gesundem Haar mit auf die Welt. Wenn er dieses schöne Erbe im Laufe der Jahre verliert, so ist oft nur mangelhafte Pflege daran schuld. Zur Pflege des Haars und der Kopfhaut gehört vor allem eine regelmäßige und intensive Kopfwäsche, die das Haar geschmeidig und leicht frisierbar macht. Um diese Wirkung zu erreichen, nimmt man das bekannte Pivanon-Shampoo, das immer zu einer gepflegten und anmutigen Frisur verhilft.

Verkäufe

Leppidant Vertrauenssache. Nur Qualitätsstoffe haben meinen 40jährigen Kundentanz verdient. Einige Beispiele: Ponch mit Reflektoren, 100x200, 45 Mark. Summa, 300x200, 48.— Mark. Velourstoff, 350x250, 88.— Mark. Glanz, handgemacht, 430x300, 120.— Mark. Riesenwahl: Winterkoffer, Gardinen, Plancheten, seit 1884. Teppich-Rührer, Potsdamerstraße 166, an Kurfürstenstraße. „Sorwaria“ leiser Extrarabatt.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Kolontalerstraße 48, 1. Treppe, Höhe Kurfürster Markt. Wenig getragene Kavallerieanzüge, Paletots, Smokinas, Gesellschaftsanzüge neuer Garberoben, alle billiger, sehr schön billig. Scherbel.

Den Kavalleristen wenig getragene, teils auf Seide, und neue Jackettanzüge, Smokinas, Abendanzüge, Frackanzüge, Mäntel, Paletots, Bauernanzüge, jede Figur passend. Herren- und Damenpelze, enorm billig, Reine Kommandore, Leibhaus Friedrichstraße 2, 2. Etage.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinas, Gehrockanzüge, Abendanzüge, Sommermäntel und Paletots, für jede Figur passend und in jeder Form stets vorrätig; außerdem hochzeitliche neue Garberoben, von erstklassigen Schneidern gearbeitet, zu hunderten billigen Preisen. Gesellschaftsanzüge in Herren- und Damenpelzen. Leibhaus Woidl, Prinzessinnenstraße 106, eine Treppe, Reine Kommandore.

Verleih hochgelegener Gesellschaftsanzüge, Leibhaus Woidl, Prinzessinnenstraße 106.

Wenig getragene Jackettanzüge, Spezialität blau, weinrot, auf Seide 40.— Smokinas, Bauernanzüge, Kalkenmäntel, Paletots, alles zu Spottpreisen. Gesellschaftsanzüge in neuer Garberoben, Leibhaus Woidl, Prinzessinnenstraße 106, eine Treppe, Reine Kommandore.

Wenig getragene Herrengarberoben, teils auf Seide, verkaufte Spottpreise; Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Smokinas, Frackanzüge, Paletots, Mäntel, Herrenkleider sowie erstklassige neue Garberoben, alles für Maß. Spezialität: Bauernanzüge. Verleih von Gesellschaftsanzügen. Handeltische Weinarten, Prinzessinnenstraße 88.

Musikinstrumente

Violin, überaus preiswert, Brandt, Curt, Brunnstraße 88.

Klaviers. 175.—, 200.—, gebraucht, große Auswahl auch in neuen, Langjährige Garantie, Beschäftigung lohnend, Teilzahlung gestattet. Herr, Brunnstraße 191, 1. Treppe (Kolonialer Platz).

Schumann-Gitarre, gebraucht, 200.—, 250.—, 400.—, 500.—, 600.—, 650.—, Reine 300.— an. Leicht, dauerhaft, Garantie, Teilschlinga, S. 30, Prinzessinnenstraße 37 (Spillhofenstraße).

Fahrräder

Teilzahlung! monatlich 10.—, Diamanträder, Triumpfräder, Rennradräder, Bellourennen, Bellodamenräder, Fallautennur, Goidfeder, Mitterräder, Tempereräder, Multiflexräder, Triumpfräder, Monopolräder, billige Damenräder, Allerschöne Tourenräder, blickschöne Halddreier, Rennmaschinen, Schwabe, Weinmeisterstraße 107.

Fahrräder, Teilzahlung, monatlich 10.—, Diamant, Delfoy, Mitter, auch Fallonräder, „Sport“, Renn- und Tourenräder 68.—, Gebrauchte Spottpreise, Klein, Charlottenburg, Baumstraße 62.

Grundstücksverkäufe

Verkaufen, schöne Lage, Quadratmeter 1.— an, Riewitz, Oranienburg, Berliner Allee (Auto Bahnhof Zehn).

Kaufgesuche

Bekanntes, Blatinabfälle, Cölginn, Heli, Quersilber, Silberfächer, Goldschmelzerei Christianat, Köpenickerstraße 39 (Karlshof Albalberstraße).

Unterricht

Klavierschüler, Ausbildung für Reuher, Berlin, Friedrichstraße 21, Dönhof 1904.

Wäschereien

Wäscherei und Kleinfärberei Walter Lisch, Neanderstraße 271, Telefon 4878, verwendet reine Sodawäsche, wäscht mit Maschinen, die in höchster Reinheit ausprobiert, plättet keine Wäsche, da am schonendsten, nur mit der Hand. Großer Umtrieb, äußerst kalkulierte Preise, Reine, dauerhafteste Veredelung, höchste Neuheit, Abholung dreimal wöchentlich von 3 Uhr an, Weißbier 30, Hofen 20, Kopffäden, Damendemo 15, Ostpreußen 43, Kruden 14, Selbstbräuer 5 Prozent Rabatt.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Tägliche Geld haben Frauen und Herren aller Berufsstände durch leichte Arbeit bei der Thonitz, in den ersten 22.

Unsere Sensations-Bekleidungs-Tage

Berlins Sensation

Beginn Heute

HÖCHST. LEISTUNGEN IN PREISEN UND QUALITÄTEN

H E R MANN

DAS WARENHAUS BERLINS IN ALLEN STADTTTEILEN